



Verlag von W. G. Korn. Einhundert dreiundzwanzigster Jahrgang.

Ar. 81.

Preis pr. Quartal in Breslau 2 Thlr., bei den Preuss. Postanstalten 2 Thlr. 11 Sgr. 3 Pf. — Infectionsgebühr: 1/2 Sgr. für die Beil.-Bl. oder deren Raum. Expedition in Breslau u. Schweidnitz Nr. 47.

Breslau. Donnerstag, 18. Februar.

Inserte nehmen an: in Berlin Gropius'sche Buchh., in Frankfurt a. M. Jäger'sche Buchh., in Hamburg und Altona Hasenhein & Vogler, in Leipzig S. Engler, in Wien die Buchh. G. Gerold & Sohn.

1864.

Morgen-Ausgabe.

Die Schlesische Zeitung eröffnet für die Zeit vom 15. Februar bis Ende März ein besonderes Abonnement.

Der Abonnementspreis beträgt für Breslau in der Expedition und bei den Commanditen 1 Thlr. 3/4 Sgr., mit täglich zweimaliger Zustellung in das Haus 1 Thlr. 7/2 Sgr., für auswärts incl. Postporto 1 Thlr. 15 Sgr.

Bestellungen von auswärts sind direct an die Expedition zu richten, da die Postanstalten nur Abonnements auf ein ganzes Vierteljahr annehmen.

Expedition der Schlesischen Zeitung.

* Breslau, 17. Februar.

[Ein neuer Blick auf die dunkle Situation.] Personal-Union steht auf der Tagesordnung der öffentlichen Debatte. Man sagt, es sei dies das Höchste, wozu es die Herzogthümer bringen können. Also immer wieder — gleichviel auf welche Weise und unter welchen Garantien — eine Zurückgabe der Herzogthümer an die Dänen. Was von diesen Personal-Unionen zu halten ist, weiß Jedermann. Sie gereichen den beiden so verbundenen Ländern niemals zum Vortheil und können die Nationalität des Landes, welches dadurch mittelbar unter die Herrschaft einer anderen Nation gestellt ist, in keiner Weise fördern: sie schädigen sie in den meisten Fällen. Von einer Personal-Union mit Dänemark ist aber um deshalb schon das Schlimmste zu fürchten, weil das bisherige Verhältnis, in welchem die Herzogthümer zu diesem Reiche gestanden, seinen rechtlichen Grundlagen nach ein der Personal-Union fast gleichkommendes gewesen ist, und trotzdem hat die dänische Regierung seit dreizehn Jahren nichts Anderes gethan, als die deutschen Rechte der Herzogthümer mit Füßen getreten und die Incorporation dieser Länder in den dänischen Gesamtstaat bewirkt. Als ihr das mit Holstein nicht gelang, hat sie die Incorporation Schlesiens durch die Novemberverfassung gegen alle Verträge und mit schändlicher Verletzung des zu ihren Gunsten erteilten Londoner Protokolls vollzogen. Wir fragen, welche Garantien wohl im Stande wären, die Herzogthümer, wenn sie durch die pure Personal-Union an Dänemark gekettet würden, vor ähnlichen als den bisherigen Schicksalen zu bewahren, nachdem die wohlverbräuteten deutschen Rechte dieser Herzogthümer, über welche der deutsche Bund und die beiden deutschen Großmächte die Wächter waren, von dem kleinen Dänemark schände in den Staub getreten sind?

Wir halten diese Personal-Union für etwas Illusorisches, mit dem sich kein nüchtern denkender politischer Kopf befassen sollte, besonders da sie keine andere Stütze haben soll, als die österreichische Politik, welche man eben für keine besonders deutsche halten wird. Die Aeußerung des österreichischen Civilcommissars von Schleswig, des Grafen Revertera, ist auch die einzige aus competentem Munde, welche dieses Auskunftsmitglied in Aussicht stellt, während die Antwort unseres Königs an die Kieler Professoren ganz anders lautete. Wir wollen zugeben, eine europäische Konferenz, auf welcher wohl England den Mund sehr voll nehmen würde, könnte diese Personal-Union für das Höchste ansehen, was man den Herzogthümern gewähren dürfe, so ist damit noch nicht ausgesprochen, daß Deutschland und auch Preußen dieses Auskunftsmitglied für das Richtige halten müssen. Am wenigsten können wir uns veranlaßt fühlen zu der Annahme, daß die preussische Politik heute noch dieses Ziel verfolgt, und daß, wenn wir auch gern zugeben, daß sie selbst noch nicht klar ihren letzten Zweck sieht, sie nicht schon über diesen Gedankengang weit hinaus sein sollte.

Wenn man eine Politik, die einem unklar ist, auf Schritt und Tritt verfolgt und bei jedem ihrer Worte festhält, um hinter ihr Geheimnis zu kommen, so wird man kein neues Symptom außer Acht und Berechnung lassen dürfen. Unsere Regierung hat bis jetzt nichts gethan, was auf ein Festhalten an den Konsequenzen des Londoner Protokolls, die ihm England andiكتet, zu schließen berechtigte. Sie hat aber eben so wenig gethan, um einer Proclamation des Herzogs Friedrich Vorschub zu leisten. Der „Publicist“, ein Blatt, von dem wir genau wissen, daß es zeitweilig zu Inspirationen von maßgebender Seite benützt wird, läßt nun in seinem vorletzten Leitartikel: „wo ist das Ziel,“ auf ein Drittes schließen, und obgleich er es nicht nennt, bezeichnet er es doch so genau, daß man ohne Mühe ein für sich selbst Behalten Preußens herauslesen kann. Wir sind zwar nicht der Meinung, daß dieses Dritte gerade die Bisherige der Herzogthümer für Preußen heißen müsse; wir glauben sogar, es könne eben so gut heißen, Preußen werde sich in der letzten Stunde dem Bötum von ganz Deutschland anschließen, wenn es auch heute noch nicht bei diesem Ziele angekommen sei. Aber immerhin ist dieser Gesichtspunkt des oben genannten Leitartikels zu etwas gut: er schafft jedes mögliche Zurückgehen auf das Londoner Protokoll im Sinne der englischen Staatsmänner für Preußen aus der Welt. Und in dieser Weise hat sich denn auch gleich heute dieselbe Stimme ausdrücklich über das Londoner Protokoll vernehmen lassen. Wir halten diese Aeußerungen für so zutreffend und, wenn ihre Gedanken die Richtung der preussischen Politik, wirklich sein sollten, was man wohl glauben könnte, für so tröstlich, daß dadurch den Herzogthümern für die Zukunft schon eine sehr leidliche Aussicht eröffnet werden kann. Der so offenkundig gehaltene Artikel sagt wörtlich Folgendes:

„Der Umstand, daß Preußen und Oesterreich wiederholt erklärt haben, an dem sogenannten Londoner Vertrage vom 8. Mai 1852 festhalten zu wollen, gleichwohl aber einen Krieg gegen Dänemark führen, dessen Cadziel und Zweck bis jetzt nicht klar liegen, hat die Politik der beiden deutschen Großmächte der Mißdeutung ausgesetzt, und dadurch gegen den Krieg theilweise einen Mißmuth und ein Mißtrauen erzeugt, welche nur verberlich wirken können. Man hat sich gesagt: wenn Preußen und Oesterreich am Londoner Vertrage festhalten, so kann der jetzige Krieg gar keinen andern Zweck haben, als das occupirte Schleswig und demnächst auch Holstein und

Lauenburg unter irgend einer Form demnächst der Krone Dänemark wieder zu überlassen und zu unterwerfen.

Allein so natürlich diese Schlussfolgerung dem naiven politischen Volksbewußtsein auch erscheinen mag; für den politischen Denker ist sie nicht richtig, da er weiß, daß die beiden deutschen Großmächte am Londoner Vertrage festhalten und die Herzogthümer dennoch von Dänemark für ewige Zeiten abtrennen können, oder mit anderen Worten: daß der gegenwärtige gegen Dänemark geführte Krieg und seine Folgen — mögen dieselben auch in der vollständigsten Loströnnung der Herzogthümer von Dänemark und in ihrer Einverleibung in Deutschland bestehen, — den Londoner Vertrag gar nicht zu berühren braucht!

Dies ist es, was wir heut so kurz und so verständlich wie möglich nachweisen wollen.

Der Londoner Tractat ist kein Gesamtvertrag der sieben Mächte: Preußen, Oesterreich, Frankreich, England, Rußland, Schweden und Dänemark, kein Vertrag mit gegenseitigen Rechten und solidarischen Pflichten; sondern er ist eine bloß einseitige Willenserklärung sechs verschiedener (der zuerst genannten) Mächte zu Gunsten einer sechsten (Dänemark); und es ist daher viel correcter, statt von dem Londoner Vertrage oder Tractat, von dem Londoner Protokoll zu reden.

In diesem Protokolle erklärten die sechs Mächte in Erwägung des Umstandes, daß nach dem Tode des Königs Friedrich VII. die dänische Erbfolgeordnung zur Erhaltung der dänischen Monarchie nicht ausersehen konnte, Folgendes: Jede von ihnen wolle zu dem Zwecke, die dänische Monarchie in ihrer Integrität zu erhalten, die von dem Könige Friedrich VII. zu erlässende neue Thronfolgeordnung, welche diesen Zweck ins Auge faßte, anerkennen, d. h. gegen die dadurch bewirkte Thronfolge nichts einwenden, durch dieselbe ihre Rechte nicht verletzt finden, und gegen die Krone Dänemark aus Anlaß dieser Thronfolge nicht feindselig auftreten. — Das Londoner Protokoll war also für Dänemark so ziemlich dasselbe, was die Anerkennung der pragmatischen Sanction Kaiser Karls VI. durch die europäischen Fürsten für die österreichischen Kronlande war.

Hiernach erscheint das Londoner Protokoll als das Gesamtinstrument für sechs einseitige Willenserklärungen zu Gunsten der neuen Thronfolgeordnung Königs Friedrich VII., beziehungsweise der Thronfolge des Hauses Glücksburg über Dänemark, Schleswig, Holstein und Lauenburg. Die sechs Unterzeichner dieser Willenserklärungen, gewöhnlich Signaturmächte genannt, haben sich verpflichtet, gegen die Thronfolge des Herzogs Christian von Glücksburg über die genannten Länder ihrerseits nichts einzuwenden. Sie haben sich aber nicht verpflichtet, den neuen König von Dänemark oder seine Länder gegen irgend welche Angriffe zu schützen. Sie haben wohl, um aus Anlaß des Todes Friedrichs VII. keinen Erbfolgekrieg entstehen zu lassen, die neue Thronfolge anerkannt; aber sie haben den Königen von Dänemark nicht für alle Zeiten den Besitz ihrer Länder garantiert.

Es wäre auch seltsam gewesen, wenn die Signaturmächte solche Verpflichtungen zu Gunsten der dänischen Krone übernommen hätten. Denn würde dies etwas anderes gegeben haben, als Dänemark allmächtig machen und ganz Europa seiner Willkür preisgeben? Dänemark hätte sich alsdann nicht bloß gegen Preußen oder Deutschland, sondern auch gegen jede andere Macht alle möglichen Rechtsverletzungen erlauben können, ohne dafür die Strafe eines Krieges oder den Verlust eines Territoriums fürchten zu brauchen!

Man sieht also wohl ein, daß dies nicht die Tragweite des Londoner Protokolls sein kann, sondern daß sich dasselbe bloß aus diejenigen Angriffe einer der sechs Signaturmächte bezieht, welche aus Anlaß der Thronfolge Christian IX. als König von Dänemark und Herzog von Schleswig, Holstein und Lauenburg, oder zu dem Zwecke unternommen werden könnten, diese Thronfolge für irgend einen dieser Landestheile aufzuheben.

Was außerhalb des Bereiches dieser Frage liegt, liegt auch außerhalb des Londoner Protokolls; und wenn irgend eine Macht Veranlassung hat, den König Christian IX. von Dänemark als solchen zu bekriegen, und ihm im Friedensschlusse einen Theil seines Länderbesitzes als erobertes Gut abzunehmen; so hat damit das Londoner Protokoll gar nichts zu schaffen.

Oder würde etwa England — vorausgesetzt, Dänemark verletzte es in Indien, — es bliebe ihm kein anderes Mittel der Satisfaction übrig als der Krieg — sich durch das Londoner Protokoll abhalten lassen, an Dänemark den Krieg zu erklären? Würde es sich nach einem glücklichen Kriege durch das Londoner Protokoll abhalten lassen, von Dänemark die Abtretung irgend einer Insel zu beanspruchen, die ihm grade convenient? — Wir glauben schwerlich.

Um sonach beurtheilen zu können, inwiefern der jetzige schlesische Krieg das Londoner Protokoll berührt, muß man sich zunächst fragen: aus welchem Anlaß und zu welchem Zwecke dieser Krieg geführt wird?

Hat ihn Preußen begonnen, weil Christian IX. König von Dänemark und Herzog von Schleswig, Holstein und Lauenburg geworden ist, begonnen zu dem Zwecke, die Thronfolge Christian IX. in einem Theile dieser Länder außer Kraft zu setzen? —

Keineswegs. Preußen hat gegen diese Thronfolge zur Zeit noch gar nichts eingewendet; mithin in keiner Weise gegen seine im Londoner Protokoll abgegebene Willenserklärung gehandelt.

Allein dies schließt doch durchaus nicht aus, daß es gegen den König von Dänemark und Herzog von Schleswig-Holstein-Lauenburg (selbst wenn es ihn in diesem ganzen Umfange ausdrücklich anerkannt hätte!) einen Krieg führen kann, wenn dieser König-herzog eine Veranlassung dazu giebt; schließt auch durchaus nicht aus, daß es sich durch diesen Krieg einen Theil des diesem König-herzog gehörenden Ländergebietes erobern und im Frieden abtreten lassen kann. — Mit einem solchen Kriege, den Preußen nicht gegen Christian IX. führt, weil dieser König von Dänemark und Herzog von Schleswig etc. geworden

ist, sondern gegen die Krone Dänemark, — gleichviel, wer sie trägt! — weil diese Krone den Verträgen zum Trotz Schleswig incorporirt hat, — mit einem solchen Kriege steht das Londoner Protokoll in gar keinem Conner. Wenn sich daher andere Mächte in einen solchen Krieg zu Gunsten Dänemarks einmischen wollen, so müssen sie es thun auf Grund ihrer Interessen, sie können es aber nicht thun auf Grund des Londoner Protokolls; die Intervention kann nur stattfinden kraft eigenerwilliger Gewalt, nicht kraft eines Rechts.

Denn daß die Krone Dänemark der preussischen Regierung eine Veranlassung zum Kriege gegeben hat, ist wohl bereits aller Welt klar. Die Krone Dänemark hat Schleswig incorporirt, wozu sie nach den Stipulationen von 1851 und 52 kein Recht besaß, und Preußen hatte für die Aufrechthaltung dieser Stipulationen zu sorgen. — Was blieb Preußen zur Erfüllung dieser Verpflichtung übrig? was für ein Mittel gab es, die Krone Dänemark zur Innehaltung der Stipulationen zu zwingen? — Vorstellungen, Ermahnungen, Warnungen, Drohungen blieben fruchtlos; ein competentes Schiedsgericht mit executivischer Gewalt existirt nicht; Preußen mußte also selbst die Execution übernehmen und dasjenige dänische Besitztum, um dessen Rechte es sich handelte, als Pfand für die Gewährung dieser Rechte in Besitz nehmen; der König-herzog leistete bewaffneten Widerstand, und damit war der Krieg erklärt. — Was die Folgen dieses Krieges sein werden, wird der künftig abzuschließende Frieden lehren; und wenn durch diesen Frieden ein Theil des Territorialbestandes der dänischen Monarchie für dieselbe verloren gehen sollte, gleichviel ob Schleswig, Holstein oder sonst was, so wird doch das Londoner Protokoll noch immer in seiner Integrität bestehen; es wird von Preußen nicht verletzt sein.

Denn noch einmal: der schlesische Krieg ist nicht aus einem Anlaß und zu einem Zwecke unternommen, die dem Londoner Protokoll widersprechen, sondern die ganz außerhalb der Tragweite des Londoner Protokolls liegen. Preußen kann Christian IX. als König von Dänemark und Herzog von Schleswig-Holstein-Lauenburg ausdrücklich anerkennen; allein es braucht sich dadurch nicht abhalten lassen, ihm in einem Kriege, den er selbst provocirt hat, Schleswig, Holstein und Lauenburg auf dem Wege der Eroberung abzunehmen, d. h. auf demselben Wege, auf welchem der Kaiser der Franzosen dem Kaiser von Oesterreich die Lombardie abgenommen hat.

Inland.

Berlin, 16. Februar. [Vom Hofe.] H. M. der König und die Königin erschienen gestern Abend auf einige Zeit in der Oper. Nachmittags hatte Ihre Maj. die Königin Augusta das Elisabeth-Krankenhaus mit Allerhöchstem Besuche beehrt. — Sr. Maj. der König nahm heute Vormittags die Vorträge des Polizeipräsidenten v. Bernuth, des Chefs des Militär-Cabinetts etc. und militärische Mittheilungen entgegen und erteilte darauf einige Audienzen. — Sr. Maj. der König arbeitete heute Mittags mit dem Kriegsminister v. Roon und später mit dem Ministerpräsidenten v. Bismarck. Unter den empfangenen Personen befanden sich der General der Infanterie a. D. Graf v. Voss, welcher die Orden des verstorbenen Grafen v. Voss, und der Domänenpächter v. Gansauge, der die Orden seines Bruders zu überreichen die Ehre hatte. — Ihre I. H. die Frau Kronprinzessin giebt täglich Ihrem erlauchtem Gemahl und Höchster Mutter, der Königin Victoria von Großbritannien von ihrem Befinden durch den Telegraphen Nachricht. Die hohe Frau bringt, wie man hört, schon viele Stunden des Tages außer dem Bette zu.

Berlin, 16. Februar. Die Erregtheit gegen die Mittelstaaten hat einen sehr hohen Grad erreicht. Die Mobilmachung des sechsten Armeecorps und vier Regimenter des vierten wird wirklich zum Theil als eine militärische Demonstration gegen die Mittelstaaten, namentlich gegen Sachsen aufgefaßt. Sachsens Antrag in Frankfurt, die Reserven der Executionstruppen durch Bundesstruppen zu ersetzen, wird als eine Beleidigung Preußens angesehen. Man spricht auch von einer Mission des Generals von Manteuffel nach Dresden. Die Nachricht ist noch nicht ganz verbürgt. Der General soll der sächsischen Regierung ernstliche Vorstellungen machen. Welche weiteren Folgen der Conflict haben wird, läßt sich noch nicht übersehen. Man glaubt indessen kaum, daß er größere Dimensionen annehmen werde. Die Mittelstaaten werden sich wahrscheinlich fügen. Aber die in Bezug auf die Herzogthümer herrschende Verstimmlung ist durch den Vorgang nicht gehoben worden. Die Antwort Sr. Maj. an die Kieler Professoren wird noch immer viel besprochen. Man will sie dahin auffassen, daß das Zusammenbleiben der Herzogthümer und ihre Nationalität damit außer Frage gestellt sei, daß eine künftige Konferenz auf einer Basis außerhalb dieser Garantien nicht stattfinden könnte. Dies hat einen günstigen Eindruck gemacht. Man darf indessen nicht übersehen, daß eine Bürgschaft gegen die Personal-Union damit nicht geboten wird. Diese tritt in allen politischen Gesprächen als die günstigste Combination entgegen. Man hört und liest: Die Personal-Union sei nicht möglich, dazu sei die Erbitterung zwischen den beiden Bevölkerungen zu groß. Damit ist aber nicht gesagt, daß die Herzogthümer mehr erhalten werden. Man kann sich eine noch schlimmere Lösung denken. Mögen die Ereignisse und Deutschlands gutes Geschick diese Auspicien nicht verwirklichen. Daß sie jetzt die Situation beherrschen, ist gewiß.

Berlin, 16. Februar. Ueber die Audienz, welche die Deputirten des Kieler Senats bei Sr. M. dem Könige gehabt haben, habe ich einiges Nähere in Erfahrung gebracht, dessen Veröffentlichung an dieser Stelle, da unterdessen in Kiel der Wortlaut der Antwort schon bekannt sein muß, wohl keine Indiscretion ist. Die Antwort Sr. M. hat die Punkte in Betreff der Succession und in Betreff Schlesiens auseinandergehalten. Was die Succession anlangt, so schwebten darüber noch die Verhandlungen, was Schleswig anbelangt, so werde die definitive Regelung wohl von Conferenzen mit den auswärtigen Mächten abhängen, jedenfalls aber könnten die Deputirten gewiß sein, daß das bedrückende System der Dänen ein Ende haben werde. Unter den obwaltenden Umständen konnte eine günstigere Antwort allerdings kaum erwartet werden und die gegebene hat in der That einen beruhigenden Eindruck gemacht. In derselben Richtung werden auch die ersten Absegelungen dänischer Beamten in Flensburg wirken. Es ist Ihnen schon von dort aus die P.

merkung gemacht worden, daß jedenfalls ein genaueres Eingehen der Civilcommissare in die dortigen Verhältnisse dieses Resultat haben müßte und diese Ansicht hat sich bestätigt. Es ist nur die bei uns allezeit über große Beforgnis, der öffentlichen Meinung zu viel nachzugeben, welche auch in diesem Falle die ersten unerwarteten Mißverständnisse erzeugt hat. — Auch heute sind keine Nachrichten vom Kriegsschauplatz eingetroffen, obgleich die Allirten schon am 7ten in Flensburg eingedrückt sind. Dies Vorgehen von Flensburg aus auf der kleinen, nur 4 Meilen langen Strecke bis Düppel hat also jetzt schon mehr Zeit gekostet, als das von der Eider bis nach Flensburg. Wahrscheinlich ist es diese Zögerung, welche das Gerücht hervorgebracht hat, daß überhaupt von einem Angriff auf Alsen abgesehen werden und statt dessen der Einmarsch in Jütland erfolgen sollte. Die gewichtigsten Gründe sprechen gegen eine solche Strategie. Der Einmarsch in Jütland würde die Intervention des Auslandes beschleunigen und am wenigsten das bewirken, was die Allirten haben müssen, ein fait accompli, um jener Intervention mit Erfolg entgegenzutreten, denn die dänische Armee auf Alsen, mit der Möglichkeit bald hier, bald da zu landen, wiegt die Occupation Jütlands reichlich auf. Für Preußen speciell fällt aber auch noch der Punkt besonders ins Gewicht, daß bisher die Oesterreicher die eigentliche Blutarbeit besorgt haben und daß die preussische Armee, um nicht hinter der allirten zurückzubleiben, den Feind packen muß, wo sie nur seiner habhaft werden kann. Schon die Wintercampagne ist für die Armee von einem unerhörten Nutzen, um aber wirklich sagen zu können, daß sie eine kriegserprobte Truppe ist, darf es nicht bei der Kanonade von Miffand sein Bewenden haben. Gewiß ist es menschlich und schön, Blutergüssen zu vermeiden, wo es vermeiden werden kann; aber nicht nur, daß gegen die Dänen noch entscheidendere Schlagen geführt werden müssen, bei der bedrohlichen Lage der europäischen Verhältnisse ist es gewiß ein dringendes Gebot der Politik, die jetzige Gelegenheit zu benutzen, um ein vollständig kriegserprobtes Heer ins Vaterland zurückzuführen. Es ist indessen nutzlos, diese Gedanken weiter auszuspinnen, da wir die Nachricht über ein Aufgeben des Angriffs auf Düppel durchaus für falsch halten.

□ **Berlin**, 16. Februar. Es war wohl nur Hohn, als Palmerson in der Sonnabend-Sitzung des Unterhauses die Paraphrase einstreute: auch Oesterreich habe, wie er glaube, sich dem Vorschlage an Preußen, auf einen Waffenstillstand ohne die Räumung Alsen's einzugehen, angeschlossen: er hat aber damit andeuten wollen, wie lose, nach seiner Meinung, die Allianz zwischen Preußen und Oesterreich überhaupt sei und das Bravo, welches ertönte, bewies, daß das Haus ihn wohl verstanden habe. Constatirt ist übrigens damit, daß Oesterreich sich in Verhandlungen mit England eingelassen hat, welche einen Waffenstillstand zum Gegenstande hatten, daß Preußen dagegen aus dem Spiele gelassen wurde — was die preussische Politik zur Vorsicht ermahnen könnte, wenn diese überhaupt noch nothwendig sein sollte. Wir erinnern uns, daß officiële Organe auf die Möglichkeit, Oesterreich könne andere Ziele verfolgen als Preußen, hinwiesen und diese Eventualität im Voraus beklagten; es muß also doch Kunde von jenen Verhandlungen hierher gedrungen sein. Früher oder später wird das Auseinandergelien eintreten, das ist sicher, wann aber, und auf welchem Punkte, kann wohl heut noch kein Mensch wissen, da dies kaum von der Entwicklung der Dinge in Schleswig-Holstein abhängen dürfte. In einem Artikel des Publicist, der ja auch für inspiert gilt, wird als bereits entschieden hingestellt, daß Preußen das Londoner Protokoll fallen gelassen habe, daß es den Herzog Friedrich nicht anerkennen werde, daß es vielmehr eine rein preussische Politik verfolge, von deren Ziele zu reden noch nicht an der Zeit sei. Was damit angedeutet sein soll, ist längst kein Geheimniß mehr, aber darin wird sich doch Blatt irren, daß durch Verfolgung einer eigensüchtigen Politik eine Versöhnung im Innern hergestellt werden könne. Sollte dieser Artikel ein sogenannter Führer sein, so wird er nirgends im Volke eine Zustimmung finden, und wenn nicht allenthalben die Presse dies laut und offen auspricht, so liegt es nur daran, daß man dieses Blatt wegen seines notorischen Charakters wenig zu beachten pflegt. Wären wirklich eigensüchtige Absichten vorhanden, was wir aus guten Gründen nicht glauben können, so könnte man sich freilich nicht wundern, wenn Oesterreich bei Zeiten andere Allianzen vorzubereiten beflissen wäre. — Die Sage, Preußen wolle Oesterreich als Recompens den Besitz von Venetien „garantiren“, ist längst in das Reich der Phantasie gewiesen. Oesterreich ließ sich bei dem Kampfe in Schleswig engagiren, um Preußen nicht in Deutschland an Einfluss gewinnen zu lassen; durch das hergestellte gründliche Zerwürfniß mit den deutschen Bundesgenossen ist auch gar trefflich dafür gesorgt worden, daß Preußen in Deutschland keine moralischen Eroberungen machen kann, während Oesterreich sich noch immer als die lebenswürdigere Großmacht zu behaupten gewußt. Auch in dem protestantischen Schleswig haben die Oesterreicher den Vogel abgeschossen, wie die Quakonen, die ihnen so gisfentlich bereit werden, bezuzogen; die höchst traurige Affaire in Altona hat ihr neuen Vorschub geleistet. Uns ist es unbegreiflich, wie die „N. N. Z.“ es nicht beklagen kann, daß es dahin kam, daß die Preußen in Altona sich Quartier nehmen mußten — in einem bisfreundeten, mittheilendem Lande — wir sagen auf deutschem Boden! Die Theorie der Vergewaltigung ist die unglücklichste.

Die Gemäldeausstellung im Zwinger.

Die Bestrebungen der hiesigen bildenden Kunst haben durch den nun zu neuem Leben erwachten Künstlerverein an Frische und Zusammenhalt gewonnen. Als eine Frucht dieser neu geknüpften Gemeinlichkeit kann auch die Gemäldeausstellung im Zwinger angesehen werden, welche alle Sonntage dem Publikum geöffnet ist. Unsere einheimische Kunst wendet sich zunächst an den Kunstsinne der Breslauer, ehe sie ihre Bilder in weiteren Kreisen zur Schau stellt, ein Vertrauen, welches hofentlich von Seiten unserer kunstfreundlichen und vermögenden Mitbürger die gebührende Würdigung finden wird.

In der That verdienen Fleiß, Eifer und Leistungen unserer Künstler alle Anerkennung. Von Adolph Dreßler sind zehn Bilder ausgestellt, welche für das Talent zu stimmungsvoller Landschaftsmalerei ein unwiderstehliches Zeugnis ablegen. Vortrefflich ist die größte Landschaft in herblicher Beleuchtung und Färbung, der liebliche Fluß mit seiner anmuthigen Spiegelung, der von gelblichimmernden Eichen und Schwarzpappeln beschattete Rasen, welche trotzdem, daß der Herbst ihn schon der grünen Frische beraubt hat, doch noch wohlthig und traulich zur Ruhe einladet, und die duftige Ferne. Wenn frühere Maler die Jahreszeiten „allegorisch“ darstellten, so sind die Dreßler'schen Jahreszeiten gleichsam lyrische Landschaftsbilder, sehr anmuthend besonders der Frühling mit seinen Blüthenbäumen, mit dem Fußpfad am grünenden Gang, den sie beschatten, mit dem liebenden Paare, das auf ihm wandelt, und mit diesem eigenhümlichen Hauch, der über der Landschaft schwebt und das verheißungsvolle Erwachen der Natur sprechend darstellt. Das Sommerbild ist in weicheschwüle Beleuchtung gerückt, der Winter breitet sein Schneegewand über eine alte Burg, ein friedliches, ihr zu Füßen schlummerndes Dörfchen und verschüttet eine Sommerlaube, die gewiß in der Blüthenzeit einen recht anmuthigen Aufenthaltsort bietet. Den Gegensatz von Sommer und Winter hat Dreßler außerdem in einem Doppelbilde verwerthet, welches eine, in waldigem Thal gelegene Mühle in beiden Jahreszeiten darstellt. Die Verschiedenheit von Färbung und Ton ist namentlich bei dem Buschwerk glücklich getroffen. Es sind nicht allein die Schneemassen, welche das

Wie tabeln auch die gewaltthätige Vertreibung der dänischen Beamten durch das Volk. Da Schleswig als deutsches Land occupirt worden ist, ist es aber eine Consequenz auch die dänische Vergewaltigung, welche diese Beamten in Kirchen, Schulen und Gemeinden geübt haben, nicht ferner zu dulden und Schleswig von diesen Beamten unerschütterlich und amtlich zu befreien. Wir freuen uns daher, daß die Civilcommissare, wie die „Epen. Jtg.“ referirt, dahin instruirirt worden sind. — Die jetzt im Aufgange zwischen Schloß und Museum — aufgestellten erbeuteten dänischen Geschütze sind von Gussstah, sehr schwer und groß und zum Theil verrostet. Der Andrang der Beschauer ist groß. Auch heute waren keine Depeschen an den Anschlagstulen zu sehen.

— (Corresp. Zeidler.) [Ankunft von Siegestrophäen.] Gestern, Montag, Vormittag trafen mit Eintrag von Hamburg 13 dänische Kanonen hier ein, die von den verbündeten Truppen bei Schleswig, Deberssee und Bilschau erobert worden. Begleitet waren dieselben von 4 preussischen Artilleristen und 9 in Folge jener Gefechte decorirten und leicht verwundeten Oesterreichern unter Führung des Hauptmanns Eder vom Regiment „König von Belgien.“ Die nach Wien bestimmten Geschütze bestanden aus zwei 84-Pfündern, zwei 42-Pfündern und einem 14-Pfünder; die preussischen sind sämmtlich 12-Pfünder. Ein 4Pfündiges Feldgeschütz, das erste, das auf dem Königberg erobert wurde, war über Wagbeuge eingetroffen. Ein zahlreiches Publikum hatte sich auf dem Bahnhofsplatze eingefunden und begrüßte entzückt die Antkommen. Das für die Unterstüßung und Verpflegung der durchpassirenden verwundeten Kriegsgenossen unserer Armee hier zusammengestellte Comité hatte ein solennes Frühstück für dieselben im Wars-Salon arrangirt und holte sich die Preußen und Oesterreicher alsbald herein, um sie behutsam zu bewirthen. Die Herren Krüger, Müßling und Duderstadt leisteten die Bewirthung. Unter den decorirten Oesterreichern befanden sich u. A. Feldwebel Havelberger von Heß-Infanterie, der die goldene Medaille erhalten für Eroberung von zwei Fahnen und Gefangennahme von 25 Dänen mit seiner Mannschafft in einem Gefecht bei Jagel; Unteroffizier Michalowitz von Heß-Infanterie, goldene Medaille für Wegnahme einer Kanone bei Jagel; Jäger-Feldwebel Wirth desgleichen; ein Hularen-Unteroffizier von Lichtenstein mit der silbernen Medaille, welcher der Erste im Carree eine Fahne eroberte und 6 dänische Infanteristen zusammen hieb. Der Mann hat einen Hieb über den Kopf, der die ganze Kopfbedeckung gespalten, ihn aber zum Glück nur leicht verwundet hatte; Unteroffizier Wessel von Windischgrätzdragonern, goldene Medaille, hieb mit 4 Mann in einem Hof bei Jagel seinen Major aus dem Feinde und tödtete 4 Infanteristen. Auch ein Trompeter war unter den Decorirten. Diejenigen, welche die goldene Medaille empfangen, werden zu Offizieren vorgeschlagen. Hauptmann Eder hatte allein 7 Kugellöcher durch seinen Mantel; nur 4 Offiziere des ganzen Bataillons waren unverwundet geblieben. — Viele anwesende Damen und Herren besahen die Mannschaffen reich. Nachdem sie gefürchtigt hatten und gebrüht mit Cigaretten versehen worden waren, wurde der Abzug in die Stadt vorbereitet. Die preussischen Geschütze waren unterdeß von dem Comité und dem Publikum reich bedankt worden und der Zug derselben ging nun, die 4 Artilleristen voraus marschirend, durch die Luise- und Neue-Wilhelmstraße nach den Linden am königlichen Palais vorbei nach dem Zeughaus und Aufgange. Die Oesterreicher waren unterdeß in einem Omnibus nach British-Hotel geführt worden, dessen Besitzer sie zu Tisch geladen, und schlossen sich von hier in dem Wagen dem Zuge an. Vor dem Palais Sr. Majestät des Königs angekommen, ließen Allerhöchsth dieselben durch einen Adjutanten den Zug halten und die preussischen und österr. Mannschaffen in das Palais befehlen, wo Sr. Majestät Allerhöchth dieselben sehr hübreich besaßten. Die Geschütze wurden sodann nach dem Aufgange gebracht, wo sie vorläufig aufgestellt sind und von dem in Masse herbeiströmenden Publikum in Augenchein genommen werden. Die für Preußen bestimmten Kanonen sollen sodann am Kupfergraben aufgestellt werden. Die österr. Mannschaffen machten noch eine Fahrt durch die Stadt und sind um 8 Uhr auf der Verbrüderungsbahn zum Niederösterreichischen Bahnhof weiter beordert worden. — Mit dem Personenzug um 4 Uhr von Hamburg trafen eine Anzahl der preussischen Verwundeten (wir hören 140) hier ein und wurden von den Sanitäts-Beamten mit Wagen erwartet und sofort nach dem großen Militär-Lazareth in der Kirch-Allee gebracht. Die Lazareten waren meist an Kopf und Schenkeln verwundet. Viele Familien suchten und fanden unter ihnen ihre Angehörigen. Auch zwei österr. Offiziere vom Regiment König von Belgien waren, der eine durch den Arm, der andere durch den Schenkel geschossen, dabei. Man erwartete den Nachrichten vom Vormittag gemäß noch 40 österr. Verwundete, die hier Mittag machen sollten, und es waren zu deren Bewirthung durch die Thätigkeit der Herren Müßling, Krüger, Duderstadt, Holsener und die anderen Comité-Mitglieder, sowie zur Unterbringung derselben, wozu sich bereits noch mehrere andere Soldateschen und Privaten bereitwillig erboten haben, alle Anstalten getroffen worden, doch blieb der Transport gestoren aus. — Wie wir hören, ist am Abend vor dem Weitermarsch ein österr. Offizier noch zu Sr. Majestät dem Könige befohlen worden und hat von Allerhöchsth dieselben die silberne Medaille (Militär-Ehrenzeichen) für sämmtliche mit den Geschützen als Begleitung eingetroffene österr. Soldaten (i. v.) erhalten.

An diese Mittheilungen schließt die „Correspondenz Zeidler“ folgende Bemerkungen an: „Es hat vielfache Verwunderung erregt, daß die gestern hier eingetroffenen eroberten dänischen Geschütze nicht mit mehr officieller Festlichkeit eingekollet worden sind. Dergleichen Actionen dienen zur Hebung des nationalen Geistes und des Patriotismus, und das Zutreten der Volksmenge gestern und heute nach dem Aufgange, um die dort aufgestellten Geschütze zu sehen, beweist genügend die Theilnahme der Bevölkerung für die Siegestrophäen. Indes es ist leider Thatsache, daß man bei uns sich sehr wenig auf die nationale Erziehung und die Hebung des preussischen Patriotismus versteht, wie es z. B. bei jeder Gelegenheit in Frankreich, England u. s. w. der Fall ist. Wenn sich bei uns nur die Herren Geheimen Räte wohl befinden, dann ist Alles gut!“

— Den Kammerherrndienst bei Ihrer Majestät der Königin haben vom 15. Februar bis 1. März die königl. Kammerherren Graf Matuschka aus Schlesien und Graf Verpöcher übernommen.

— Die „Kreuz-Zeitung“ meldet: „Das Staatsministerium hat sich, wie verlautet, in neuerlichen Beratungen über die Grundzüge verständigt, nach welchen in Bezug auf die Staatsausgaben für das Jahr 1864 verfahren werden soll. Es dürfte wohl selbstverständlich im Wesentlichen an den für das Jahr 1863 aufgestellten Grundzügen festgehalten werden, jedoch mit den durch

die gegenwärtigen Zeitumstände und durch die längere Dauer der budgetlosen Regierung gebotenen Modificationen.“

— (Corresp. Zeidler.) Von Wien ist folgendes erfreuliches Schreiben hier an das Comité, das sich zur Verpflegung der durchpassirenden Verwundeten österr. Kriegerbrüder gebildet hat, eingegangen:

„Gedrie Herren! Preußens und Oesterreichs Armee kämpfen gemeinschaftlich für Recht und Ehre. Der Drang, den in Ausübung ihrer Pflicht Verwundeten oder Erkrankten beizustehen, ihre Leiden zu lindern, sie nach Möglichkeit zu retten, tief unseren Verein ins Leben. So wie aber unsere Heere ihre Kräfte verdoppelt fühlen, durch das Bewußtsein im Verein mit dem Verbündeten zu kämpfen, ebenso werden sich unsere Zwecke mit vereinten Kräften um so leichter erreichen lassen. Da nun die Soldaten beider Heere, gemeinschaftlich kämpfend, auch in den Spitalern, bei Transporten nicht streng gesondert werden können, so ist es eine Pflicht der Menschlichkeit, daß jede Hilfe dort, wo sie geboten wird, dem verwundeten Soldaten, er mag Preusse, er mag Oesterreicher sein, auch gemeinschaftlich zu Theil werde. Wir erbiten uns daher, in allen Fällen, wo verwundete preussische und österr. Soldaten in Feld-Spitalern oder bei Transporten der Hilfe bedürfen, zu gemeinschaftlichem Wirken und sehen diesfalls der weiteren Mittheilung entgegen.“

Wien, am 10. Februar 1864.

Vom patriotischen Hilfs-Verein während der Kriegsdauer.

83. Josef Hübl zu Colloredo-Mannsfeldt.

Ritter Carl Gundaker von Suttner, Vice-Präsident.

Nügen diese beiden herrlicher Eintracht beider Nationen ein fleißendes Wahrzeichen sein für die deutsche Zukunft. Wie man hier gedacht und gefühlt, hat der bereits am Tage vor dem Eingang des obigen Schreibens erlassene Aufruf einer Anzahl hiesiger Bürger genügend bewiesen. Obwohl derselbe erst heute Morgen durch die Zeitungen veröffentlicht wurde, sind bereits heute Vormittag in dem Bureau des reich gebildeten Comité's eine Menge Gaben und zahlreiche Anmeldungen zur Aufnahme der durchpassirenden österr. Verwundeten in Privathäusern eingegangen.

— Es geht der „Voss. Jtg.“ nachstehende amtliche Berichtigung zu: „Die in Nr. 40 der „Voss. Jtg.“ enthaltene Notiz, daß der evangelische Oberkirchenrath für die Dauer des ausgebrochenen Krieges ein besonderes Kirchengelbes angeordnet habe, ist eine irrthümliche. Es ist vielmehr von Seiten der genannten Behörde gegenwärtig nur der Gebrauch der für Kriegszeit in der Agenda vorgeschriebenen Einlage in das allgemeine Kirchengelbes für die Geistlichen empfohlen worden, deren Worte lauten: „O Gott der Herrscharen! giebe allenthalben aus mit des Königs Heere und Truppen, verleihe ihnen Sieg und Sieg, damit ein rechtlicher Friede baldigst herbeigeführt werde.“

— Durch ein am 1. d. M. zwischen dem hiesigen belgischen Gesandten Baron v. Koehmb und dem hanseatisch-olbenburgischen Minister-Präsidenten Dr. Geffken geschlossenes Abkommen ist Oldenburg der preussisch-belgischen Uebereinkunft wegen gegenseitigen Schutzes der Rechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst vom 28. März v. J., in Gemäßheit des den Zollvereinsstaaten im Artikel 16 vorbehaltenen Rechtes, beigetreten.

— Die Agentur der preussischen Bank zu Salzwedel wird am 29. d. M. aufgehoben.

— Von der Steuerverwaltung ist der Grundbesatz aufgestellt worden, daß auch bei den an eigene Verdrage gezogenen Wechseln der Acceptant bei Strafe der Wechselimpul-Defraudation verpflichtet sei, den Wechsel zur Stempelung vorzulegen, bevor er denselben dem Aussteller zurückgibt.

— Der Professor Dr. Ende ist, wie die „Epen. Jtg.“ schreibt, zu Ende vorigen Jahres aus seiner Stelle als Director der Sternwarte geschieden und dieselbe wird seitdem provisorisch versehen.

— Die Mutter des Sultans hat, wie die „Voss. Jtg.“ berichtet, in der Berliner Wochenschrift zwei Batterien geeigneter Geschütze bestellt, um diese der türkischen Armee zum Geschenk zu machen.

(N.) Gegen den Stadtgerichtsrath Twisten soll eine neue Disciplinaruntersuchung eingeleitet sein, weil er im December v. J. zu dem Abgeordneten-tage nach Frankfurt gereist ist, ohne Urlaub zu nehmen. Da die Abgeordneten für die Dauer des Landtags keines Urlaubs bedürfen, ist nicht abzusehen, wie sie zu einer Reise während der Session noch einen besonderen Urlaub nachsuchen sollten. Außerdem ist Herr Twisten auf dem Criminalgericht über seine etwaige Beistellung an dem Auftruf des Ausschusses des Abgeordnetentages vom 24. Januar verantwortlich vernommen worden. Die preussischen Abgeordneten sind bei der damaligen Sitzung des Ausschusses gar nicht zugegen gewesen, und haben demnach an der Beratung und Veröffentlichung jenes Auftrages keinen Theil genommen. Wir hören übrigens, daß Herr Twisten dem Ausschusse gar nicht mehr angehöre, sondern der geschäftsführenden Commission in Frankfurt seinen Austritt angezeigt hat, indem er der Ansicht ist, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen und bei der Möglichkeit offener Feindseligkeiten ein directes Zusammenwirken preussischer und österr. Parlamentsmitglieder mit denen der übrigen deutschen Staaten in der schleswig-holsteinischen Sache nicht mehr möglich sei.

— Wir entnehmen der Berliner Börsen-Zeitung Folgendes: „Der Seeverkehr ist in Folge des deutsch-dänischen Conflictes andauernd einer Ungewißheit überliefert, die naturgemäß nach allen Richtungen hin föhrend wirkt. Während das preussische General-Consulat in Kopenhagen noch unterm 9. d. M. amtlich nach Stettin meldet, daß zufolge einer Mittheilung des dänischen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten mit Embargo belegte Schiffe aus den dänischen Häfen noch binnen 6 Wochen vom 1. Febr. c. ab auslaufen dürfen; während die englischen Missionare gegenwärtig den preussischen Schiffen, welche in England gegen Kriegsfahrt verhaftet sind, das Auslaufen anheim geben, nachdem sie mehrere Tage hindurch hohe Liegegelder gezahlt und die Schiffe dadurch zurückgehalten haben: läuft von Kiel die Mittheilung ein, daß die dänische Corvette Thor noch am 1sten bei Prohbei einen Küstenfahrer genommen habe; wird von Plymouth berichtet, daß die dänische Fregate Niels Zuel, begleitet von einer Corvette und einem Kanonenboot eine nach Plymouth mit Dampf bestimmte preussische Wart weggenommen resp. nach Helsingör geschickt und Weibung habe, preussische, österr. Schiffe, hanooverische, Bremer und Lübecker Schiffe aufzubringen; wird endlich von Stralsund gemeldet, daß fünf dänische Kriegsschiffe an der Nordküste der Insel Rügen liegen. Thatsache ist es ferner, daß zwischen den deutschen Mächten und Dänemark in Bezug auf den Seeverkehr Verhandlungen gepflogen sind. Wir glauben, der deutsche Handelsstand hat ein Recht zu dem Verlangen, von dem Resultat dieser Verhandlungen amtlich unterrichtet zu werden, und erwarten, daß die Staatsregierung sich ohne weiteren Zeitverlust zu einer entsprechenden öffentlichen Erklärung entschließen.“

(Pos. 3) **Posen**, 15. Febr. Der Apotheker Jagielski, der wegen verweigerter Zeugnisausgabe sich längere Zeit in gerichtlicher Haft befand,

Aus Schleswig.

Von Gustav N a s c h in der Wiener „Presse.“

General v. Gablenz hatte den richtigen Tact, sich in Schleswig um die politischen Verhältnisse gar nicht zu bekümmern, sondern zu sagen: „Meine Aufgabe ist es, die Dänen aus dem Lande zu treiben. Diese Aufgabe vollziehe ich; mag die Bürgerschaft sich ihre politischen Verhältnisse selber ordnen!“ Er nahm deshalb auch mit eben so richtigem Tact keine einzige Deputation an, sondern kümmerte sich bloß um seine militärischen Maßregeln. Die braven Schleswiger Bürger machten sich dies tactvolle Benehmen des österr. Generals denn auch zunutze, und räumten in den ersten vierundzwanzig Stunden nach dem Einzuge der Oesterreicher mit dem verächtlichen Gesindel von Beamten, mit dem die dänische Regierung seit zwölf Jahren die unglückliche deutsche Stadt heim-gesucht hat, auf das allergündlichste auf. Es bildete sich sofort aus den angesehenen und achtbaren Bürgern der Stadt ein Depotirten-Collegium, welches es sich zur Aufgabe stellte, die dänischen Beamten zu entfernen und ihre Stellen, welche sie in schändlicher Weise seit elf Jahren gemißbraucht haben, mit deutschen Beamten zu besetzen. Der der Verhältnisse nicht Kundige hat davon keinen Begriff, in welcher Art und Weise die Stadt Schleswig abschließend und daß gegen die deutsche Gefinnung der Bürger heruntergebracht ist. Alle Jahre wurden der einst so blühenden Stadt neue Schläge verfehlt, um sie langsam zu ruiniren. Nach der Schlacht bei Tostedt wurden achtundsechzig der Intelligenz angehörige Familien gezwungen, die Stadt zu verlassen und in die Verbannung zu geben. Dann kam ein jahrelanger Belagerungszustand, dann die Zeit der willkürlichen Polizei-Regierung. Der Polizeimeister und spätere Bürgermeister Jörzgenen war das Prototyp aller dänischen Polizeimeister im Lande, eine ganz unersäufliche Persönlichkeit. „Hat euch mein Vorgänger mit der Peitsche gezüchtigt?“ sagte er beim Antritt seines Amtes, „so will ich euch mit Scorpionen züchtigen“, und nun begann eine jahrelange Verfolgung der niederträchtigsten und kleinlichsten Art. Das Lied „vom meermuschlungenen Schleswig-Holstein“ wurde mit Gefängniß bei Wasser und Brot bestraft. Es wurde

Winterbild in ein kaltes freitendes Licht rücken. Stimmungsvoll ist auch Dreßler's „Wald einsamkeit“. Der Waldbach, der sich unter dem dichten Laubdach und dem eng zusammenstehenden Stämmen verliert, scheint das Gemüth einzuladen, sich ebenfalls in diese Abgeschlossenheit einer üppig wuchernden Pflanzenwelt zu versenken.

Von den zwei Bildern von W. Krauß „Westphälische Mühle“ und „Motiv aus der Rheingegend“ verdient wohl das zweite den Vorzug. Die Capelle mit den ländlichen Gruppen, welche behaglich gelagert die Feldblumen des benachbarten Kornfeldes zum Kranze winden, ladet zu freundschaftlichem Verweilen ein, so anmuthig lockend auch die duftige Ferne winkt. Girscher, heimlich in Tyrol und durch sein „Abengluhn“ von früheren Kunstausstellungen her unserm Publikum wohlbekannt, malt einen „Girscher“ aus dem Oberjülicherthale, mit branddürreter Beleuchtung der die Eismasse umgebenden Feldpartien. Bayer's „in der Dämmerung“ ist ein hübsches Motiv; das rostende Mädchen mit der Holztafel im tiefen Walde macht einen ganz anmuthigen Eindruck; doch erscheint die Dämmerbeleuchtung selbst, namentlich das durch die Zweige blinkende Abendroth, nicht genug ausgeführt.

Die Porträtmalerei ist durch ein Bild unseres wackern Professor Ernst Resch und zwei von Emil Brechmer vertreten. Zum Lobe eines Portraits von Resch viel zu sagen, hieße Gulen nach Alben tragen. Im Ganzen herrscht dieselbe Richtung in allen drei Bildern, tüchtiger Realismus, Lebensfrische und Lebenswahrheit und große technische Sicherheit in der Ausföhrung! Von Emil Brechmer ist außerdem ein sehr einladendes Silleben: „Teller mit Krebsen“ zur Schau gestellt. Die rothen Scherentragere sind eben so naturgetreu dargestellt, wie das Bierseidel, welches einen dursterweckenden Eindruck macht. Von Albert Rahnner's zwei männlichen Reliefportraits in Gyps ist namentlich das eine mit großer Feinheit und Sauberkeit in der Detailsausföhrung ausgearbeitet.

Die Arglosigkeit der Breslauer Künstler, denen hier nicht gerade die Sonne Homer's scheint und denen hier keines Medicus's Güte lächelt, ist gewiß anzuerkennen. Fabren sie mit gleicher Müßigkeit fort, so werden sie sich immer mehr Terrain in der Gunst des Publikums erobern. R. G.

Ist jetzt auch derselben entlassen worden. — Der Zeichenlehrer Jazygynski ist aus seiner Untersuchungshaft in der Stadtvogtei zu Berlin ebenfalls entlassen und dieser Tage wieder hier eingetroffen.

In Schroda wurde am 15ten der Propst Szamarzewski verhaftet und nach Berlin in die Hausvogtei abgeführt. Er war früher bereits verhaftet gewesen und ist erst vor kurzer Zeit entlassen worden.

(W. 3.) Borek, 15. Februar. [Hausführung.] In Folge einer telegraphischen Depesche des Untersuchungsrichters des Staatsgerichtshofes hielt heute der Polizeianwalt Her aus Kognin unter Zuziehung des Districtcommissarius Brodnowicz und des Bürgermeisters Wolff von hier eine Hausführung ab. Ueber das Resultat der Hausführung verläutet nichts.

Gollub, 14. Februar. Gestern wurde hier der Telegraphist Kozka aus Danzig zum Bürgermeister gewählt.

(W. 3.) Goldap, 14. Februar. Ich weiß nicht, ob auch in anderen Kreisen unseres Regierungsbezirks neben dem Amts- und Kreisblatte noch ein drittes Blatt als amtliches eingeführt ist, zu dessen Haltung die Gasse- und Schankwirthe verpflichtet sind. Zu unserm Kreise ist dies der Fall, und zwar mit dem in Königsberg erscheinenden Volkskreise, wie aus der nachstehenden Verfügung hervorgeht:

„Im Auftrage des königlichen Landrathsamtes zu Goldap eröffne ich Gm. Wohlgebornen, daß bei Einleitung der Concession zum Betriebe der Gast- und Schankwirtschaft von 1864 ab die Haltung des Volksfreundes zur Bedingung gemacht wird. Ich erwarte umgehend Ihre Erklärung, gleichseitig die Einlösung des Prämienbetrages von jährlich 19 Sgr., um die Bestellung beim nächsten Postamte vorantreiben zu können. U. den 9. Januar 1864. Der Polizeiverwalter.“

Danzig, 16. Februar. Vorgestern Abend wurde in Neufahrwasser die Artillerie und Infanterie alarmirt, weil vom Koosenhause aus die Meldung kam, daß ein Kriegsschiff in Sicht wäre. Es hat sich indes herausgestellt, daß das betreffende Schiff ein größerer englischer Rauffahrer-Dampfer war.

Stettin, 16. Februar. Am Sonnabend ist in London ein preussisches Schiff vom Mittelmeer nach Cardiff zu 1 pft. gegen Kriegsgefahr versichert. — Seit ungefähr acht Tagen sind hier und in Swinemünde mehrere Dampfer aus Dänemark eingetroffen, welche an Offiziere und Matrosen von dänischen Kriegsschiffen abgeführt sind, die im Hafen von Swinemünde liegen sollen. Die Abfender scheinen danach anzunehmen, daß Swinemünde sich bereits in den Händen der Dänen befindet. — Das dänische Schiff Elise, Jacobs von Hamburg nach Stettin bestimmt, ist in Holtzenau von preussischer Seite besetzt und mit Beschlag belegt. Es sollte Pulver an Bord haben. Das Schiff hat aber, wie der Offizier berichtet wird, für Stettiner Rechnung nur Fardescher und Fässer mit Schmierseife geladen, welche letztere für Pulverfässer angesehen und revidirt wurden.

(W. 3.) Magdeburg, 15. Februar. Gestern Vormittag kam auf der Wittenbergischen Bahn wieder ein Zug, diesmal von 655 dänischen Gefangenen, hier ein, die bei der Militärkaserne die Waggons verlassen und durch die Festungswerke nach dem Exercirschuppen beim Ulrichshöhe geführt wurden. Dieser Schuppen ist durch Defen und andere Einrichtungen zur Aufnahme der Gefangenen hergerichtet, von denen der größte Teil gestern dort nur gespeist wurde, denn 400 von ihnen besaßen Abends um 7 Uhr bei Bastion Cleve wieder die Eisenbahnwagen und wurden nach Wittenberg befördert. Die übrigen Gefangenen bleiben verläufig in dem erwähnten Exercirschuppen, bis die Vorbereitungen zu ihrer Aufnahme in der Citadelle beendet sind. Die Brücke am Ulrichshöhe war gestern der besuchte Punkt in der Stadt, weil man dort die gefangenen Dänen sehen konnte. Die Soldaten der preussischen Escorte, 1 Offizier, 4 Unteroffiziere und 50 Mann vom 4. Garderegiment zu Fuß, mit dem ehemals weiß gewordenen Feldzeichen am Arm, wurden überall, wo sie erschienen, freudig begrüßt. — Heute früh trafen noch 7 zu Gefangenen gemachte dänische Offiziere hier ein und wurden in der Citadelle einquartirt.

(W. 3.) Düsseldorf, 14. Febr. [Wählerversammlung aufgeführt.] Die auf heute Nachmittag von den Abgeordneten des Wahlkreises anderwärts Versammlung in der städtischen Tonhalle zur Berichterstattung wurde kurz nach 4 Uhr durch den Notar Verbach von Gersheim, dem durch Acclamation erwählten Vorsitzenden, eröffnet. Der Abgeordnete, Landgerichtsrath Groote, nahm Johann das Wort, schloßte zunächst im Allgemeinen die Wirksamkeit der Kammer und ging dann dazu über, die Parteien der sog. Nationalen und der Demokraten, welche der Lösung der Schleswig-Holsteinischen Frage in der Kammer näher getreten, zu charakterisiren. Er habe nur in der Idee, daß Preußen darin eine deutsche Politik verfolgen müsse, das Heil erblicken können. Habe er seiner Zeit die Beiseitigung des Ministeriums energisch gefordert, so habe er dies in gerechtem Eifer gethan, den die Wähler entschuldigen können. Indem Rechner nunmehr dazu übergeben wollte, einen Abriss der Schleswig-Holsteinischen Frage zu geben, wurde die Versammlung von dem anwesenden Polizei-Commissar auf Grund der §§ 5 und 6 des Vereinsgesetzes für aufgelöst erklärt. Herr Groote forderte sodann selbst die Versammlung auf, auseinanderzugehen, was auch geschah, nachdem dieselbe ihrem Abgeordneten ein stürmisches Hoch gebracht hatte. Die Versammlung, welche aus gegen 2000 Personen bestand, ging darauf unter Abingung des Liedes: „Schleswig-Holstein“ auseinander. — Was den Grund der Schließung betrifft, so scheint derselbe augenscheinlich in den Kammer-Verhandlungen des Ministers über die Beiseitigung des Ministeriums gelegen zu haben. Jedenfalls wird die politische Schließung der Sitzung zu weiteren Beschwerden Veranlassung geben.

Deutschland.

Mürnberg, 14. Februar. Ein Artikel des Münch. „Corr.“ kennzeichnet die ganze Mißstimmung, die sich in Folge der schlaffen Haltung der bayerischen Regierung des Volkes bemächtigt hat. Die Rolle, welche Bayern jetzt spielt, wird darin „nicht bloß kläglich, sondern geradezu lächerlich“ genannt. Wenn der Staat durch die Politik des Herrn von

Schrenk thathätlich mediatisirt sei, dann müße man ihm wenigstens nicht die ungeheuren Opfer zu, um den Schein der Selbständigkeit aufrecht zu halten, „dann möge das Land auch den mit politischer Bedeutungslosigkeit und Unverantwortlichkeit verbundenen Vortheil des wohlfeilen Regiments genießen.“ Der Artikel drückt schließlich das Verlangen nach einer allgemeinen Landesversammlung aus. (Dieselbe ist inzwischen nach Erlangen einberufen worden.)

Zur Schleswig-Holsteinischen Frage.

Hamburg, 15. Februar. Die „H. N.“ bringen nachstehenden Ueberblick über die bisherige Entwicklung der Schleswig-Holsteinischen Frage: Wir haben einen ersten Act des österreichisch-preussischen Feldzuges hinter uns, noch immer aber ist es nicht möglich, ein bestimmtes Ziel zu bezeichnen, für welches seine Schläge geschlagen werden. Der Ausgangspunkt der gegenwärtigen Action der beiden deutschen Großmächte war bekanntlich ihr gemeinsamer Antrag vom 28. Decbr. v. J. beim Bunde. Demselben zufolge sollte für den Fall, daß Dänemark die definitive Aufhebung seiner Novemberverfassung verweigere, Deutschland sich durch militärische Besetzung des Herzogthums Schleswig ein Pfand für die Erfüllung seiner gerechten Forderungen verschaffen. Als diese gerechten Forderungen wurden die durch die deutsch-dänischen Vereinbarungen der Jahre 1851 und 1852 erworbenen Ansprüche geltend gemacht. Ueber das Ziel des von Oesterreich und Preußen beabsichtigten Vorgehens konnte sonach ein Zweifel nicht walten. Worum es sich handelte, das war die Zurückführung der Zustände Dänemarks und der Herzogthümer zu den Normen der Stipulationen jener Jahre, die Wiederinraktfetzung des dänischen Gesamtstaats der Bekräftigung König Frederik VII. vom 28. Januar 1852. Die Bundesversammlung lehnte jedoch das Eintreten für Ziele ab, welche in schreiendem Widerspruch zu den nationalen Forderungen und der durch den Tod Königs Frederik völlig veränderten Rechtelage standen, und die beiden deutschen Großmächte glaubten nunmehr auf eigene Hand zur Durchführung ihres Antrages schreiten zu sollen. Was aber im Einklang mit dem Bunde eine Möglichkeit gewesen wäre, das stellte sich im Gegensatz zu ihm als unmöglich heraus. Die Cabineten von Wien und Berlin konnten sich nach dem Bundesootum des 14ten Januar über die völlige Verlassenheit ihres Standpunktes keinen Täuschungen hingeben und sahen sich dadurch genöthigt, indem sie an seine Inablenbarkeit gingen, ihn zu modificiren. Am 18. Januar hatte das Kopenhagener Cabinet die Aufforderung zur Zurücknahme seiner November-Verfassung zurückgewiesen, und am Tage darauf richtete Herr v. Bismarck an die deutschen Regierungen eine Depesche, welche die Ziele des österreichisch-preussischen Antrages vom 28. December in sehr bestimmter Weise desavouirte. Die Vertheilungen von 1851 und 1852 haben, hieß es in ihr, die versprochenen Garantien nicht geboten. Der aus ihnen hervorgegangene Zustand sei ein unmöglicher geworden, es gelte daher, eine neue, die Rechte und Interessen der Herzogthümer wirklich sicherstellende Combination zu finden. Solcher Combinationen gebe es mehrere und würde für den Fall, daß ein eigener souveräner schleswig-holsteinischer Staat unter der Herrschaft des Augustenburger Hauses nicht erreichbar sein sollte, namentlich ein Schleswig-Holstein in Personalunion mit Dänemark zunächst ins Auge zu fassen sein. Der bisherige Gesamtstaat war also nicht mehr das Ziel der großmächtl. Action. Unter allen Umständen sollte vielmehr für Deutschland ein Mehreres erlangt werden. Welches dieses Mehrere aber war, das ließ die preuß. Note des 19. Januar offen, wenn sie auch die Personalunion als vorzugswürdig hinstellte und darüber keinen Zweifel ließ, daß sie die Inraktfetzung des Augustenburger Erbtheils wenn auch im Princip nicht ausschloß, so doch fürs Erste als unerreicher betrachtete. Am 31. Januar hatte General de Meza die Aufforderung zur Räumung Schleswigs mit der Erklärung beantwortet, daß die dänische Armee bereit stehe, Gewalt mit Gewalt zu vertreiben und an dem nämlichen Tage gingen identische Eröffnungen des Wiener und Berliner Cabinets über die Absichten ihres Einschreitens an das Londoner Cabinet ab. Die Absicht der beiden Großmächte — constatirte diese Eröffnung — sei es nicht, von dem Princip der Integrität der dänischen Monarchie abzuweichen. Allerdings könnten jedoch Fälle eintreten, welche es ihnen nicht länger gefallen würden, an demselben festzuhalten, wenn sie nämlich, sei es durch eine bewaffnete fremde Einmischung, sei es durch die Hartnäckigkeit Dänemarks, zu schwereren Opfern gezwungen werden sollten, als das eine auf die Integrität der dänischen Monarchie gebaute Combination noch als ein lohnender Preis derselben erscheinen könnte. Immer aber und zu welchen Umständen sie auch geführt werden sollten, würde die schließliche Vereinbarung nur mit Zustimmung der übrigen Mächte des Londoner Vertrages zu treffen sein. Die in der preussischen Depesche vom 19. Januar vorzugswürdig betonte Personal-Union hatte noch innerhalb des Princips der Integrität der dänischen Monarchie gestanden. Mit dem Vorbehalt der eventuellen Abweichung von diesem Princip und dies in einem Augenblick, da eine der Eventualitäten, von denen dieselbe abhängig gemacht wurde, der entschiedene Widerstand Dänemarks nicht mehr zu bezweifeln stand, wurde dagegen jetzt unverkennbar die Möglichkeit einer völligen Trennung des Königreichs und der Herzogthümer mehr in den Vordergrund gerückt. Freilich jedoch, indem

die Zustimmung Englands, Frankreichs, Russlands und Schwedens als conditio sine qua non zugestanden wurde, unter Bedingungen, welche sie auf der andern Seite wieder fast illusorisch machten. Die beiden deutschen Großmächte nahmen das Recht in Anspruch, unter gegebenen Voraussetzungen den Londoner Vertrag fallen zu lassen, im Grunde aber nur, um damit die Befugniß zu erlangen, eine die Schranken dieses Vertrages überschreitende Combination auf einer europäischen Conferenz zur Verhandlung zu stellen. Man sieht, die Absichten der großmächtl. Politik, so weit bisher officiell. Verlautbarungen darüber der Öffentlichkeit vorliegen, geben sehr verschiedenen Möglichkeiten Raum. Man hat in Wien und Berlin zwischen Deutschland und dem Ausland Stellung genommen und ist bemüht, zwischen den nationalen Rechten jenes und den „europäischen“ Annahmen dieses zu vermitteln. Die ersteren möchte man in irgend einer Weise abfinden und die letzteren möglichst schonen. Beide stehen aber in unvereinbarem Gegensatz zu einander und unsäglich deshalb, ein festes Ziel zu gewinnen, suchen Oesterreich und Preußen sich vielmehr nach beiden Seiten Hintertüren und die Möglichkeit offen zu halten, ihre Entschcheidung je nach Umständen mehr der einen oder der anderen der entgegengesetzten Strömungen anzupassen.

W laut österr. officieller Mittheilungen vom 17. Februar, befinden sich in den verschiedenen Spitälern 720 Verwundete, darunter eine große Anzahl Schwerverwundete, nachdem die vielen Leichtverletzten, insbesondere Offiziere, aus Ambition bei ihren Abtheilungen entweder verblieben oder zu denselben bald wieder eingerückt sind. Die nominalen Verlustangaben, deren Vorlage mit einiger Bestimmtheit in Folge der Marschbewegungen und der zerstreuten Dislocation der Truppen noch nicht stattfinden konnte, werden, wie die „H. N.“ mittheilt, so bald sie eintreffen, sogleich veröffentlicht werden.

(H. N.) Kiel, 14. Februar. Außer der theologischen Facultät in Greifswald haben bisher die preussischen Universitäten sich mit Erklärung gegen für Schleswig-Holstein zurückgehalten. In Betreff Berlins soll ein unmittelbarer Einfluß von oben dabei gewirkt haben. Von großer Bedeutung ist daher, daß die Universität Halle, und zwar sämtliche Universitätslehrer, mit wenigen Ausnahmen, sich mit der halleschen Geistlichkeit (ausgenommen zwei Prediger) zu einer Zuschrift, die 60 Unterschriften trägt, vereinigt haben. Dieselbe ist heute eingegangen und lautet:

An die Herren Professoren der theologischen Facultät zu Kiel: Die Unterschriften drängt es, Euch in der schweren Entscheidungssunde, welche Ihr mit Eurem Volke und Vaterlande gegenwärtig durchlebt, ein Wort der Theilnahme und Ermuthigung zuzurufen. Wir haben die lange Zeit schmerzlicher Abhandlung und Unterdrückung, welche leider nicht ohne Deutschlands Mißthun über Euer Land und über Eure Landeskirche hingegangen ist, mit Euch empfunden. Wir fühlen mit Euch heute die ganz äußere und innere Bedrängniß, in welche der Gang der Ereignisse Euch versetzt hat. Ihr habt Euch geweigert, dem den Eid zu leisten, von welchem Ihr überzeugt seid, daß er nicht bezeugt sei, ihn zu fordern. In unsern Augen habt Ihr gehandelt, wie Ihr als Christen dürft und müßt. Wenn Ihr geglaubt habt, für die Sache des Fürsten Euch erklären zu müssen, welcher von der großen Mehrzahl der beherrschenden Rechtshandlungen als der rechtmäßige Erbe des Thrones bezeichnet wird, so können wir Euch auch deshalb nicht tadeln. Ihr kämpft für das Recht Eures Landes, für deutsches Volkthum und Sitte, für deutsche Sprache und deutschen Gottesdienst. Wir stehen zu Euch in diesem Kampfe. Fern sei es, daß wir ihn mit dem Namen der Revolution brandmarken. Wir wissen, daß es ein gerechter Kampf ist, und wir müßten mit ihm den Kampf verurtheilen, welchen unser Volk vor 50 Jahren für seine heiligen Güter und Rechte geführt hat. Jetzt, wo unsere Fahnen über Euer Land wehen, richten sich unsere Wünsche, unsere Hoffnungen mit doppelter Inbrunn dahin, und wir bitten Gott, daß er den Sieg verleihe und an ihn den Erfolg festnen möge, daß alle Rechte, welche die Herzogthümer mit einander verknüpfen, alles Anrecht, welches Euer Volk auf Deutschland und Deutschland auf Euer Volk hat, gewahrt, und Ihr dauernd aus der Hand Eurer Unterdrücker errettet werdet. Halle, den 9. Februar 1864.

(U. M.) Altona, 14. Februar. Wenn die „H. N.“ sich auf mißgünstige Weise mit den Bundescommissaren und ihrem Thun und Lassen nicht von dem Bundesstandpunkt, sondern von ihrem einseitigen Standpunkt aus beschäftigt und ihnen daher ein Verhalten zumuthet, das mit ihrer Stellung und ihrer Instruction im Widerspruch steht, so mag dies ihrer Parteilichkeit zugute gehalten werden, so weit es nicht die Thatfachen anstellt. Wenn sie sich aber jüngst veranlaßt gesehen, sogar die Diäten der Commissare zu beschneiden und diese auf 100 Thlr. täglich angriff, so kann zu ihrer Beruhigung aus guter Quelle erklärt werden, daß dieselben noch gar nicht festgestellt sind und die Angabe eines so hohen Betrags auch mathematisch nicht zutrifft. Es heißt, daß wenigstens ein großer Theil der Bundestruppen in hiesiger Gegend concentrirt werden sollte. Das eine preussische Bataillon ist, da die Beförderung auf der Eisenbahn nicht beschafft werden konnte, gestern, wie es heißt, zunächst nach Quickborn weiter marschirt. Nach Norden sind hier auch gestern auf der Eisenbahn 2 gezogene preussische 24-Pfünder, gezogene Kanonen, befördert worden, und 6 schon bereit stehende sollten ihnen folgen; sie sind, wie man hört, für die Küste bei Kiel bestimmt. Auch österreichisches Geschütz wurde erwartet. — Der hannoversche General v. Gebser feierte am gestrigen Sonntag sein fünfzigjähriges Dienstjubiläum. Schon früh Morgens wurde ihm von der schönen Militärmusik, welche Choräle spielte, ein Ständchen gebracht. Auch wurde ihm ein silberner Focal von Seiten der Untergebenen überreicht; der sonstigen Beglückwünschenden nicht zu gedenken.

der Thatbestand eines neuen Verbrechens, des Verbrechens „der Mißlichkeit“ — man meint damit das Verbrechen der Mißlichkeit — erfunden. Die Verurtheilungen in Gestrafen wurden bis zur Tollheit ausgeprochen, weil ein großer Theil dieser „Brüder“ in die Tasche der dänischen Polizeimeister und Hardschöbige floh. Polizeimeister Koch — der Vorgänger des Polizeimeisters Jörgensen — verurtheilte an einem Tage zweihundert Bürger jeden in drei Reichsbankhalter Strafe wegen nicht vorchriftsmäßiger Strafenreinigung, weil er Geld zu einer Bergungszweife nach Italien brauchte. Als Karl Molke an die Regierung kam, sagte Graf Baudiffin auf Vorstel zu ihm: „Sie werden doch nun wohl die Schöfels von dänischen Beamten absehen, welche Tilsch in das Amt gebracht hat?“ — „Wissen Sie, Herr Graf“, erwiderte der neue Minister, „daß diese Beamten sämtlich Schöfels sind, weiß ich; aber die Moralität dieser Leute geht mich gar nichts an; mir kommt es nur auf ihre dänische Erziehung an, und diese haben sie in reichlichem Maße.“ Und nun wurde die Stadt mit dem Schund dänischer Beamten von Kopenhagen aus überschwemmt. Zwanzig Advocaten wurden an einem Tage ohne jeden Rechtsgrund ihrer Stellen entlassen. Es trat eine Zeit lang ein vollständiges Jusitium ein. Das Dänenthum hatte auf Schleswig immer einen ganz besonderen Haß, weil es die Stadt mit Recht für den Centralpunkt der deutschen Opposition gegen seine Danisirungsbestrebungen hielt. Schleswig sollte und mußte ruiniert werden; deshalb wurde die Eisenbahn von Neudöbber nach Flensburg auch nicht über Schleswig gelegt, sondern man überließ es der Stadt, sich eine Zweigbahn zu bauen, wodurch die Stadt natürlich aus dem industriellen und commercieellen Verkehr im Lande vollkommen herausgedrängt wurde. Zu allen diesen Maßregelungen gaben sich Dänen von Ehre und Gewissung nicht her. Wie oft hat man mir in Kopenhagen gesagt: „Männer von Ehre gehen nicht nach Schleswig; dorthin geht in die Stellungen der Beamten nur unser Ausschuß.“ Man kann sich nun denken, was das für Leute waren, die in Schleswig seit elf Jahren gewirksam waren. Polizeimeister Jörgensen hat sich den Ruf des brutalsten und verächtlichsten Beamten im Lande verschafft. Er übertraf noch den Polizeimeister Reiser in Eckenförde,

und gab in seinen Geldverpressungen dem berühmten Hardschöbige Blausfeld in Fleckeby wenig nach. Ein Unterarzt in der dänischen Armee, ein ganz einfältiger Mensch, wurde Director des großen Irrenhauses, und entfernte aus der auf einer hohen medicinisch-wissenschaftlichen Stufe stehenden Anstalt alle deutschen Aerzte in der brutalsten Weise, ihre Stellen mit seinen Creaturen besetzend. Dasselbe Mandat wurde mit dem Lausitzer-Institut vorgenommen. Die Gelehrtenschule in Schleswig wurde in einen Sumpf von Borntheit und Dummheit verwandelt. Bis auf zwei wurden alle deutschen Lehrer abgesetzt und ihre Stellen mit dänischen Schulmeistern besetzt, deren allergeringster Fehler noch der war, daß sie die deutsche Sprache nur sehr unvollkommen oder gar nicht sprachen. Die Wissenschaft steht in Kopenhagen überhaupt auf einer sehr geringen und niedrigen Stufe, weil das „Einpauken“ und „Auswendiglernen“ im dänischen Lehrsystem die Hauptfache ist und alles eigene Denken ausschließt. Wenn aber aus solchen Männern der Wissenschaft nur der Ausschuß als Schulmeister auf das Pfland geht, so kann man sich einen Begriff davon machen, welche Creaturen an der „Domhschule“ in Schleswig geleht haben. Fast ungläubliche Dinge sind dort vorgekommen. Der Hauptpastor am Dom, den die dänische Regierung an die Stelle eines braven deutschen Pastors setzte, der ins Elend wandern mußte, hieß Rabens. In Schleswig nannte man ihn nur den „Schweine-Rabens“, weil er in einer früheren Stelle den Ruhm hatte, die besten Schweine in der Umgegend zu züchten. In Wänning, wo er früher Pastor gewesen war, hielt er neben seinem geistlichen Amte einen Schnapsladen, wo er selbst mit seinen priesterlichen Händen den Gästen den Schnaps einschenkte. Bei jeder Gelegenheit konnte man ihn in Schleswig betrunken auf der Straße umherstammeln sehen. Die ungerechte Sportelerhebung war ein Ding, welches bei ihm zu den täglichen Gewohnheiten gehörte; er hatte sich in seinen Briefstocck lederne Taschen machen lassen, um in denselben desto besser Schwadern und Getränke zu verwahren, welche er bei seinen Taufen und Hochzeitschmausen heimlich einsteckte. Daß seine Predigt im Dom von Niemand besucht wurde, sondern daß er immer vor leeren Bänken pre-

digte, brauche ich nicht zu sagen. Kurz, er stand in Schleswig ganz auf derselben Stufe der Verachtung, wie in Altona der kürzlich dort fortgezogene Propst Kiebert. Der Amtmann in Schlöwig, v. Holstein, war ein deutscher Knecht, eine ganz verächtliche Creatur, welche sich von der dänischen Regierung zu fast ungläublichen Dingen hat brauchen lassen. „Ich schäme mich ordentlich, ein Deutscher zu sein“, äußerte er bei einer Gelegenheit, wenn ich nicht irre zu dem Propst Theobald in Cappeln. Und so stand es mit der Befetzung sämtlicher Justiz- und Verwaltungsstellen in Schleswig. Die Offiziere der dänischen Armee behandelten selbst diese dänischen Beamten mit der größten Verachtung; sie nannten sie „Levobroder“ — sie verstanden darunter Leute, welche nur hergekommen sind, um das Brod zum Leben zu finden — und standen im Wirthshause auf, wenn eines dieser elenden Subjecte es wagte, sich an ihren Tisch zu setzen. Daß von den Schleswiger Bürgern Niemand mit ihnen und ihren Familien unzufrieden bedarf wohl nicht der Erwähnung. Man sprach nicht mit ihnen, man ging nicht mit ihnen auf der Straße, man lud sie nirgends ein; wie Pestkränke wurden sie überall gemieden. Unter diesem Gesindel haben die Schleswiger Bürger nun während der ersten vierundzwanzig Stunden, wo die österreichischen Truppen die Stadt besetzten, auf das gründlichste aufgeräumt. Der Polizeimeister entloß schon vorher aus der Stadt. Mit ihm die gewirksamsten Persönlichkeiten. Dann wurde mit dem eisernen Besen gründlich ausgekehrt. Alle Stellen wurden sofort mit geachteten deutschen Beamten besetzt. Der „Surmiemäcker“ wollte seine fetten Pfürnde durchaus nicht verlassen. Er wollte „bei seinen lieben Schleswigern“, wie er sagte, „mit denen er so manche trübe Lage getheilt habe, noch weiter anhaken.“ Nur die energischsten Anstrengungen vermochten es, ihn aus der Stadt zu entfernen. Die Andereu machte weniger Umstände. Die Reinigung dieses Augiasstalles ist so ohne jeden Credit vor sich gegangen, und jetzt nehmen die Bauern in Ange., welche weil Angela zu den sogenannten „gemischten Districten“ gehört, mit dem ausgefuchtesten Gesindel seit elf Jahren heimgrücht worden sind, dasselbe Geschäft in allen Dörfern vor.

Aus Altona, 13. d. M. wird dem „Boten“ über die österreichischen Trophäen geschrieben: „Heute trafen in Altona 9 eroberte dänische Feldgeschütze, 2 Bierdrückwanzspünder und 7 Zwölfpfünder, sämtlich vernagelt, mit Eichen bekränzt, mit Begleitung von 12 in Folge der Gefechte von Jagen, Dörssee u. s. w. decorirten österr. Unteroffizieren ein. Mit der goldenen Tapferkeitsmedaille waren decorirt ein Feldwebel von Martini-Infanterie, ein Feldwebel von König von Preußen-Infanterie und ein Führer vom 18. Jägerbataillon. Unter den übrigen 9 mit der silbernen Tapferkeits-Medaille decorirten erblickten wir sämtliche Truppen der österreichischen in Schleswig stehenden Armee vertreten, den Windischgrätz-Dräger, den Liechtensteinischen, einen Artilleristen, einen Jäger, König der Belgier-Infanterie u. s. w. An der hamburgischen Grenze von einer Compagnie des hamburgischen Bundescontingents empfangen, wurden die eroberten Geschütze, von den 12 mit der Tapferkeitsmedaille Decorirten geleitet, in einem wahren Triumphzuge, mit klingendem Spiel, durch die Straßen Hamburgs bis zum Berliner Bahnhof geführt, abermals mit donnernden Hofs auf die tapferen österr. Truppen von der zahlreich versammelten Menge begrüßt, die beim Bahnhofe selbst buchstäblich nach Tausenden zu zählen war.“

Ueber das von Oesterreich und Preußen gegen den Pförtenschen Bericht in der Erbfolgefrage gerichtete Minoritäts-Votum wird folgendes Nähere mitgeteilt:

Was den ersten der Ausschuss-Majoritätsanträge betrifft, so wird derselbe von der Minorität nicht etwa bestritten, sondern für überflüssig erklärt, denn da der deutsche Bund an dem Vertrage nicht Theil genommen habe, so könne daher die Erbfolgefrage von demselben zweifelsohne so behandelt werden, als ob der Londoner Vertrag gar nicht bestände. Das Minoritäts-Votum macht es jedoch dem Ausschuss-Vortrag zum Vorwurf, daß darin von der irrthümlichen Annahme ausgegangen werde, es gründe sich der Erbanspruch des Königs Christian IX. auf den Londoner Vertrag. Dieser Vertrag sei aber keineswegs eine Quelle des Rechts, sondern nur eine völkerrechtliche Transaction, durch welche die Contractanten sich verbunden, ein Recht anzuerkennen, welches der König von Dänemark als bereits vorhanden aufstellte. — Zu den als vorhanden angenommenen Grundlagen des Rechts rechnet das Votum u. A. die Entlassung des Prinzen Friedrich von Hessen und der anderen Berechtigten, die Rechtsübertragung der Götterpfeife Linie, den allobridalen Charakter des Besitztitels für gewisse Theile Holsteins und endlich die unvollständigen und stillschweigenden Entlassungen concurrender Erbprätendenten. Durch diese Erwägungen seien die Tractanten damals bestimmt worden, das Erbrecht Christian's IX. anzuerkennen, wie es demnach in dem alle Theile der Monarchie umfassenden Thronfolgegesetz vom 31. Juli 1853 festgesetzt worden sei. Also auf jene Grundlagen und auf dieses Thronfolgegesetz gründe Christian IX. sein Erbfolgerecht, sowohl überhaupt als auch dem deutschen Bunde gegenüber, nicht aber auf den Londoner Vertrag. Ob und in wie weit Christian IX. durch den Londoner Vertrag berechtigt sei, von allen Contractanten derselben die Anerkennung zu fordern, oder in wie weit einzelne der Concipienten sich berechtigt erachten können, ihre Verpflichtung als gelöst zu betrachten, deshalb die Anerkennung zu verweigern oder an Bedingungen zu knüpfen, sei eine ganz andere Frage, die mit der Prüfung des Rechts als solchen nichts gemein habe. Der deutsche Bund, wird hieraus gefolgert, habe also gar keine Veranlassung, die Rechtsbehauptung und Rechtsverbindlichkeit des Vertrages in den Kreis seiner Prüfungen zu ziehen. Dagegen werde die Frage Gegenstand seiner Prüfung sein können, ob und in wie weit die dem Thronfolgegesetz zu Grunde liegenden Verträge von Bedeutung seien; ferner, welches, so lange die Götterpfeife Linie noch blühe, die Wirkung der von dieser Linie ausgestellten Verträge in Betreff der jetzigen Thronfolge und dagegen erhobener agnatischer Erbansprüche sei; nicht minder, ob, in so weit die cognatische Succession wirklich ausgeschlossen, auch die Erbfolge nach der Primogeniturordnung in den Herzogthümern rechtsverbindlich eingeführt worden sei. Hierüber würden dem deutschen Bunde die betreffenden Urkunden vorgelegt werden müssen. Ebenso sei es Gegenstand der bundesrechtlichen Prüfung, ob das Thronfolgegesetz in den deutschen Herzogthümern ohne Mitwirkung der Landstände habe Gesetzeskraft erlangen können. Dies seien Theile der negativen Seite einer erschöpfenden Prüfung der Erbfolgefrage, welche der positiven Entscheidung darüber, wer denn der Nachberrückfällige sei, vorangehen können. Schließlich hebt das Votum noch hervor, daß es zunächst und vor Allem auf eine sorgfältige und vollständige Begründung und Umgrenzung der Competenz der Bundesversammlung ankomme, wobei von den demalsten vorliegenden Verhältnissen ausgegangen werden müsse, daß ferner auch die Nachweisung des Weges erfordert werde, wie für die Geltendmachung der Gegenansprüche für die eigentlich contrabitorische Erörterung des von Bundeswegen anzuerkennenden Rechtes in geeigneter Weise Raum zu geben und wie, insoweit es auf Begründung des Anspruchs durch authentische Documente ankomme, deren Production und die Prüfung ihrer Echtheit zu veranlassen; endlich noch, daß eine von dem Herzogthum Lauenburg voreinst absehbende Vertragsertattung schon deshalb als unzulässig erscheine, weil die Stimmführung für dieses Herzogthum mit der von Holstein ungetrenntlich verbunden gewesen sei.

Noch ein besonderes Minoritätsvotum hat bekanntlich Mecklenburg abgegeben. Die „Kasseler Ztg.“ theilt über dasselbe folgendes Nähere mit: Mecklenburg erklärt aus Erwägungen, welche zum Theil dem Gebiete des Rechts, zum größeren Theil aber dem Gebiete der politischen Reflexion angehören, an der Zustimmung zum Majoritätsantrag behindert zu sein. In ersterer Hinsicht wird es für eine bedenkliche Behandlungsform gehalten, über eine einzelne der möglicherweise in Betracht kommenden Rechtsquellen ganz getrennt vorweg abzurufen und durch Verwerfung derselben sich die Hände zu binden. Ein Rechtspruch, wie der hier zu fallende, müsse, um nicht einen gewissen Schein der Parteilichkeit auf sich zu laden, ein Product der nebeneinandergestellten Abwägung aller für und wider sprechenden Momente sein und dürfe nicht durch allmählich engere Begrenzung der Rechtsquellen zu Stande kommen, damit schließlich nur noch ein Ausgangspunkt übrig bleibe. Die Aufgabe des Ausschusses gehe principaliter auf die Erörterung und Feststellung der Erbfolgefrage, nicht auf eine Cognition über den Londoner Vertrag, und wenn sich der Ausschuss bei dieser Feststellung auch über diesen Vertrag auslassen könne, so sei es doch mißlich und jedenfalls nicht genügend motivirt, die unter 1 bis 3 beantragten Negativen antecipando zum Beschluß zu erheben. Sodann hält das Mecklenburger Separatvotum das beantragte Urtheil in dem gegenwärtigen Stadium für nicht politisch zweckmäßig; denn es dürfe nicht unberücksichtigt bleiben, daß die beiden deutschen Großmächte und andere Bundesregierungen dem Vertrage nicht fern geblieben seien, jedenfalls müsse der gleichzeitigen europäischen Stellung der beiden deutschen Großmächte Rechnung getragen werden und es würde dem Geiste und der Tendenz der Bundesverträge nicht entsprechen, wenn von dieser Großmachtsstellung kein Act genommen, vielmehr eine gewisse Provocation gegen dieselbe ohne genügende Veranlassung beschlossen werden solle. Eine selbstständige Erörterung über das Londoner Protokoll sei um so weniger am Platze, da der Bund gar nicht einmal aufgerufen worden sei, demselben beizutreten; es stehe daher in keiner Weise die nachträgliche Genehmigung des Vertrages in Frage und es solle nur fern gehalten werden, daß nicht durch einen unzeitigen Ausdruck bezüglich desselben ohne Noth Verwickelungen zwischen den beteiligten europäischen Großmächten herbeigeführt würden. Der Antrag dieses Separatvotums geht dahin, daß der Majoritätsantrag, dessen drei erste Positionen, wie ausgeführt, nur negative Ansprüche enthalten, während der Satz unter 4 in sofern möchte wegfallen können, als der Ausschuss es selbst in seiner Macht habe, die Erbfolgefrage möglichst beschleunigt zur Entscheidung zu bringen, nicht zum Beschluß erhoben, vielmehr dem Ausschuss aufgegeben werde, die ihm gemachte Aufgabe in einer anderen, und zwar sofort in einer umfassenden Weise zu erledigen.

(Corr.) Nürnberg, 16. Februar. [Adresse und Resolution in der Schleswig-Holsteinischen Sache.] Heute begibt sich eine Deputation des hiesigen Schleswig-Holstein-Vereins nach München, um eine gestern Abends in einer außerordentlichen Vereinsversammlung beschlossene Adresse an den König zu überbringen. Die Adresse schließt mit der Bitte, die Bundesarmee in Holstein durch Einsetzung bayerischer, und, so weit dies zu erreichen, anderer deutscher Truppen ungenügend und in dem Maße zu verhären, daß sie jedem Angriff von jeder, sei es auch vormächtliger Seite, gewachsen sei, so daß Schleswig-Holstein ungetheilt und unter dem Scepter seines legitimen Herrs bei Deutschland erhalten bleibe. Nach der einstimmigen Annahme der Adresse hatte in der gestrigen Vereinsversammlung Dr. H. Borch die folgende „an unsere Brüder in Oesterreich und Preußen“ gerichtete Resolution vorgetragen: Oesterreich und Preußen sind ineigentlich in Schleswig-Holstein vorgegangen und haben, Dank der bewährten Tapferkeit ihrer Heere in kurzer Zeit glänzende Erfolge errungen, die Dänen aus dem größten Theile Schleswigs verdrängt und damit für den Augenblick das schwer bedrückte deutsche Land vom

fremden Joch befreit. Daß diese Erfolge nun aber nicht bloß vorübergehende Acte militärischen Ruhmes bleiben, sondern die ihnen so gern gepollte dankbare Anerkennung des deutschen Vaterlandes im vollsten Maße empfangen, daß, was mit Strömen deutschen Blutes im heißen Kampfe erstritten worden ist, nicht abermals durch diplomatische Künste verloren gehe, nicht abermals dem Spott und Hohn fremder Gewaltthätigkeit preisgegeben, daß vielmehr erst dann mit den Dänen Friede geschlossen werde, wenn die Selbstständigkeit und unwillkürliche Trennung der Herzogthümer von Dänemark festgelegt ist, das sonach das Rechtsgefühl der deutschen Nation in dem durch die siegreichen österreichisch-preussischen Waffen errungenen vollen Rechte der Herzogthümer seine Befriedigung finde; dafür in echt deutschem Sinne mit allen Kräften bei ihren Regierungen zu wirken, das erachtet das ganze deutsche Volk als heiligste Pflicht seiner Brüder in Oesterreich und Preußen.

Wie die Adresse, so fand auch diese Resolution die einstimmige Annahme der Versammlung.

München, 14. Febr. Durch die in Aussicht genommene Landesversammlung beabsichtigt man Folgendes als dringende Wünsche des Volkes dem König vorzutragen zu lassen: Sofortige Anerkennung des Herzogs Friedrich, Einberufung des Landtags und Entlassung des Ministers Schrenk, der das königliche Wort: „Ich will das gute Recht Schleswig-Holsteins mit aller Kraft unterstützen, denn ich bin kein Freund halber Maßregeln“ — nicht ausgeführt habe! — Die officiöse „Bayr. Ztg.“ findet die neuesten Vorgänge in Holstein sehr „befremdend“ und erwartet, daß der Bund seine Autorität gebührend und energisch behaupten werde.

Oesterreich.

Wien, 16. Februar. [Die Thronrede. — Verhandlung Rogawski's. — Oesterreich und Preußen.] Die Thronrede wird in den heutigen Blättern ohne Ausnahme in sehr günstiger Weise beurtheilt und in ihrem Inhalte der Beweis gefunden, daß der Constitutionalismus in Oesterreich wesentliche Fortschritte gemacht habe. Um desto größeren Aufsehen erregt es, daß, als kaum die letzten Worte der Thronrede verhallt und die Thore des Hauses vor der Spotttafel geschloffen waren, den Mitgliedern derselben sofort auf handgreifliche Weise ins Gedächtniß gerufen wurde, daß der Schutz, den ihnen dieses Haus gewährt, erloschen sei. Der polnische Abgeordnete Rogawski, gegen dessen gerichtliche Verfolgung bekanntlich das Haus Protest eingelegt hatte, wurde nämlich noch gestern Abend verhaftet. Natürlich verurtheilt diese Maßregel, der Haft wegen, mit welcher sie erfolgte, nicht, peinliches Aufsehen zu erregen. Wenn Herr Rogawski milder chrenhaft hätte handeln oder dem Arm der Behörde sich hätte entziehen wollen, so wäre es ihm ein Leichtes gewesen, kurz vor dem Schluß der Session sich in Sicherheit zu bringen. — Noch größeres Aufsehen erregt das Telegramm aus Berlin, dem zufolge die Aufstellung eines preussischen Armecorps in der Lausitz angeordnet sein soll. Allezeit Personen sind bereit über die Ursache dieser Maßregel im Unklaren, welche natürlich nicht verfehlt, dem seit gestern circuitirenden Gerücht von einem Zwiespalt zwischen Oesterreich und Preußen Glauben zu verschaffen. Was dieses Gerücht betrifft, so behaupten zwar unsere Officiere, daß dasselbe jeden Grundes entbehre, und es mag dies, soweit es sich auf die Uebereinstimmung Oesterreichs und Preußens in Betreff der bisherigen im Norden ergriffenen Maßregeln bezieht, seine Richtigkeit haben; was aber die Meinungsverschiedenheit in Bezug auf die weiteren Schritte betrifft, so liegen bedeutende Anzeichen vor, daß nicht nur diese wirklich existire, sondern auch leicht einen ersten Charakter annehmen könne. Es wird und sogar versichert, daß eine neuerliche Annäherung Oesterreichs an die Politik der Mittel- und Kleinstaaten nicht außerhalb des Bereiches der Möglichkeit liege, und daß das Ausspielen dieses Trumpfes nicht unwahrscheinlich sei, falls bezüglich des künftigen Schicksals Schleswigs von preussischer Seite der Versuch gemacht werden sollte, den österreichischen Intentionen zuwiderlaufende Absichten zur Geltung zu bringen. Man will sogar in jene Stelle der Thronrede, in welcher der Kaiser die Erfolge in Schleswig als solche bezeichnet, „die nicht Zwecken des Ehrgeizes und der Eroberung gelten,“ einen versteckten Seitenhieb auf Preußen hinein interpretiren. Wir halten diese Auslegung vorläufig für eine absurde, können jedoch nicht umhin, sie als ein charakteristisches Zeichen hier zu registriren.

Der Erzherzog Ferdinand Max ist vorgestern nach Miramare zurückgekehrt.

Einem zweiten Artikel der „Wien. Abdp.“ über den Schluß der Reichsrathsession entnehmen wir folgende Stelle:

Wenn Oesterreich weder Blanes des Ehrgeizes noch Eroberungstendenzen begreift, wenn es aber gleichwohl Gut und Blut für das unbestreitbare Recht und das praktisch begriffene Wohl der Herzogthümer aufbietet, so erfordert wohl auch billige Rücksicht, daß nicht überspannte Forderungen an seine That gestellt werden, Forderungen, deren Erfüllung nicht ohne die Gefahr einer allgemeinen Conflagration möglich wäre, und die überdies die politischen und materiellen Zustände Deutschlands im Großen und Ganzen kaum wesentlich fördern würden. Und so hoffen wir mit dem Kaiser zu Gott, daß der Genuß des Friedens und einer wohlgeordneten Freiheit uns auch in Zukunft gesichert bleibt, damit die „innere Neugebaltung“ sich ruhig vollende zum unergänzlichen Ruhme Desjenigen, der sie mit einsichtsvoll mildem Geiste und starker Hand in das Leben führte.

Der Berl. BZ. entlehnen wir Nachstehendes:

Es ist ein öffentliches Geheimniß, daß sehr bald auf die eben erfolgte Emission von 40 Millionen Gulden neuer österreichischer Loose in kurzer Zeit abermals eine österreichische Anleihe im Betrage von 60 bis 70 Millionen folgen wird. Ueber die Verhandlungen, die deswegen im Gange sind, erhalten wir von unserem sehr kundigen Wiener Correspondenten Andeutungen, die in mehrfacher Beziehung interessant sind. Es deutet Manches darauf hin, daß die Uebernehmer der letzten österreichischen Prämien-Anleihe dabei kein besonders gutes Geschäft gemacht haben, und es entspringen hieraus Befürchtungen wegen verdoppelter Schwierigkeiten für die Begebung jedes weiteren Anlehens, wenn nicht Mittel und Wege gefunden werden, irgendwo einen Ausgleich mit gerade diesen Unternehmern herbeizuführen. Eben hieran knüpfen die neuen Verhandlungen an, die mit denselben Consorten geschlossen werden, welche als Concurrenten bei dem jüngsten Lotterie-Anlehen aufgetreten sind. Wie uns geschrieben wird, ist von denselben dem Finanzminister von Plener der Vorschlag gemacht worden, die Pläne für das neue Anlehen selbst auszuarbeiten, und es ist hierauf auch von dem österreichischen Finanzminister eingegangen und eben gegenwärtig werden nur innerlich dieser Consorten Verhandlungen über die festzuhaltenden Modalitäten gepflogen. Jedenfalls haben sich die in Rede stehenden Concurrenten bereit erklärt, erforderlichen Falls in ähnlicher Weise Vorschläge auf das neue Anlehen zu machen, wie die österreichische Creditanstalt ja solche Vorschläge bereits in hohem Betrage auf das gegenwärtige Lotterie-Anlehen gemacht hat, insofern ihnen eben die Feststellung des Planes für die schließliche Begebung des Anlehens seiner Zeit überlassen wird. Ob dieses Anlehen daher, wie im Augenblick Wiener Blätter wissen wollen, in der Form von 3 Pct. Silber-Metalliques, oder vielmehr in der Gestalt von zinstragenden Loosen oder, wofür gleichfalls manche Wahrscheinlichkeit spricht, in Silberpantbriefen, die auf die österreichischen Nationalgüter hypothekirt werden, zur Emission gelangen wird, steht im Augenblick noch in feinerlei Weise fest.

Die Redaction der „Presse“ veröffentlicht heute einen Aufruf, in welchem sie im Hinneis auf den Wunsch des FML. v. Gablenz, daß ein Unterthütungsfond für die Wittwen und Waisen der Gefallenen gebildet werden möchte, wobei auf die jedes gute Werk herbeizuführende Beispiele der Journale zu zählen sei, ihre Leser auffordert, ihr für den Fond Beiträge zu senden, die sie zur Disposition des FML. v. Gablenz zu stellen gedenkt. Die Redaction der „Pr.“ hat die Sammlung mit einem Beitrage von 100 Fl. eröffnet.

Krafaun, 16. Februar. Der „Pr.“ wird von hier telegraphisch gemeldet: Heute wurde das Urtheil in den 7 Preßprozessen gegen den „Gaz.“ verkündet. Es fand in allen Prozessen zum Theil wegen Verhärzung, zum Theil wegen Mangels an Beweis die Losprechung statt.

Ein Lemberger Correspondent der „DD. B.“ erwähnt des in Lemberg verbreiteten Gerüchtes, daß Preußen in dem Falle, daß es

in Italien zu einem Kriegsfalle kommen sollte, mit 40,000 Mann über Szeged und Krafau einrücken würde.

Dänemark.

Aus Kopenhagen läßt sich der „Boten“ schreiben: „General de Meza hat unmittelbar nach seiner Auberufung ein Schreiben an die Regierung gerichtet, in welchem er die Räumung des Dannevirkes zu rechtfertigen sucht. Als Hauptmotiv führt er an, daß er zu wenig Truppen zur Verfügung gehabt habe, um die Verteidigungslinie in ihrer ganzen Länge mit Erfolg decken zu können. Am Schlusse seines Briefes sagt er: „Ich habe dem Vaterland seine Arme gerettet, und wie man auch jetzt über meine Maßregel urtheilen möge, die Geschichte wird mir Gerechtigkeit widerfahren lassen.“ — Die hier lebenden Deutschen haben sich der scandinavischen Partei angegeschlossen, welche auch von Seiten des Nationalvereins ermutigt wird. Briefe aus Coburg versichern, daß sich der Nationalverein die Aufgabe gestellt habe, den Gedanken der scandinavischen Union in Deutschland populär zu machen.

Frankreich.

Paris, 15. Febr. [Die Lage.] Das meiste Aufsehen macht jetzt die Mittheilung des „Memorial Diplomatique“ (theilweise in Nr. 80 der Schles. Ztg. enthalten). Oesterreich und Preußen, die, wie das genannte Blatt ihr Verfassen auffaßt, die Vermittlerrolle zwischen dem deutschen Bunde und der dänischen Regierung übernommen haben, seien nahezu einig, einen Compromiß auf folgender Grundlage vorzuschlagen: „Das Princip der Gebiets-Integrität der dänischen Monarchie wird aufrecht erhalten; die Frage wegen Holsteins bleibt der ausschließlichen Competenz des Bundestages in Frankfurt vorbehalten; in Anbetracht Schleswigs wird der Streit wegen der Verfassung von dem Streit um die Erbfolge geschieden; der eine wird als eine rein deutsche Angelegenheit behandelt, der andere der Prüfung einer Conferenz der Mächte, welche das Londoner Protokoll unterzeichnet, unter Zugiehung eines Vertreters des deutschen Bundes überlassen.“ Da die Oyster, welche Oesterreich und Preußen haben bringen müssen, um die Incorporation Schleswigs zu verhindern, das Ungenügende der von Dänemark 1851 und 1852 eingegangenen, nur negativen Verpflichtungen beweisen, so hat Deutschland das Recht, festere und nachhaltigere Garantien zu fordern, um die Autonomie der Herzogthümer zu schützen. Diese Garantien würden sein: eine Personal-Union, eben so wie die zwischen Schweden und Norwegen bestehende, und eine gemeinsame Verwaltung und vielleicht auch Vertretung, ohne daß deshalb das Herzogthum Schleswig in den deutschen Bund eintreten würde. Die Prinzen von Augustenburger Linie würden eine formelle Befestigung ihrer eventuellen Rechte erlangen, beim Aussterben der Glücksburger Linie auf den dänischen Thron berufen zu werden, und zwar werden sie vor den Agnaten von Götterpfeife, Hessen und Oldenburg den Vorzug genießen. (Das Weitere ist in Nr. 80 der Schles. Ztg. mitgeteilt worden.) Es ist ersichtlich, daß das „Memorial Diplomatique“ nur den Standpunkt der österreichischen Absichten vertritt. Eingeweihte Personen bezeugen die Mittheilungen des gedachten Blattes als einer früheren Periode angehörig. — Was das in der deutschen Tagespresse umlaufende Gerücht von einem Protest Frankreichs gegen die Räumungen zu Gunsten der Augustenburger betrifft, so ist es auffallend, daß die französischen officiösen Blätter denselben vollständig ignoriren, obgleich er Aufsehen genug gemacht hat. Es ist von hier aus nur wiederholt worden, daß Frankreich sich weiter greifenden Bewegungen gegenüber seine Entschlüsse vorbehalt. Es verdient aber hervorgehoben zu werden, daß sich bis jetzt die Regierungspresse noch in keiner Weise gegen die Ansprüche der Augustenburger ausgesprochen hat, während es doch sonst an mancherlei mehr oder weniger insüßlichen Bemerkungen über das Vorgehen der beiden deutschen Großmächte nicht fehlt. Es scheint, daß man hier diesen Punkt der Frage abschließlich bei Seite lassen will, und man hat vorerst keine Ursache, dies als ein schlimmes Anzeichen zu betrachten. — Der hiesige schwedische Gesandte hat zur Instruction erhalten, die Sympathien seiner Regierung für Dänemark bei jeder Gelegenheit auszusprechen, aber gleichzeitig die Einschließung derselben zu betonen, sich jeder theilhaftigen Einmischung zu enthalten. Ueber die scandinavische Union soll sich die schwedische Diplomatie mit großer Zurückhaltung äußern, sozart sich so stellen, als sei man in Stockholm von den Vortheilen einer Union mit Dänemark wenig überzeugt. Daß dies ernstlich gemeint sei, darf wohl in Zweifel gezogen werden. — In Folge der Weigerung Preußens, den von England befürworteten Waffenstillstand zu gewähren, sieht sich Lord Palmerston genöthigt, einen neuen Vorschlag zu machen und dieser soll, wie man versichert, durch eine Demonstration unterstützt werden. Die oft gemeldete Abfindung eines englischen Geschwaders nach der Dänsee ist dem Vornehmen nach gestern definitiv beschloffen worden. Es wird ferner berichtet, die Königin von England habe auf Veranlassung Lord Russell's ein sehr dringendes Schreiben an den König von Preußen gerichtet, worin sie diesem die Verlegenheit ihrer Stellung schildert. Der Prinz von Wales sucht unter den Mitgliedern des Oberhauses Propaganda für die dänische Sache zu machen. Auch in Paris hat Lord Cowley vorgestern eine neue Eröffnung seiner Regierung mitgeteilt, doch verlautet noch nichts über das Ergebnis dieser Schritte.

Paris, 15. Februar. [Vermisches.] Die Nachwahlen für Paris sind auf den 13. und 20. März festgesetzt. Das Wahlcomité der Opposition wird aus den Abgeordneten der Opposition von Paris in gesetzgebenden Körper und aus drei Redacturen liberaler Blätter, die kein Mandat besitzen und als welche man Emil de Girardin (Presse), Messier (Temps) und Bertin (Debat) nennt, bestehen. — Für das Departement du Nord ist die Nachwahl auf den 6. und 7. März ausgeschrieben. — Beim Erzbischofe von Paris war man um die Erlaubniß eingekommen, in der Notre-dame-Kirche einen Trauer-Gottesdienst für die verstorbene Herzogin von Parma abzuhalten. Der Prälat beschied dieses Gesuch jedoch abschlägig, da eine solche Feierlichkeit in Notre-dame wie eine politische Demonstration ansehe, während in anderen Kirchen kein Einwand dagegen zu erheben sei. Der Kaiser, vom Erzbischof von dieser seiner Entscheidung benachrichtigt, erklärte sich ganz damit einverstanden, und so fand das Todtenamt in der Capelle des Faubourg St. Honoré statt. — Der Prozeß gegen Greco und Genossen kommt der „Gazette des Tribunaux“ zufolge spätestens in der ersten Hälfte des März vor die Assisen, deren Präsident Herr Devienne sein wird. Der General-Procurator Cordouan wird als Staatsanwalt fungiren. Bis jetzt hat erst Imperatori sich einen Advocaten gewählt und zwar Hrn. Delpont. — Das Memorial Diplomatique sieht den Feldzug gegen Dänemark als gendert an und ist voll Lobeserhebungen über die österreichische Tapferkeit, welche durch den italienischen Krieg so außerordentlich entwickelt und geföhrt worden sei: „Man kann sagen, daß Oesterreich sich mit einer bewundernswürdigen Assimilations-Fähigkeit das französische Militär-Geist angeeignet hat, welches, dem feinnigen hinzugefügt, heute eine der ersten Armeen der Welt aus ihm macht. Aber dessen bedurfte es auch, um binnen einigen Tagen diesen glorreichen Feldzug zu eröffnen, zu führen und zu schließen. Dadurch hat Oesterreich, welches auf die aufrichtig friedliebende Haltung Frankreichs vertraute, Europa drei bedeutende Dienste geleistet: es hat den Krieg beschränkt, die Integrität Dänemarks gerettet und die Revolution in ihrem Keime erstikt.“ — Das Finanzministerium macht bekannt, daß die Subscriptionen auf die neue Anleihe nunmehr reparirt sind. Nicht reducirt worden sind die auf 6 Francs lautenden Zeichnungen im Gesamtbetrage von 2,409,534 Francs. Die Zeichnungen auf 10—120 Francs Rente sind auf 6 Frs. herabgesetzt. (Fortsetzung in der Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

so daß 119,741 Personen, welche 3,391,640 Francs gezüchtet hatten, nun nur 718,386 Frs. Rente erhalten. Die übrigen Zeichnungen sind nach dem Verhältnis von 5 Frs. 21 Ct. Procent auf 11,125,473 Frs. reducirt. In's große Buch der Staatsschulden werden nunmehr 14,253,393 Frs. Rente eingetragen. — Das Budget für 1865 wird nicht vor sechs Wochen discutirt werden können, da die Vorarbeiten zu zeitraubend sind. — Dem Grafen Chambord, dessen Vermögensverhältnisse bekanntlich sehr zerrüttet sind, soll die Regierung im Namen Frankreichs eine bedeutende Pension angeboten haben. (?) — Das „Pays“ meldet, daß die conföderirte Corvette „Florida“, welche seit mehreren Monaten im Hafen von Vrest lag, unter dem Schutze des Nebels in See gegangen ist. Sobald das unionistische Kriegsschiff „Kearsage“ das rührt, setzte es dem Glückling nach, es ist somit nicht unwahrscheinlich, daß nächstens ein Kampf dieser beiden Schiffe stattfinden wird. — Der am 15. Januar von Vera-Cruz abgegangene Postdampfer „Bera-Cruz“ ist heute früh in St. Nazaire eingetroffen. Er bringt, laut Memorial Diplomatique, einen großen Kasten mit, welcher die Original-Documente über die Zustimmung sämtlicher mexicanischer Gemeinderäthe zur Kaiserwahl enthält. — Die Akademie der moralischen und politischen Wissenschaften hat gestern Herrn Minghetti in Turin zum Correspondenten in der Section für politische Oeconomie und Statistik an Orimaldi's Stelle erwählt. — Die „deutsche Pariser Zeitung“ benachrichtigt heute ihre Abonnenten, daß sie sich suspendirt und einwillen zu erscheinen aufhört. Die Gründe sollen später mitgetheilt werden. Die Abonnementsgelder werden zurückerstattet. — Die „France“ will wissen, daß General de Meza dem Könige schriftlich mitgetheilt habe, daß er Dänemark verlassen werde, um sich nach England zurückzuziehen. — Die Nachrichten, General de Meza beabsichtige eine Broschüre in französischer Sprache herauszugeben, welche seine Armeeführung rechtfertigen soll, scheint Grund zu haben; einer seiner Adjutanten hält sich zu diesem Zwecke bereits hier auf. — Prinz Napoleon hat es nun doch durchgesetzt, daß seine Suezkanal-Rede im Moniteur erscheinen darf; freilich muß er sich einige Auslassungen, wenn nicht sogar Kürzungen gefallen lassen. Die France brachte gestern den stenographischen Wortlaut der Rede. — Kubar Pascha bereitet eine Denkschrift vor, in welcher er als Antwort auf die Rede des Prinzen Napoleon sich und sein Gouvernement von den Anklagen zu reinigen sucht, die der Prinz gegen beide erhoben.

Die hiesigen Blätter bringen einen Bericht über die Generalversammlung, welche Miró's jüngst im Cirque de l'Impératrice abgehalten hat. Herr Miró's gab eine historische Uebersicht seiner Größe, seines Falls und seiner Wiederaufstehung, und verließ den Inhabern seiner Actien, ihnen wieder zu ihrem Gelde zu verhelfen, ohne daß sie eine neue Eingahlung zu machen haben. Wie er selbst eingesticht, ist es mit der Pfandspeculation, großen industriellen Unternehmungen, öffentlichen Arbeiten nichts mehr. Deshalb wird er sich auf die Regicirung von Staatsanleihen werfen, sich gleichsam zum Generalagenten zwischen allen geldbedürftigen Regierungen und dividendenlustigen Capitalisten machen. Natürlich vertritt Herr Miró's jetzt noch nicht, welche specielle Geschäfte er zunächst in Aussicht hat und wie er sie ins Werk setzen will. Die Vorschläge des Herrn Miró's fanden großen Beifall und es wurden verschiedene auf die Reconstitution der Gesellschaft und die Wiederaufnahme ihrer Operationen bezügliche Resolutionen angenommen. Ein Comité von 9 Mitgliedern wird mit Herrn Miró's die Sache in die Hand nehmen. — Auch der „Nord“ hat vom Minister des Innern das Communiqué erhalten, daß die von ihm vorgelegte Mittheilung, Nachricht von einer Bewegung der französischen Armee nach der Grenze vollkommen falsch sei. Es wiederholte sich hier nämlich das Gerücht mit allerlei Ausschmückungen. Man wollte wissen, daß dies angebliche Observationscorps am Rhein unter Marschall Forey gestellt werden solle; auch solle das Contingent des Jahres 1864 von 100,000 auf 150,000 Mann erhöht werden. Damit wurde ein Befehl des Kriegsministers in Verbindung gebracht, die Zahl aller Artilleriepferde genau aufzunehmen, welche bei Ackerbauern untergebracht worden sind, um so festzustellen, auf wie viel Zugthiere der Train der französischen Armee eventualiter sicher zu rechnen hätte. — In der kaiserlichen Garde herrscht seit einer Woche eine Thätigkeit, welche mindestens beweist, daß man in Paris für alle Eventualitäten vorbereitet sein will. — Der Pariser Globe-Correspondent ersand unlängst für die deutschen Executionstruppen den Titel: Federal executioners (Häcker). Der Wig gefällt ihm dermaßen, daß er ihn fast täglich wiederholt.

Großbritannien.

London, 13. Februar [Die Staatseinnahme. — Zur deutsch-dänischen Frage.] Die Staatseinnahme des vergangenen Jahres beträgt Brutto 70,433,620 Lfr., die Ausgabe 66,910,987 Lfr., aus schließlich der 900,000 Lfr. für Fortificationen, so daß ein Saldo von 2,622,632 Lfr. (17,484,217 Thlr.) bleibt. Die im Schatz befindliche Bilanz betrug am 31. December 7,491,813 Lfr. — Der Waffenstillstands-Vorschlag, welchen die englische Regierung den Dänen und den Deutschen gemacht hat, erregt lebhaftes Friedenshoffnungen im Busen des „Star“ und des „Daily Telegraph“, während die anderen Blätter gar keine Notiz davon nehmen. — In der „Post“ findet man eine Zuschrift mit der Aufforderung zu Ordinalungen für die „durch Deutschlands sündhaften Angriff verarmten Dänen.“ Zugleich solle dadurch geführt werden, was England zu Anfang des Jahrhunderts der dänischen Monarchie Leides gethan. (Da müßten Millionen zusammenkommen.) — Wie die Mehrzahl der englischen Blätter, so ist auch der „Spectator“ voll Bitterkeit gegen alle Gegner und lauen Freunde Dänemarks. Den General de Meza, der das Dannewerk nicht zu halten vermocht hat, nennt er den „Jew soldier“, was nach dem Zusammenhang und Töne des Artikels als Schimpfwort gemeint ist. Die englische Regierung fragt der sonst für das Recht der Nationalitäten glühende „Spectator“, mit welchem Rechte sie künftig Gibraltar, Malta u. s. w. verteidigen wolle, wenn sie die Abreißung der Herzogthümer von Dänemark gut heiße (!). Und die vorgeschlagene Conferenz bezeichnet er als Chloroform, um die Amputation zu erleichtern.

Spanien.

Madrid, [Manifest. — Bevölkerung Spaniens.] Die „Correspondencia“ vom 9. Februar veröffentlicht das vom progressivsten Central-Comité an die Comités der Provinzen gerichtete Manifest; die letzteren werden darin aufgefordert, mit besonderer Aufmerksamkeit die Wahlenoperationen der Regierung zu überwachen. Das Dogma der National-Souveränität wird als wahrhafte Antithese des Princips des Rechtes von Gottes Gnaden aufgestellt. Ferner müsse das Eigenthum und die individuelle Sicherheit besser gewährleistet werden. Die Pressefreiheit bedürfe der größten Garantien. Die Verfassung von 1845 sei weit davon entfernt, das Glaubens-Symbol der Progressivsten-Partei zu sein. An der Spitze der 51 Unterschriften dieses Documents finden sich die Namen des Herrn Dlozaga und des Grafen v. Reus. — Nach demselben Blatte beträgt die Zahl der Bevölkerung Spaniens und der dazu gehörigen Inseln 15,673,536 Seelen; übertrifft somit um 209,196 oder um 1.35 pCt. das Resultat der Volkszählung von 1857.

Die Bevölkerung von Cuba beträgt 1,395,530 und die von Puerto-Rico 538,308 Seelen.

Aus Lissabon wird gemeldet, daß dort am 11ten der junge Prinz Don Carlos in besonderer Sitzung der Kammern zum Thronfolger erklärt worden sei.

Italien.

(R. 3.) Turin, 12. Februar, [Truppenbeförderung. — Venetien und Schleswig-Holstein. — Das Kriegsgeschrei.] Es ist Ordre gegeben worden, 20 Bataillone in einer Stärke von zusammen 25 bis 27,000 Mann aus den mittäglichen Provinzen nach dem Norden zu dirigiren. Officiöse Journale haben den Auftrag erhalten, als Grund dieser Maßregel die Beendigung des Kampfes mit den Briganten anzugeben. Hierin hat man insofern Recht, als nur noch in der Basilicata einige Banden haufen, während alle anderen Districte von dieser Geißel befreit sind. Indessen der eigentliche Grund dürfte doch in dem Wunsche zu suchen sein, im gegebenen Falle für die Möglichkeit gesorgt zu haben, sofort eine Armee von 200 bis 250,000 Mann an den Ufern des Mincio zusammenziehen zu können. — Der Abgeordnete Mancini hat soeben eine Flugschrift erscheinen lassen, welche den Nachweis führt, daß die Rechte Italiens auf die Occupation Venetiens genau dieselben seien, welche Oesterreich und Preußen in Schleswig geltend machen. Es sollen Proclamationen in geschichtlicher, croatischer, ungarischer und italienischer Sprache in den betreffenden Ländern verbreitet worden sein, um die Aufmerksamkeit der resp. Völker darauf zu lenken, daß in Schleswig Slaven, Magyaren und Italiener Blut für eine ihnen völlig fremde Sache vergießen müßten. Der österreichischen Polizei ist es gelungen, am Mincio einige dieser Pakete mit Beschlagnahme zu belegen. — Wie eifrig man hier in den betreffenden Kreisen mit Kriegsgeschwätz sich die Zeit vertreibt, beweist, daß man erzählt, dem Prinzen Humbert, der jetzt in Neapel so allgemeine Popularität sich zu erwerben verstand, sei das Commando einer Division zugedacht, damit er — wie einst sein Vater unter Carl Albert — im Stande sei, sich seine Krone und ihren vermehrten Glanz auf dem Schlachtfelde zu verdienen. Zu gleicher Zeit will man einmal wieder wissen, daß Garibaldi und Mazzini mehr als je gefunden seien, gemeinsame Schritte zu thun, um auf eigene Hand den Kampf nach Venetien zu tragen. Als Dritter im Bunde soll Ludwig Kossuth eine Diversion zu ihren Gunsten durch eine Erhebung Ungarns versprochen haben.

Aus Turin wird der Wiener Gen.-Corr. unter dem 12. Februar geschrieben: Angesichts der vielen Kriegsangaben, welche fast alle europäischen Zeitungen im gegenwärtigen Augenblicke von hier aus bringen und die sogar geneigt wären, die öffentliche Stimmung mehr als thatsächlicher Anlaß dazu vorliegt, aufzuregen, indem sie mehr oder weniger durchgehend unsere Regierung als am Vorabend eines Angriffskampfes befindlich darstellen, glaube ich Sie einfach auf die heutige Nummer des inimpfen und maßgebendsten Organes des Ministeriums, der „Opinione“, aufmerksam machen zu müssen, welche allerdings ad captandam benevolentiam der hiesigen nun einmal bedenklich erhöhten Menge Verschiedenes vorbringt, das an „Großmachtkitel“ erinnert und nach Feuerwerkpulver riecht, aber im Grunde Allen, die zwischen den Zeilen lesen können und wollen, die weise Lehre zu Gemüthe führt, daß „Ueberstürzungen“ jetzt mehr als je dem Lande verderblich sein würden, und daß man sich daher mit einer weitgehenden Action noch einige Zeit gedulden möge.

Rußland und Polen.

(Pos. 3.) St. Petersburg, 13. Februar. Der kürzlich in Moskau verstorbene General-Gouverneur Tutschkoff, ein allgemein geachteter Mann, hinterließ kein anderes Vermögen als 1500 Rb. S., welche sich in seiner Kasse befanden und ein Rest von dem für das laufende Quartal im Voraus entnommenen Gehalte waren. Wenn, wie es ganz in der Ordnung gewesen wäre, dieser Vorschuß an die Landrentkasse hätte zurückerstattet werden sollen, so hätte die Summe nicht ausgereicht, die Beerdigungskosten zu bezahlen. Die Thatsache, daß der General-Gouverneur bei seinem Ableben nicht so viel hinterlassen, daß er anständig beerdigt werden könne, war kaum bekannt geworden, als sich auch schon ein Comité bildete, eine Subscription eröffnete und innerhalb 9 Stunden die Summe von 25,000 Rb. S. zur Bezahlung der Beerdigungskosten und anderer damit verbundener Auslagen beisammen hatte. Der Fall, daß ein Generalgouverneur von Moskau, welcher Posten stets als einer der lucratiösten im Reiche angesehen wurde und seine Inhaber meist außerordentlich reich machte, so arm verstorben, daß er durch Zusammenschüsse der Einwohner begraben werden mußte, ist unerhört und macht großes Aufsehen. Ein Mosauer Blatt sagt darüber: „Wenn dies kein sicheres Zeichen von Rußlands Fortschritt auf der Bahn moralischer Entwicklung ist, daß ein Generalgouverneur die ihm so breit und lang offen stehende Gelegenheit zur Bereicherung nicht benutzte und durch milde Gaben seine Beerdigung bestreiten werden mußte: so wissen wir nicht, was für andere halbbare Anzeichen von der stilligen Verbesserung unserer Beamten noch gegeben werden könnten.“ Mit dem heutigen Morgenzuge ging ein Garde-Infanteriebataillon nach Polen, und 2 andere dergleichen nebst 6 Geschützen nach den Küsten Kurlands ab. — Wie es heißt, soll auch das jetzt in Nowgorod stehende Dragoner-Regiment in Kurzum dahin abgehen. — Neuerdings sind wieder 6 höhere Stabsoffiziere zu Chefs neuer errichteter Divisionen creirt worden. — Aus den kirgischen Steppen ist eine mit zahlreichen Unterschriften versehene Adresse eingegangen, in welcher die Kirgisen und die unter ihnen wohnenden Mißköpfer dem Kaiser für den Fall eines Krieges ein Regiment Cavallerie ausgerüstet stellen und auf ihre Kosten unterhalten wollen. Die höheren Offiziere bis zum Rittmeister sollen Russen, die Subaltern-Offiziere aber Leute aus ihrer Mitte sein.

* Aus St. Petersburg wird jetzt das von der „Indépendance“ verbreitete Gerücht von dem ungunstigen Gesundheitszustande der Kaiserin in demselben Blatte dementirt. Die Monarchin hat in jüngster Zeit einem großen Hotball und einem Feste der Adelsgesellschaft beigewohnt. — Der Finanzminister v. Reutern verbleibt auf seinem Posten, da sich Niemand zur Uebernahme des Portefeuilles bei den gegenwärtigen Schwierigkeiten bereit finden läßt. General Tschewkin, dem der Posten angetragen wurde, soll geäußert haben: „Um jetzt Finanzminister werden zu wollen, muß man ein Genie oder ein Narr sein. Ich bin keins von beiden und lehne daher ab.“ — Der Generalgouverneur Murawiew, der beinahe vollständig erblindet ist, soll nun endlich die Pläne von seinem hohen Posten in Wilna zurücktreten. Sein vor Kurzem ernannter Adlatus General Kryschanowsky dürfte jedenfalls zu seinem Nachfolger bestimmt sein. — Aus der Krim wird gemeldet, daß viele der nach der Türkei ausgewanderten Tataren, in ihren Hoffnungen daselbst getäuscht, wieder unter russische Herrschaft zurückkehren. Zu ihrer Unterstützung bei der abermaligen Niederlassung auf der kaukasischen Halbinsel hat der Kaiser soeben 300,000 Silberrubel bewilligt.

* Warschau, 15. Februar. [Installation des neuen russischen Civilgouverneurs. Confiscation. Zur Judenverfolgung. Verhaftungen und Expropriationen.] Bekanntlich

sind die polnischen Civilgouverneure des Königreichs, die theils schon von 1861 ihre hohen Posten bekleidet hatten, theils in Folge des Wielopolstischen Systems zur Leitung der Provinzialverwaltung berufen worden waren, nach dem letzten Systemwechsel entlassen und an ihrer Stelle Russen, meist vom Militärstande, ernannt worden. Auch hier mußte der hochgeachtete Geheimrath Laszczynski einem Russen Platz machen, und zwar dem durch seine militärisch-politische Thätigkeit bekannten General Roznow. Die Amtsübernahme des letzteren soll in der ausländischen Presse zu tendentiösen Entstellungen Veranlassung gegeben haben. Das Amtsblatt hält es daher für nöthig zu erklären, daß General Roznow am 3. d. M. in Gegenwart seines Vorgängers und des Beamtenpersonals der Subnormalregierung sich mit folgender Anrede an die Beamten installirt habe:

„Indem ich meine neue dienstliche Stellung übernehme, in welcher ich Ihre Arbeiten zu leiten haben werde, halte ich es für meine Pflicht, Sie mit meinen Grundfäden und meinem politischen Glaubensbekenntniß bekannt zu machen. Ich zeige Ihnen daher an, daß alle diejenigen unter Ihnen, welche religiös vor dem Angesicht Gottes und gewissenhaft und mit unerschütterlicher Treue gegen Thron und Monarchen, mit voller Genauigkeit die Pflichten ihres Amtes erfüllen werden, in mir einen wohlwollenden und ihr Verdienst schätzenden Vorgesetzten finden werden. Diejenigen aber, welche uneingedenk der Heiligkeit ihres auf Treue gegen den Thron geleisteten Eides auf entgegengesetztem Wege vorgehen wollten, werden meine Mitarbeiter nicht bleiben können.“

Diese Rede, meint der „Dziennik“, bedarf keines Commentars. — Das Eckart'sche Haus, in dessen Räumlichkeiten verschiedene Waffen, Uniformen für Insurgenten und revolutionäre Schriften gefunden worden sind, ist auf Entscheidung des Statthalters zu militärischen Zwecken confiscirt worden. Die Mobilien des Eigenthümers werden durch Licitation verkauft; die Miether müssen binnen sechs Tagen ausziehen. — Um den schlechten Eindruck, den die Judenverfolgungen durch die Polyzisten gemacht haben, wo möglich zu verwischen, macht die Polizeibehörde heute bekannt, daß zwar Befehl gegeben worden ist, darüber zu wachen, daß die israelitischen Einwohner in ihrer Tracht den bestehenden Verordnungen sich unterwerfen, andererseits aber die Executivpolizei zu keinerlei Gewaltthätigkeit das Recht habe, vielmehr für solche zur Verantwortung zu ziehen sei. — In der vergangenen Nacht haben wieder zahlreiche Verhaftungen, namentlich auch von Eisenbahnbeamten, stattgefunden. Aufsehen erregt auch ein Befehl der Regierung an die Gensdarmen der mit Klöstern verbundenen Kreuzkirche und Bernhardinerkirche, ihre Wohnungen zu räumen, indem in den Lokalitäten Gefängnisse eingerichtet werden sollen. Auch soll der Rayon der Citadelle, der erst während des Krimkrieges so bedeutend ausgedehnt wurde, daß an dreihundert Häuser abgetragen werden mußten, aufs neue erweitert und die Stadt wieder um eine beträchtliche Anzahl von Häusern verkleinert werden. Alle diese Maßregeln können nur dazu beitragen, der Aufregung und Mißstimmung immer neue Nahrung zuzuführen.

Auf Befehl des Statthalters Grafen Berg wurde der Gutsbesitzerin Skarzynska wegen Besitzes revolutionärer Druckschriften eine Geldstrafe von 2000 Rubel auferlegt, die später auf 1000 vermindert wurde. Die „Schwila“ berichtet, daß der eigentliche Strafgrund der war, daß diese Gutsbesitzerin auf ihrer Besitzung ein Spital für verwundete Insurgenten errichtet hatte, von dem die Russen erst jetzt Notiz nahmen. Der Widerungsgrund, weshalb die Strafe herabgesetzt wurde, war der, daß Frau Skarzynska sich auf Einladung des Generals Trepow bereit finden ließ, den Ball beim Statthalter zu besuchen!

Die „Danz. Ztg.“ erzählt, daß die Russen eifrig beschäftigt sind, an den Eisenbahn-Stationen von Warschau bis zur westpreussischen Grenze sehr feste Baracken für das Militär herzustellen. Die Stationen sind bereits mit Militär besetzt.

Schlesischer Nouvelles-Courier.

— Breslau, 17. Februar. [Kriegsbereitschaft.] Dem Vernehmen nach ist durch Cabinet-Ordre vom 15. d. M. die Augmentation sämtlicher Infanterie-Regimenter des 6. Armeecorps durch Einziehung der Reservisten auf die Stärke von 802 Köpfen per Bat. so wie die des 2. Schles. Jäger-Bat. Nr. 6 auf eine gleiche Stärke, und außerdem die der 3. Fuß-Abthl. der Schles. Art.-Brig. Nr. 6 (in Schwednitz) angeordnet worden und dieser Befehl heute Vormittag hier telegraphisch eingegangen. Die Truppen bleiben einweilen kriegsbereit in ihren Garnisonen stehen. Innerhalb acht Tagen werden somit die Regimenter auf die vorgedachte Stärke gebracht sein. Die hiesige Stadt wird allerdings nun wieder mit Einquartierung sehr stark belegt werden, einmal, weil die hiesige Garnison durch die besohlene Kriegsbereitschaft um etwa 1800 Mann verstärkt wird, und andererseits massenhafte Durchzüge von Reservisten stattfinden werden, die größtentheils hier zum Einquartieren gelangen. Die Ordnungsbehörden dürfen daher jetzt für den Ausfall, den sie den ganzen letzten Sommer über gehabt haben, wieder reichlich entschädigt werden.

* Der Vorstand des Vereins für Schleswig-Holstein in Breslau hat beschlossen, auch Sammlungen für die in Schleswig Bewundeten und die Hinterbliebenen der Gefallenen in seine Hand zu nehmen, und zu diesem Zwecke aus den vorhandenen Mitteln vorläufigweise sofort 500 Thlr. zu verwenden.

— Breslau, 17. Febr. [Verhaftung.] Eine gestern in hiesigen höheren Beamtenkreisen vorgekommene Verhaftung hat nicht verschleht, großes Aufsehen zu machen, zumal der von dieser unerwarteten Maßregel Betroffene, der Stationsvorstand G., ein wegen seines Charakters wie seiner Diensttreue gleich allgemein geachteter Mann ist, dem man bis jetzt noch keiner Seite hin einen Vorwurf machen konnte. Es hatte vor etwa 8 Tagen plötzlich bei ihm eine polizeiliche Haussuchung, bei welcher neben einem Criminal-Commissarius auch mehrere Polizeibeamte thätig waren, angeblich auf Veranlassung der Warschauer Polizeibehörde stattgefunden, wobei die Namen des Verdächtigen, der beschuldigt wurde, Mitglied des geheimen polnischen Nationalcomités zu sein, zwar nicht nannte, aber seine Person unter Angabe noch anderer Umstände so genau beschrieb, daß es eben nur der betreffende Beamte sein konnte. Diese Haussuchung wurde mit einer solchen Genauigkeit vorgenommen, daß selbst die Kohlenvorräthe auf dem Boden zur Recherche kamen. Aufsehenerregend war die Maßregel indeß von keinem Erfolg begleitet, da der davon Betroffene auf freiem Fuße und im Ante blieb, obgleich mehrere bei ihm vorgefundene Briefschaften mit Beschlagnahme belegt wurden. Die Durchsicht derselben muß indeß doch in irgend einer Beziehung gravirende Momente zu einer Untersuchung gegen ihn dargeboten haben, denn gestern Abend erschien plötzlich ein Criminalbeamter in seiner Wohnung auf dem Centralbahnhofe und erklärte ihn für verhaftet. Beide begaben sich hierauf zu dem ersten Vorgesetzten, welchem der Beamte wegen der nöthigen Vertretung des Betroffenen von dem Vorfalle Anzeige machte, worauf der letztere nach dem Bahnhofe geschickt wurde und schon mit dem gemäßigten Märtschen Zuge um 7 1/2 Uhr die unwillkürliche Reise nach Berlin unter entsprechender Begleitung antrat. Mit großer Mühe erhielt er noch die Erlaubniß, daß

Aus Altona, 13. d. M. wird dem „Boten“ über die österreichischen Trophäen geschrieben: „Heute trafen in Altona 9 eroberte dänische Feldgeschütze, 2 Bierwanzspünder und 7 Zwölfpfünder, sämmtlich vernagelt, mit Eichen bekränzt, mit Begleitung von 12 in Folge der Gefechte von Jagen, Dorssee u. s. w. decorirten österr. Unteroffizieren ein. Mit der goldenen Tapferkeitsmedaille waren decorirt ein Feldwebel von Martini-Infanterie, ein Feldwebel von König von Preußen-Infanterie und ein Führer vom 18. Jägerbataillon. Unter den übrigen 9 mit der silbernen Tapferkeits-Medaille decorirten erblideten wir sämmtliche Truppen der österreichischen in Schleswig stehenden Armee vertreten, den Windischgrätz-Dräger, den Richtenfeynbusaren, einen Artilleristen, einen Jäger, König der Belgier-Infanterie u. s. w. An der hamburgischen Grenze von einer Compagnie des hamburgischen Bundescontingents empfangen, wurden die eroberten Geschütze, von den 12 mit der Tapferkeitsmedaille Decorirten geleitet, in einem wahren Triumphzuge, mit klingendem Spiel, durch die Straßen Hamburgs bis zum Berliner Bahnhof geführt, abermals mit donnernden Hochs auf die tapferen österr. Truppen von der zahlreich versammelten Menge begrüßt, die beim Bahnhofe selbst buchstäblich nach Tausenden zu zählen war.“

Ueber das von Oesterreich und Preußen gegen den Pförtenschen Bericht in der Erbfolgefrage gerichtete Minoritäts-Votum wird folgendes Nähere mitgetheilt:

Was den ersten der Ausschuss-Majoritätsanträge betrifft, so wird derselbe von der Minorität nicht etwa bestritten, sondern für überflüssig erklärt, denn da der deutsche Bund an dem Vertrage nicht Theil genommen habe, so könne daher die Erbfolgefrage von demselben wohlwollend so behandelt werden, als ob der Londoner Vertrag gar nicht bestände. Das Minoritäts-Votum macht es jedoch dem Ausschuss-Vortrag zum Vorwurf, daß darin von der irrthümlichen Annahme ausgegangen werde, es gründe sich der Erbanspruch des Königs Christian IX. auf den Londoner Vertrag. Dieser Vertrag sei aber keineswegs eine Quelle des Rechts, sondern nur eine völkerrechtliche Transaction, durch welche die Contractanten sich verbunden, ein Recht anzuerkennen, welches der König von Dänemark als bereits vorhanden aufstellte. — Zu den als vorhanden angenommenen Grundlagen des Rechts rechnet das Votum u. A. die Entlassung des Prinzen Friedrich von Hessen und der anderen Berechtigten, die Rechtsübertragung der Götterp'schen Linie, den allobivalen Charakter des Besitztittels für gewisse Theile Holsteins und endlich die ausdrücklichen und stillschweigenden Entlassungen konkurrierender Erbprätendenten. Durch diese Erwägungen seien die Tractanten damals bestimmt worden, das Erbrecht Christian's IX. anzuerkennen, wie es demnach in dem alle Theile der Monarchie umfassenden Thronfolgegesetz vom 31. Juli 1853 festgesetzt worden sei. Also auf jene Grundlagen und auf dieses Thronfolgegesetz gründe Christian IX. sein Erbfolgerecht, sowohl überhaupt als auch dem deutschen Bunde gegenüber, nicht aber auf den Londoner Vertrag. Ob und in wie weit Christian IX. durch den Londoner Vertrag berechtigt sei, von allen Contractanten desselben die Anerkennung zu fordern, oder in wie weit einzelne der Contractanten sich berechtigt erachten können, ihre Verpflichtung als gelöst zu betrachten, deshalb die Anerkennung zu verweigern oder an Bedingungen zu knüpfen, sei eine ganz andere Frage, die mit der Prüfung des Rechts als solchen nichts gemein habe. Der deutsche Bund, wird hieraus gefolgert, habe also gar keine Veranlassung, die Rechtsbeständigkeit und Rechtsverbindlichkeit des Vertrages in der Kreis seiner Prüfungen zu ziehen. Dagegen werde die Frage Gegenstand seiner Prüfung sein können, ob und in wie weit die dem Thronfolgegesetz zu Grunde liegenden Verträge von Bedeutung seien; ferner, welches, so lange die Götterp'sche Linie noch bestände, die Wirkung der von dieser Linie ausgestellten Verträge in Betreff der jeweiligen Thronfolge und dagegen erhobener agnatischer Erbansprüche sei; nicht minder, ob, in so weit die cognatische Succession wirklich ausgeschlossen, auch die Erbfolge nach der Primogeniturordnung in den Herzogthümern rechtsverbindlich eingeführt worden sei. Hierbei würden dem deutschen Bunde die betreffenden Urkunden vorgelegt werden müssen. Ebenso sei es Gegenstand der bundesrechtlichen Prüfung, ob das Thronfolgegesetz in den deutschen Herzogthümern ohne Mitwirkung der Landstände habe Gesetzkraft erlangen können. Dies seien Theile der negativen Seite einer erschöpfenden Prüfung der Erbfolgefrage, welche der positiven Entscheidung vorbestimmen, wer denn der nächstberechtigte sei, vorzugeben können. Schließlich hebt das Votum noch hervor, daß es zunächst und vor Allem auf eine sorgfältige und vollständige Begründung und Umgrenzung der Competenz der Bundesversammlung ankomme, wobei von den dormalen vorliegenden Verhältnissen ausgegangen werden müsse, daß ferner auch die Nachweisung des Beleges erforderlich werde, wie für die Geltendmachung der Gegenansprüche für die eigentlich contradictorische Erörterung des von Bundeswegen anzuerkennenden Rechtes in geeigneter Weise Raum zu geben und wie, insofern es auf Begründung des Anspruchs durch authentische Documente ankomme, deren Production und die Prüfung ihrer Echtheit zu veranlassen; endlich noch, daß eine von dem Herzogthum Lauenburg vorentscheidende Vertragsverletzung schon deshalb als unzulässig erscheine, weil die Stimmführung für dieses Herzogthum mit der von Holstein ungetrenntlich verbunden gewesen sei.

Noch ein besonderes Minoritätsvotum hat bekanntlich Mecklenburg abgegeben. Die „Kasseler Ztg.“ theilt über dasselbe folgendes Nähere mit: Mecklenburg erklärt aus Erwägungen, welche zum Theil dem Gebiete des Rechts, zum größeren Theil aber dem Gebiete der politischen Reflexion angehören, an der Zustimmung zum Majoritätsantrag behindert zu sein. In ersterer Hinsicht wird es für eine bedenkliche Behandlungsform gehalten, über eine einzelne der möglicherweise in Betracht kommenden Rechtsquellen ganz getrennt vorher abzuurtheilen und durch Verwerfung derselben sich die Hände zu binden. Ein Rechtsanspruch, wie der hier zu fallende, müsse, um nicht einen gewissen Schein der Parteilichkeit auf sich zu laden, ein Product der nebeneinandergestellten Abwägung aller für und wider sprechenden Momente sein und dürfe nicht durch allmählich engere Begrenzung der Rechtsquellen zu Stande kommen, damit schließlich nur noch ein Ausgangspunkt übrig bleibe. Die Aufgabe des Ausschusses gehe principiauer auf die Erörterung und Feststellung der Erbfolgefrage, nicht auf eine Cognition über den Londoner Vertrag, und wenn sich der Ausschuss bei dieser Feststellung auch über diesen Vertrag anlassen könne, so sei es doch mißlich und jedenfalls nicht genügend motivirt, die unter 1 bis 3 beantragten Negativen antecipando zum Beschluß zu erheben. Sodann hält das Mecklenburger Separatvotum das beantragte Urtheil in dem gegenwärtigen Stadium für nicht politisch zweckmäßig; denn es dürfe nicht unberücksichtigt bleiben, daß die beiden deutschen Großmächte und andere Bundesregierungen dem Vertrage nicht fern geblieben seien, ja, daß die beiden deutschen Großmächte die Stellung der beiden deutschen Großmächte Rechnung getragen werden und es würde dem Geiste und der Tendenz der Bundesverträge nicht entsprechen, wenn von dieser Großmachtsstellung kein Act genommen, vielmehr eine gewisse Provocation gegen dieselbe ohne genügende Veranlassung beschlossen werden sollte. Eine selbstständige Erörterung über das Londoner Protokoll sei um so weniger am Platze, da der Bund gar nicht einmal aufgeführt worden sei, demselben beizutreten; es stehe daher in keiner Weise die nachträgliche Genehmigung des Vertrages in Frage und es solle nur fern gehalten werden, daß nicht durch einen unzeitigen Anspruch bezüglich derselben ohne Noth Verwickelungen zwischen den belästigten europäischen Großmächten herbeigeführt würden. Der Antrag dieses Separatvotums geht dahin, daß der Majoritätsantrag, dessen drei erste Positionen, wie ausgeführt, nur negative Ansprüche enthalten, während der Satz unter 4 in sofern möchte wegfallen können, als der Ausschuss es selbst in seiner Macht habe, die Erbfolgefrage möglichst beschleunigt zur Entscheidung zu bringen, nicht zum Beschluß erhoben, vielmehr dem Ausschuss aufgegeben werde, die ihm gemachte Aufgabe in einer anderen, und zwar sofort in einer umfassenden Weise zu erledigen.

(Corr.) Nürnberg, 16. Februar. [Adresse und Resolution in der Schleswig-Holsteinischen Sache.] Heute begibt sich eine Deputation des hiesigen Schleswig-Holstein-Vereins nach München, um eine gestern Abends in einer außerordentlichen Versammlung beschlossene Adresse an den König zu überbringen. Die Adresse schließt mit der Bitte, die Bundesarmee in Holstein durch Entsendung bayerischer, und, so weit dies zu erreichen, anderer deutscher Truppen ungeschmälert und in dem Maße zu verstärken, daß sie jedem Angriff von jeder Seite, sei es auch vom nördlichen, gewachsen sei, so daß Schleswig-Holstein ungetheilt und unter dem Scepter seines legitimen Herzogs bei Deutschland erhalten bleibe. Nach der einstimmigen Annahme der Adresse hatte in der gestrigen Vereinsversammlung Dr. H. Beck die folgende „an unsere Brüder in Oesterreich und Preußen“ gerichtete Resolution vorgelesen: Oesterreich und Preußen sind einseitig in Schleswig-Holstein vorgegangen und haben, Dank der bewährten Tapferkeit ihrer Heere! in kurzer Zeit glänzende Erfolge errungen, die Dänen aus dem größten Theile Schleswigs verdrängt und damit für den Augenblick das schwer bedrückte deutsche Land vom

fremden Joch befreit. Daß diese Erfolge nun aber nicht bloß vorübergehende Acte militärischen Ruhmes bleiben, sondern die ihnen so gern gesollte dankbare Anerkennung des deutschen Vaterlandes im vollsten Maße empfangen, daß, was mit Strömen deutschen Blutes im heißen Kampfe erstritten worden ist, nicht abermals durch diplomatische Künste verloren gehe, nicht abermals dem Spott und Hohn fremder Gewaltthätigkeit preisgegeben, daß vielmehr erst dann mit den Dänen Friede geschlossen werde, wenn die Selbstständigkeit und unwillkürliche Trennung der Herzogthümer von Dänemark festgestellt ist, daß sonach das Rechtsgefühl der deutschen Nation in dem durch die siegreichen österr. preussischen Waffen errungenen vollen Rechte der Herzogthümer seine Befriedigung finde: dafür in echt deutschem Sinne mit allen Kräften bei ihren Regierungen zu wirken, das erachtet das ganze deutsche Volk als heiligste Pflicht seiner Brüder in Oesterreich und Preußen.“

Wie die Adresse, so fand auch diese Resolution die einstimmige Annahme der Versammlung.

München, 14. Febr. Durch die in Aussicht genommene Landesversammlung beabsichtigt man folgendes als dringende Wünsche des Volkes dem König vorzutragen zu lassen: Sofortige Anerkennung des Herzogs Friedrich, Einberufung des Landtags und Entlassung des Ministers Schrenk, der das königliche Wort: „Ich will das gute Recht Schleswig-Holsteins mit aller Kraft unterstützen, denn ich bin kein Freund halber Maßregeln“ — nicht ausgeführt habe! — Die officiöse „Bayr. Ztg.“ findet die neuesten Vorgänge in Holstein sehr „befremdend“ und erwartet, daß der Bund seine Autorität gebührend und energisch behaupten werde.

Oesterreich.

Wien, 16. Februar. [Die Chronik.] — Verhaftung Rogawski's. — Oesterreich und Preußen. Die Chronik wird in den heutigen Blättern ohne Ausnahme in sehr günstiger Weise beurtheilt und in ihrem Inhalte der Beweis gefunden, daß der Constitutionalismus in Oesterreich wesentliche Fortschritte gemacht habe. Um desto größeres Aufsehen erregt es, daß, als kaum die letzten Worte der Chronik verhallt und die Thore des Hauses vor der Spottentastel geschloffen waren, den Mitgliedern desselben sofort auf handgreifliche Weise ins Gedächtniß gerufen wurde, daß der Schutz, den ihnen dieses Haus gewährte, erloschen sei. Der polnische Abgeordnete Rogawski, gegen dessen gerichtliche Verfolgung bekanntlich das Haus Protest eingelegt hatte, wurde nämlich noch gestern Abend verhaftet. Natürlich verurtheilt diese Maßregel, der Haft wegen, mit welcher sie erfolgte, nicht, peinliches Aufsehen zu erregen. Wenn Herr Rogawski minder chrenhaft hätte handeln oder dem Arm der Behörde sich hätte entziehen wollen, so wäre es ihm ein Leichtes gewesen, kurz vor dem Schluß der Session sich in Sicherheit zu bringen. — Noch größeres Aufsehen erregt das Telegramm aus Berlin, dem zufolge die Aufstellung eines preussischen Armecorps in der Lausitz angeordnet sein soll. Allelei Personen sind bereits über die Ursache dieser Maßregel im Umlauf, welche natürlich nicht verfehlt, dem seit gestern circuitirenden Gerücht von einem Zwiespalt zwischen Oesterreich und Preußen Glauben zu verschaffen. Was dieses Gerücht betrifft, so behaupten zwar unsere Officiere, daß dasselbe jeden Grundes entbehre, und es mag dies, soweit es sich auf die Uebereinstimmung Oesterreichs und Preußens in Betreff der bisherigen im Norden ergriffenen Maßregeln bezieht, seine Richtigkeit haben; was aber die Meinungsverschiedenheit in Bezug auf die weiteren Schritte betrifft, so liegen bedeutsame Anzeichen vor, daß nicht nur diese wirklich existire, sondern auch leicht einen ersten Charakter annehmen könne. Es wird sogar versichert, daß eine neuerliche Annäherung Oesterreichs an die Politik der Mittel- und Kleinstaaten nicht außerhalb des Bereiches der Möglichkeit liege, und daß das Ausspielen dieses Trumpfes nicht unwahrscheinlich sei, falls bezüglich des künftigen Schicksals Schleswigs von preussischer Seite der Versuch gemacht werden sollte, den österreichischen Intentionen zuwiderlaufende Absichten zur Geltung zu bringen. Man will sogar in jene Stelle der Chronik, in welcher der Kaiser die Erfolge in Schleswig als solche bezeichnete, „die nicht Zwänden des Ehrgeizes und der Eroberung gelten“, einen versteckten Seitenhieb auf Preußen hinein interpretiren. Wir halten diese Auslegung vorläufig für eine absurde, können jedoch nicht umhin, sie als ein charakteristisches Zeichen hier zu registriren.

Der Erzherzog Ferdinand Max ist vorgestern nach Miramare zurückgekehrt.

Einem zweiten Artikel der „Wien. Abdp.“ über den Schluß der Reichsrathssession entnehmen wir folgende Stelle:

Wenn Oesterreich weder Pläne des Ehrgeizes noch Eroberungsabsichten hegt, wenn es aber gleichwohl Gut und Blut für das unbestreitbare Recht und das natürlich begriffene Wohl der Herzogthümer aufbietet, so erfordert wohl auch billige Rücksicht, daß nicht überspannte Forderungen an seine Thätigkeit gestellt werden, Forderungen, deren Erfüllung nicht ohne die Gefahr einer allgemeinen Conflagration möglich wäre, und die überdies die politischen und materiellen Zustände Deutschlands im Großen und Ganzen kaum wesentlich fördern würden. Und so hoffen wir mit dem Kaiser zu Gott, daß der Genuß des Friedens und einer wohlgeordneten Freiheit uns auch in Zukunft gesichert bleibt, damit die „innere Neugebaltung“ sich ruhig vollende zum unvergänglichen Ruhme Desjenigen, der sie mit einrichtiger Milde und starker Hand in das Leben führte.

Der Berl. BZ. entlehnen wir Nachstehendes:

Es ist ein öffentliches Geheimniß, daß sehr bald auf die eben erfolgte Emission von 40 Millionen Gulden neuer österreichischer Loose in kurzer Zeit abermals eine österreichische Anleihe im Betrage von 60 bis 70 Millionen folgen wird. Ueber die Verhandlungen, die deswegen im Gange sind, erhalten wir von unserem sehr kundigen Wiener Correspondenten Andeutungen, die in mehrfacher Beziehung interessant sind. Es deutet Manches darauf hin, daß die Uebernehmer der letzten österreichischen Prämien-Anleihe dabei kein besonders gutes Geschäft gemacht haben, und es entspringt hieraus Befürchtungen wegen verdoppelter Schwierigkeiten für die Begebung jedes weiteren Anlehens, wenn nicht Mittel und Wege gefunden werden, irgendwie einen Ausgleich mit gerade diesen Unternehmern herbeizuführen. Eben hieran knüpfen die neuen Verhandlungen an, die mit denselben Conjointen gepflogen werden, welche als Concurrenten bei dem jüngsten Lotterie-Anlehen aufgetreten sind. Wie uns geschrieben wird, ist von denselben dem Finanzminister von Plener der Vorschlag gemacht worden, die Pläne für das neue Anlehen selbst auszuarbeiten, und es ist hierauf auch von dem österreichischen Finanzminister eingegangen und eben gegenwärtig werden nur innerlich dieser Conjointen Verhandlungen über die festzuhaltenden Modalitäten gepflogen. Jedenfalls haben sich die in Rede stehenden Concurrenten bereit erklärt, erforderlichen Falls in ähnlicher Weise Vorschläge auf das neue Anlehen zu machen, wie die österreichische Creditanstalt ja solche Vorschläge bereits in hohem Betrage auf das gegenwärtige Lotterie-Anlehen gemacht hat, insofern ihnen eben die Feststellung des Planes für die schließliche Begebung des Anlehens seiner Zeit überlassen wird. Ob dieses Anlehen daher, wie im Augenblick Wiener Blätter wissen wollen, in der Form von 3 pCt. Silber-Metallicques, oder vielmehr in der Gestalt von zinstragenden Vojen oder, wofür gleichfalls manche Wahrscheinlichkeit spricht, in Silberpantbriefen, die auf die österreichischen Nationalgüter hypothecirt werden, zur Emission gelangen wird, steht im Augenblick noch in keinerlei Weise fest.

Die Redaction der „Presse“ veröffentlicht heute einen Aufruf, in welchem sie im Sinne des Wunsches des FML. v. Gablenz, daß ein Unterstützungsfond für die Wittwen und Waisen der Gefallenen gebildet werden möchte, wobei auf die jedes gute Werk bereitwillig fördernde Beispieler der Journale zu zählen sei, ihre Beker ausser Acht, ihr für den Fond Beiträge zu senden, die sie zur Disposition des FML. v. Gablenz zu stellen gedenkt. Die Redaction der „Pr.“ hat die Sammlung mit einem Betrage von 100 Fl. eröffnet.

Krafaun, 16. Februar. Der „Pr.“ wird von hier telegraphisch gemeldet: Heute wurde das Urtheil in den 7 Preßprozessen gegen den „Eos“ verkündet. Es fand in allen Prozessen zum Theil wegen Verjährung, zum Theil wegen Mangels an Beweis die Losprechung statt.

Ein Lemberger Correspondent der „O. B.“ erwähnt des in Lemberg verbreiteten Gerüchtes, daß Preußen in dem Falle, daß es

in Italien zu einem Kriegsfalle kommen sollte, mit 40,000 Mann über Szegedowa und Krafau einrücken würde.

Dänemark.

Aus Kopenhagen läßt sich der „Boten“ schreiben: „General de Meza hat unmittelbar nach seiner Auberufung ein Schreiben an die Regierung gerichtet, in welchem er die Räumung des Dänemarks zu rechtfertigen sucht. Als Hauptmotiv führt er an, daß er zu wenig Truppen zur Verfügung gehabt habe, um die Verteidigungslinie in ihrer ganzen Länge mit Erfolg decken zu können. Am Schlusse seines Briefes sagt er: „Ich habe dem Vaterlande seine Arme gerettet, und wie man auch jetzt über meine Maßregel urtheilen möge, die Geschichte wird mich Gerechtfertigt widerfahren lassen.“ — Die hier lebenden Deutschen haben sich der scandinavischen Partei angegeschlossen, welche auch von Seiten des Nationalvereins ermutigt wird. Briefe aus Coburg versichern, daß sich der Nationalverein die Aufgabe gestellt habe, den Gedanken der scandinavischen Union in Deutschland populär zu machen.

Frankreich.

Paris, 15. Febr. [Die Lage.] Das meiste Aufsehen macht jetzt die Mittheilung des „Memorial diplomatique“ (theilweise in Nr. 80 der Schles. Ztg. enthalten). Oesterreich und Preußen, die, wie das genannte Blatt ihr Verfassen auffaßt, die Vermittlerrolle zwischen dem deutschen Bunde und der dänischen Regierung übernommen haben, seien nahezu einig, einen Compromiß auf folgender Grundlage vorzuschlagen: „Das Princip der Gebiets-Integrität der dänischen Monarchie wird aufrecht erhalten; die Frage wegen Holsteins bleibt der ausschließlichen Competenz des Bundestages in Frankfurt vorbehalten; in Anbetracht Schleswigs wird der Streit wegen der Verfassung von dem Streit um die Erbfolge geschieden; der eine wird als ein rein deutsche Angelegenheit behandelt, der andere der Prüfung einer Konferenz der Mächte, welche das Londoner Protokoll unterzeichnet, unter Zugiehung eines Vertreters des deutschen Bundes überlassen.“ Da die Opfer, welche Oesterreich und Preußen haben bringen müssen, um die Incorporation Schleswigs zu verhindern, das Ungerechte der von Dänemark 1851 und 1852 eingegangenen, nur negativen Verpflichtungen beweisen, so hat Deutschland das Recht, festere und nachhaltigere Garantien zu fordern, um die Autonomie der Herzogthümer zu schützen. Diese Garantien würden sein: eine Personal-Union, eben so wie die zwischen Schweden und Norwegen bestehende, und eine gemeinsame Verwaltung und vielleicht auch Vertretung, ohne daß deshalb das Herzogthum Schleswig in den deutschen Bund eintreten würde. Die Prinzen von Augustenburg endlich würden eine formelle Befestigung ihrer eventuellen Rechte erlangen, beim Aussterben der Glücksburger Linie auf den dänischen Thron berufen zu werden, und zwar werden sie vor den Agnaten von Götterp, Hessen und Oldenburg den Vorzug genießen. (Das Weitere ist in Nr. 80 der Schles. Ztg. mitgetheilt worden.) Es ist ersichtlich, daß das „Memorial diplomatique“ nur den Standpunkt der österreichischen Absichten vertritt. Eingeweihte Personen bezeichnen die Mittheilungen des gedachten Blattes als einer früheren Periode angehörig. — Was das in der deutschen Tagespresse unläufige Gerücht von einem Protest Frankreichs gegen die Kundgebungen zu Gunsten der Augustenburger betrifft, so ist es auffallend, daß die französischen officiösen Blätter denselben vollständig ignoriren, obgleich er Aufsehen genug gemacht hat. Es ist von hier aus nur wiederholt worden, daß Frankreich sich weiter gehenden Entwicklungen gegenüber seine Entschlüsse vorbehalt. Es verdient aber hervorgehoben zu werden, daß sich bis jetzt die Regierungspresse noch in keiner Weise gegen die Ansprüche der Augustenburger ausgesprochen hat, während es doch sonst an mancherlei mehr oder weniger maßliebigen Bemerkungen über das Vorgehen der beiden deutschen Großmächte nicht fehlt. Es scheint, daß man hier diesen Punkt der Frage abschließend bei Seite lassen will, und man hat vorerst keine Ursache, dies als ein schlimmes Anzeichen zu betrachten. — Der hiesige schwedische Gesandte hat zur Inspiration erhalten, die Sympathien seiner Regierung für Dänemark bei jeder Gelegenheit ausdrucklich, aber gleichzeitig die Entschlossenheit derselben zu betonen, sich jeder thatsächlichen Einmischung zu enthalten. Über die scandinavische Union soll sich die schwedische Diplomatie mit großer Zurückhaltung äußern, sogar sich so stellen, als sei man in Stockholm von den Vortheilen einer Union mit Dänemark wenig überzeugt. Daß dies ernstlich gemeint sei, darf wohl in Zweifel gezogen werden. — In Folge der Weigerung Preußens, den von England befürworteten Waffenstillstand zu gewähren, sieht sich Lord Palmerston genöthigt, einen neuen Vorschlag zu machen und dieser soll, wie man versichert, durch eine Demonstration unterstützt werden. Die oft gemeldete Abfindung eines englischen Schwadrons nach der Däner ist dem Vornehmen nach gestern definitiv beschlossen worden. Es wird ferner berichtet, die Königin von England habe auf Veranlassung Lord Russell's ein sehr dringendes Schreiben an den König von Preußen gerichtet, worin sie diesem die Verlegenheit ihrer Stellung schildert. Der Prinz von Wales sucht unter den Mitgliedern des Oberhauses Propaganda für die dänische Sache zu machen. Auch in Paris hat Lord Cowly vorgestern eine neue Eröffnung seiner Regierung mitgetheilt, doch verlautet noch nichts über das Ergebnis dieser Schritte.

Paris, 15. Februar. [Vermisches.] Die Nachwahlen für Paris sind auf den 13. und 20. März festgesetzt. Das Wahl-Comité der Opposition wird aus den Abgeordneten der Opposition von Paris in gesetzgebenden Körper und aus drei Redactoren liberaler Blätter, die kein Mandat besitzen und als welche man Emil de Girardin (Presse), Meyner (Temps) und Berlin (Debats) nennt, bestehen. — Für das Departement du Nord ist die Nachwahl auf den 6. und 7. März ausgeschrieben. — Beim Erzbischof von Paris war man um die Erlaubniß eingekommen, in der Notre-dame-Kirche einen Trauer-Gottesdienst für die verstorbene Herzogin von Parma abzuhalten. Der Prälat beschied dieses Gesuch jedoch abschlägig, da eine solche Feierlichkeit in Notre-dame wie eine politische Demonstration aussehe, während in anderen Kirchen kein Einwand dagegen zu erheben sei. Der Kaiser, vom Erzbischof von dieser seiner Entscheidung benachrichtigt, erklärte sich ganz damit einverstanden, und so fand das Todtenamt in der Capelle des Faubourg St. Honoré statt. — Der Prozeß gegen Orco und Genossen kommt der „Gazette des Tribunaux“ zufolge spätestens in der ersten Hälfte des März vor die Assisen, deren Präsident Herr Devienne sein wird. Der General-Procurator Cordoën wird als Staatsanwalt fungiren. Bis jetzt hat erst Imperiali sich einen Advocaten gewählt und zwar Hrn. Delpont. — Das Memorial Diplomatique sieht den Feldzug gegen Dänemark als geadert an und ist voll Lobeserhebungen über die österreichische Tapferkeit, welche durch den italienischen Krieg so außerordentlich entwickelt und gefährt worden sei: „Man kann sagen, daß Oesterreich sich mit einer bewundernswürdigen Assimilations-Fähigkeit das französische Militär-Genie angeeignet hat, welches dem feindlichen hinzugefügt, heute eine der ersten Armeen der Welt aus ihm macht. Aber dessen bedurfte es auch, um binnen einigen Tagen diesen glorreichen Feldzug zu eröffnen, zu führen und zu schließen. Dadurch hat Oesterreich, welches auf die aufrichtig friedliebende Haltung Frankreichs vertraute, Europa drei bedeutende Dienste geleistet: es hat den Krieg beschränkt, die Integrität Dänemarks gerettet und die Revolution in ihrem Keime erstickt.“ — Das Finanz-Ministerium macht bekannt, daß die Subscriptionen auf die neue Anleihe nunmehr repartirt sind. Nicht reducirt worden sind die auf 6 Francs lautenden Zeichnungen im Gesamtbetrage von 2,409,534 Francs. Die Zeichnungen auf 10—120 Francs Rente sind auf 6 Frs. herabgesetzt. (Fortsetzung in der Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

so daß 119,741 Personen, welche 3,391,640 Francs gezeichnet hatten, nun nur 718,386 Frs. Rente erhalten. Die übrigen Zeichnungen sind nach dem Verhältnis von 5 Frs. 21 Ct. Procent auf 11,125,473 Frs. reducirt. In große Buch der Staatsschulden werden nunmehr 14,253,393 Frs. Rente eingetragen. — Das Budget für 1865 wird nicht vor sechs Wochen discutirt werden können, da die Vorarbeiten zu sehr zurück sind. — Dem Grafen Chambord, dessen Vermögensverhältnisse bekanntlich sehr zerrüttet sind, soll die Regierung im Namen Frankreichs eine bedeutende Pension angeboten haben. (?) — Das „Boya“ meldet, daß die conföderirte Corvette „Florida“, welche seit mehreren Monaten im Hafen von Vercel lag, unter dem Schutze des Rebells in See gegangen ist. Sobald das unionistische Kriegsschiff „Rearfage“ das rührt, setzt es dem Flüchtling nach, es ist somit nicht unwahrscheinlich, daß nächstens ein Kampf dieser beiden Schiffe stattfinden wird. — Der am 15. Januar von Vera-Cruz abgegangene Postdampfer „Vera-Cruz“ ist heute früh in St. Nazaire eingetroffen. Er bringt, laut Memorial Diplomatique, einen großen Kasten mit, welcher die Original-Documente über die Zustimmung sämtlicher mexicanischer Gemeinderäthe zur Kaiserwahl enthält. — Die Akademie der moralischen und politischen Wissenschaften hat gestern Herrn Minghetti in Turin zum Correspondenten in der Section für politische Oekonomie und Statistik an Orimaldi's Stelle erwählt. — Die „deutsche Pariser Zeitung“ benachrichtigt heute ihre Abonnenten, daß sie sich suspendirt und einwilligen zu erscheinen aufhöret. Die Gründe sollen später mitgetheilt werden. Die Abonnentengelder werden zurückerstattet. — Die „France“ will wissen, daß General de Meza dem Könige schriftlich mitgetheilt habe, daß er Dänemark verlassen werde, um sich nach England zurückzuziehen. — Die Nachricht, General de Meza beabsichtige eine Broschüre in französischer Sprache herauszugeben, welche seine Armeeführung rechtfertigen soll, scheint Sprüche zu haben; einer seiner Adjutanten hält sich zu diesem Zwecke bereits hier auf. — Prinz Napoleon hat es nun doch durchgesetzt, daß seine Saeganal-Rede im Moniteur erscheinen darf; freilich muß er sich seine Auslassungen, wenn nicht sogar Kürzungen gefallen lassen. Die France brachte gestern den stenographischen Wortlaut der Rede. — Nubar Pascha bereitet eine Denkschrift vor, in welcher er als Antwort auf die Rede des Prinzen Napoleon sich und sein Gouvernement von den Anklagen zu reinigen sucht, die der Prinz gegen beide erhoben.

Die hiesigen Blätter bringen einen Bericht über die Generalversammlung, welche Miró's jüngst im Cirque de l'Impératrice abgehalten hat. Herr Miró gab eine historische Uebersicht seiner Größe, seines Falls und seiner Wiederaufstehung, und verließ den Inhabern seiner Actien, ihnen wieder zu ihrem Gelde zu verfallen, ohne daß sie eine neue Einzahlung zu machen haben. Wie er selbst eingesteht, ist es mit der Börsen speculation, großen industriellen Unternehmungen, öffentlichen Arbeiten nichts mehr. Deshalb wird er sich auf die Negocierung von Staatsanleihen werfen, sich gleichsam zum Generalagenten zwischen allen geldbedürftigen Regierungen und dividendestüchtigen Capitalisten machen. Natürlich verdrößt Herr Miró jetzt noch nicht, welche specielle Geschäfte er zunächst in Aussicht hat und wie er sie ins Werk setzen will. Die Vorschläge des Herrn Miró fanden großen Beifall und es wurden verschiedene auf die Reconstitution der Gesellschaft und die Wiederaufnahme ihrer Operationen bezügliche Resolutionen angenommen. Ein Comité von 9 Mitgliedern wird mit Herrn Miró die Sache in die Hand nehmen — Auch der „Nord“ hat vom Minister des Innern das Communiqué erhalten, daß die von ihm vorgestern mitgetheilte „Nachricht von einer Bewegung der französischen Armee nach der Grenze vollkommen falsch sei.“ Es wiederholte sich hier nämlich das Gerücht mit allerlei Ausschmückungen. Man wollte wissen, daß dies angeblich Observationscorps am Rhein unter Marschall Forey gestellt werden solle; auch solle das Contingent des Jahres 1864 von 100,000 auf 150,000 Mann erhöht werden. Damit wurde ein Befehl des Kriegsministers in Verbindung gebracht, die Zahl aller Artilleriepferde genau aufzunehmen, welche bei Ueberwachen untergebracht worden sind, um so festzustellen, auf wie viel Zugthiere der Train der französischen Armee eventualiter sicher zu rechnen hätte. — In der kaiserlichen Garde herrscht seit einer Woche eine Thätigkeit, welche mindestens beweist, daß man in Paris für alle Eventualitäten vorbereitet sein will. — Der Pariser Globe-Correspondent erfand unlängst für die deutschen Executionstruppen den Titel: Federal executioners (Sinker). Der Wis gefällt ihm dermaßen, daß er ihn fast täglich wiederholt.

Großbritannien.

London, 13. Februar. [Die Staatseinnahme. — Zur deutsch-dänischen Frage.] Die Staatseinnahme des vergangenen Jahres beträgt Brutto 70,433,620 Pfr., die Ausgabe 66,910,987 Pfr., aus schließlich der 900,000 Pfr. für Fortificationen, so daß ein Saldo von 2,622,632 Pfr. (17,484,217 Thlr.) bleibt. Die im Schatz befindliche Bilanz betrug am 31. December 7,491,813 Pfr. — Der Waffennillkands-Vorschlag, welchen die englische Regierung den Dänen und den Deutschen gemacht hat, erregt lebhafteste Friedenshoffnungen im Munde des „Star“ und des „Daily Telegraph“, während die anderen Blätter gar keine Notiz davon nehmen. — In der „Post“ findet man eine Zuschrift mit der Aufforderung zu Ordinalungen für die „durch Deutschlands sündhaften Angriff verarmten Dänen.“ Zugleich solle dadurch geführt werden, was England zu Anfang des Jahres hundert der dänischen Monarchie Leides gethan. (Da müssen Millionen zusammenkommen!) — Wie die Mehrzahl der englischen Blätter, so ist auch der „Spectator“ voll Bitterkeit gegen alle Gegner und lauen Freunde Dänemarks. Den General de Meza, der das Danewerk nicht zu halten vermocht hat, nennt er den „Jew soldier“, was nach dem Zusammenhang und Tone des Artikels als Schimpfwort gemeint ist. Die englische Regierung fragt der sonst für das Recht der Nationalitäten glühende „Spectator“, mit welchem Rechte sie künftig Gibraltar, Malta u. s. w. verteidigen wolle, wenn sie die Abreißung der Herzogthümer von Dänemark gut heißen (!). Und die vorgeschlagene Conferenz bezeichnet er als Chloroform, um die Amputation zu erleichtern.

Spanien.

Madrid. [Manifest. — Bevölkerung Spaniens.] Die „Correspondencia“ vom 9. Februar veröffentlicht das vom progressivsten Central-Comité an die Comités der Provinzen gerichtete Manifest; die letzteren werden darin aufgefordert, mit besonderer Aufmerksamkeit die Wahloperationen der Regierung zu überwachen. Das Dogma der National-Souveränität wird als wahrhafte Antithese des Principals des Rechtes von Gottes Gnaden aufgestellt. Ferner müsse das Eigenthum und die individuelle Sicherheit besser gewährleistet werden. Die Pressefreiheit bedürfe der größten Garantien. Die Verfassung von 1845 sei weit davon entfernt, das Glaubens-Symbol der Progressivsten Partei zu sein. An der Spitze der 51 Unterschriften dieses Documentes finden sich die Namen des Herrn Dlogaz und des Grafen v. Reus. — Nach demselben Blatte beträgt die Zahl der Bevölkerung Spaniens und der dazu gehörigen Inseln 15,673,536 Seelen; übertrifft somit um 209,196 oder um 1,33 pCt. das Resultat der Volkszählung von 1857.

Die Bevölkerung von Cuba beträgt 1,395,530 und die von Puerto-Rico 538,308 Seelen.

Aus Lissabon wird gemeldet, daß dort am 11ten der junge Prinz Don Carlos in besonderer Sitzung der Kammern zum Thronfolger erklärt worden sei.

Italien.

(R. S.) Turin, 12. Februar. [Truppenbeförderung. — Venetien und Schleswig-Holstein. — Das Kriegsgeschrei.] Es ist Ordre gegeben worden, 20 Bataillone in einer Stärke von zusammen 25 bis 27,000 Mann aus den mittäglichen Provinzen nach dem Norden zu dirigiren. Officiöse Journale haben den Auftrag erhalten, als Grund dieser Maßregel die Beendigung des Kampfes mit den Briganten anzugeben. Hierin hat man insofern Recht, als nur noch in der Basilicata einige Banden haufen, während alle anderen Districte von dieser Geißel befreit sind. Indessen der eigentliche Grund dürfte doch in dem Wunsche zu suchen sein, im gegebenen Falle für die Möglichkeit gesorgt zu haben, sofort eine Armee von 200 bis 250,000 Mann an den Ufern des Mincio zusammenziehen zu können. — Der Abgeordnete Mancini hat soeben eine Flugschrift erscheinen lassen, welche den Nachweis führt, daß die Rechte Italiens auf die Occupation Venetiens genau dieselben seien, welche Oesterreich und Preußen in Schleswig geltend machten. Es sollen Proclamationen in czechischer, croatischer, ungarischer und italienischer Sprache in den betreffenden Ländern verbreitet worden sein, um die Aufmerksamkeit der resp. Völker darauf zu lenken, daß in Schleswig Slaven, Magyaren und Italiener Blut für eine ihnen völlig fremde Sache vergießen müßten. Der österreichischen Polizei ist es gelungen, am Mincio einige dieser Plakate mit Beschlag zu legen. — Wie eifrig man hier in den betreffenden Kreisen mit Kriegsgeschwätz sich die Zeit vertreibt, beweist, daß man erzählt, dem Prinzen Humbert, der jetzt in Neapel so ungemaine Popularität sich zu erwerben verstand, sei das Commando einer Division zugedacht, damit er — wie einst sein Vater unter Carl Albert — im Stande sei, sich seine Krone und ihren vermehrten Glanz auf dem Schlachtfelde zu verdienen. Zu gleicher Zeit will man einmal wieder wissen, daß Garibaldi und Mazzini mehr als je gesonnen seien, gemeinsame Schritte zu thun, um auf eigene Hand den Kampf nach Venetien zu tragen. Als Dritter im Bunde soll Ludwig Kossuth eine Diverston zu ihren Gunsten durch eine Erhebung Ungarns versprochen haben.

Aus Turin wird der Wiener Gen.-Corr. unter dem 12. Februar geschrieben: Angesichts der vielen Kriegsangebote, welche fast alle europäischen Zeitungen im gegenwärtigen Augenblicke von hier aus bringen und die sogar geneigt wären, die öffentliche Stimmung mehr als thatsächlicher Anlaß dazu vorliegt, aufzuregen, indem sie mehr oder weniger durchgehend unsere Regierung als am Vorabend eines Angriffskampfes befindlich darstellen, glaube ich Sie einfach auf die heutige Nummer des intimsten und maßgebendsten Organes des Ministeriums, der „Opinione“, aufmerksam machen zu müssen, welche allerdings ad captandam benevolentiam der hiesigen nun einmal bedenklich erhöhten Menge Berichterichtliches vorbringt, das an „Großmachtthel“ erinnert und nach Feuerwerkpulver riecht, aber im Grunde Allen, die zwischen den Zeilen lesen können und wollen, die weise Lehre zu Gemüthe führt, daß „Uebersetzungen“ jetzt mehr als je dem Lande verderblich sein würden, und daß man sich daher mit einer weitgehenden Action noch einige Zeit gedulden möge.

Rußland und Polen.

(Pos. S.) St. Petersburg, 13. Februar. Der kürzlich in Moskau verstorbene General-Gouverneur Tutschoff, ein allgemein geachteter Mann, hinterließ kein anderes Vermögen als 1500 Rb. S., welche sich in seiner Kasse befanden und ein Rest von dem für das laufende Quartal im Voraus entnommenen Gehalte waren. Wenn, wie es ganz in der Ordnung gewesen wäre, dieser Vorschuß an die Landrentenkasse hätte zurückerstattet werden sollen, so hätte die Summe nicht ausgereicht, die Beerdigungskosten zu bezahlen. Die Thatsache, daß der General-Gouverneur bei seinem Ableben nicht so viel hinterlassen, daß er anständig beerdigt werden könne, war kaum bekannt geworden, als sich auch schon ein Comité bildete, eine Subscription einzurufen und innerhalb 9 Stunden die Summe von 25,000 Rb. S. zur Bestreitung der Beerdigungskosten und anderer damit verbundener Auslagen beisammen hatte. Der Fall, daß ein Generalgouverneur von Moskau, welcher Posten stets als einer der lucrativsten im Reiche angesehen wurde und seine Jahaber meist außerordentlich reich machte, so arm verstorben, daß er durch Zusammenschüsse der Einwohner begraben werden mußte, ist unerhört und macht großes Aufsehen. Ein Moskauer Blatt sagt darüber: „Wenn dies kein sicheres Zeichen von Rußlands Fortschritt auf der Bahn moralischer Entwicklung ist, daß ein Generalgouverneur die ihm so breit und lang offen stehende Gelegenheit zur Bereicherung nicht benutzte und durch milde Gaben seine Beerdigung bestreiten mußte: so wissen wir nicht, was für andere halbare Anzeichen von der stillen Verbesserung unserer Beamten noch gegeben werden könnten.“ Mit dem heutigen Morgenzuge ging ein Garderegiment nach Polen, und 2 andere dergleichen nebst 6 Geschützen nach den Küsten Kurlands ab. — Wie es heißt, soll auch das jetzt in Noworod stehende Dragoner-Regiment in kurzem dahin abgehen. — Neuerdings sind wieder 6 höhere Stabsoffiziere zu Chefs neuer errichteter Divisionen creirt worden. — Aus den kirgischen Steppen ist eine mit zahlreichen Unterschriften versehene Adresse eingegangen, in welcher die Kirgisen und die unter ihnen wohnenden Mißjyvdiker dem Kaiser für den Fall eines Krieges ein Regiment Cavallerie ausgerüstet stellen und auf ihre Kosten unterhalten wollen. Die höheren Offiziere bis zum Rittmeister sollen Russen, die Subaltern Offiziere aber Leute aus ihrer Mitte sein.

* Aus St. Petersburg wird jetzt das von der „Indépendance“ verbreitete Gerücht von dem ungunstigen Gesundheitszustande der Kaiserin in demselben Blatte demantirt. Die Monarchin hat in jüngster Zeit einem großen Hofball und einem Feste der Adelsgesellschaft beigewohnt. — Der Finanzminister v. Reutern verbleibt auf seinem Posten, da sich Niemand zur Uebernahme des Portefeuilles bei den gegenwärtigen Schwierigkeiten bereit finden läßt. General Tschewkin, dem der Posten angetragen wurde, soll geäußert haben: „Um jetzt Finanzminister werden zu wollen, muß man ein Genie oder ein Narr sein. Ich bin keins von beiden und lehne daher ab.“ — Der Generalgouverneur Murawiew, der beinahe vollständig erblindet ist, soll nun endlich zu Osnern von seinem hohen Posten in Wilna zurücktreten. Sein vor kurzem ernannter Adolatus General Kryshanowsky dürfte jedenfalls zu seinem Nachfolger bestimmt sein. — Aus der Krim wird gemeldet, daß viele der nach der Türkei ausgewanderten Tataren, in ihren Hoffnungen daselbst getäuscht, wieder unter russische Herrschaft zurückkehren. Zu ihrer Unterbringung bei der abermaligen Niederlassung auf der taurischen Halbinsel hat der Kaiser soeben 300,000 Silberrubel bewilligt.

* Warschau, 15. Februar. [Infalligkeit des neuen russischen Civilgouverneurs. Confiscation. Zur Judenverfolgung. Verhaftungen und Expropriationen.] Bekanntlich

find die polnischen Civilgouverneure des Königreichs, die theils schon von 1861 ihre hohen Posten bekleidet hatten, theils in Folge des Wielopolstischen Systems zur Leitung der Provinzialverwaltung berufen worden waren, nach dem letzten Systemwechsel entlassen und an ihrer Stelle Russen, meist vom Militärstande, ernannt worden. Auch hier mußte der hochgeachtete Geheimrath Laszczyński einem Russen Platz machen, und zwar dem durch seine militärisch-politische Thätigkeit bekannten General Roznow. Die Amtsübernahme des letzteren soll in der ausländischen Presse zu tendentiösen Entstellungen Veranlassung gegeben haben. Das Amtsblatt hält es daher für nöthig zu erklären, daß General Roznow am 3. d. M. in Gegenwart seines Vorgängers und des Beamtenpersonals der Gubernialregierung sich mit folgender Rede an die Beamten inallirt habe:

„Indem ich meine neue dienstliche Stellung übernehme, in welcher ich Ihre Arbeiten zu leiten haben werde, halte ich es für meine Pflicht, Sie mit meinen Grundfäden und meinem politischen Glaubensbekenntniß bekannt zu machen. Ich zeige Ihnen an, daß alle diejenigen unter Ihnen, welche religiös vor dem Angesicht Gottes und gewissenhaft und mit unerfälschlicher Treue gegen Thron und Monarchen, mit voller Genauigkeit die Pflichten ihres Amtes erfüllen werden, in mir einen wohlwollenden und ihr Verdienst schätzenden Vorstand finden werden. Diejenigen aber, welche uneingebend der Heiligkeit ihres auf Treue gegen den Thron geleisteten Eides auf entgegengelegtem Wege vorgehen wollten, werden meine Mitarbeiter nicht bleiben können.“

Diese Rede, meint der „Dziennik“, bedarf keines Commentars. — Das Czart'sche Haus, in dessen Räumlichkeiten verschiedene Waffen, Uniformen für Insurgenten und revolutionäre Schriften gefunden worden sind, ist auf Entscheidung des Statthalters zu militärischen Zwecken confiscirt worden. Die Mobilien des Eigenthümers werden durch Licitation verkauft; die Miether müssen binnen sechs Tagen ausziehen. — Um den schlechten Eindruck, den die Judenverfolgungen durch die Polizeihandlungen gemacht haben, wo möglich zu verwischen, macht die Polizeibehörde heute bekannt, daß zwar Befehl gegeben worden ist, darüber zu wachen, daß die israelitischen Einwohner in ihrer Tracht den bestehenden Bestimmungen sich unterwerfen, andererseits aber die Executivpolizei zu keinerlei Gewaltthätigkeit das Recht habe, vielmehr für solche zur Verantwortung zu ziehen sei. — In der vergangenen Nacht haben wieder zahlreiche Verhaftungen, namentlich auch von Eisenbahnbeamten, stattgefunden. Aufsehen erregt auch ein Befehl der Regierung an die Geistlichkeit der mit Röstern verbundenen Kreuzkirche und Bernhardinerkirche, ihre Wohnungen zu räumen, indem in den Lokalitäten Gefängnisse eingerichtet werden sollen. Auch soll der Rayon der Citadelle, der erst während des Krimkrieges so bedeutend ausgedehnt wurde, daß an dreihundert Häuser abgetragen werden mußten, aufs neue erweitert und die Stadt wieder um eine beträchtliche Anzahl von Häusern verkleinert werden. Alle diese Maßregeln können nur dazu beitragen, der Aufregung und Mißstimmung immer neue Nahrung zuzuführen.

Auf Befehl des Statthalters Grafen Berg wurde der Gutbesitzerin Starzynska wegen Besizes revolutionärer Druckschriften eine Geldstrafe von 2000 Rubel auferlegt, die später auf 1000 vermindert wurde. Die „Schwila“ berichtet, daß der eigentliche Strafgrund der war, daß diese Gutbesitzerin auf ihrer Besitzung ein Spital für verwundete Insurgenten errichtet hatte, von dem die Russen erst jetzt Notiz nahmen. Der Milderungsgrund, weshalb die Strafe herabgesetzt wurde, war der, daß Frau Starzynska sich auf Einladung des Generals Trepow bereit finden ließ, den Ball beim Statthalter zu besuchen!

Die „Danz. Btg.“ erfährt, daß die Russen eifrig beschäftigt sind, an den Eisenbahn-Stationen von Warschau bis zur westpreussischen Grenze sehr feste Baracken für das Militär herzustellen. Die Stationen sind bereits mit Militär besetzt.

Schlesischer Nouvelles-Courier.

— Breslau, 17. Februar. [Kriegsberichterstattung.] Dem Vernehmen nach ist durch Cabinets-Ordre vom 15. d. M. die Augmentation sämtlicher Infanterie-Regimenter des 6. Armee-corps durch Einziehung der Reservisten auf die Stärke von 802 Köpfen per Bat. so wie die des 2. Schlef. Jäger-Bat. Nr. 6 auf eine gleiche Stärke, und außerdem die der 3. Fuß-Abthl. der Schlef. Art.-Brig. Nr. 6 (in Schweidnitz) angeordnet worden und dieser Befehl heute Vormittag hier telegraphisch eingegangen. Die Truppen bleiben einstweilen kriegsbereit in ihren Garnisonen stehen. Innerhalb acht Tagen werden somit die Regimenter auf die vorgedachte Stärke gebracht sein. Die hiesige Stadt wird allerdings nun wieder mit Einquartierung sehr stark belegt werden, einmal, weil die hiesige Garnison durch die beschlossene Kriegsbereitschaft um etwa 1800 Mann verstärkt wird, und andererseits massenhafte Durchzüge von Reservisten stattfinden werden, die größtentheils hier zum Einquartieren gelangen. Die Ordonnanzwirthschaften dürfen daher jetzt für den Ausfall, den sie den ganzen letzten Sommer über gehabt haben, wieder reichlich entschädigt werden.

* Der Vorstand des Vereins für Schleswig-Holstein in Breslau hat beschlossen, auch Sammlungen für die in Schleswig Verwundeten und die Hinterbliebenen der Gefallenen in seine Hand zu nehmen, und zu diesem Zwecke aus den vorhandenen Mitteln vorstufweise sofort 500 Thlr. zu verwenden.

— Breslau, 17. Febr. [Verhaftung.] Eine gestern in hiesigen höheren Beamtenkreisen vorgekommene Verhaftung hat nicht verfehlt, großes Aufsehen zu machen, zumal der von dieser unerwarteten Maßregel Betroffene, der Stationsvorstand G., ein wegen seines Charakters wie seiner Diensttreue gleich allgemein geachteter Mann ist, dem man bis jetzt nach keiner Seite hin einen Vorwurf machen konnte. Es hatte vor etwa 8 Tagen plötzlich bei ihm eine polizeiliche Haussuchung, bei welcher neben einem Criminal-Commissarius auch mehrere Polizeibeamte thätig waren, angeblich auf Veranlassung der Warschauer Polizeibehörde stattgefunden, wobei diese den Namen des Verdächtigen, der beschuldigt wurde, Mitglied des geheimen polnischen Nationalcomités zu sein, zwar nicht nannte, aber seine Person unter Angabe noch anderer Umstände so genau beschrieb, daß es eben nur der betreffende Beamte sein konnte. Diese Haussuchung wurde mit einer solchen Genauigkeit vorgenommen, daß selbst die Kohlenvorräthe auf dem Boden zur Federhake kamen. Anscheinend war die Maßregel indeß von keinem Erfolg begleitet, da der davon Betroffene auf freiem Fuße und im Amte blieb, obgleich mehrere bei ihm vorgefundene Briefschaften mit Beschlag belegt wurden. Die Durchsicht derselben muß indeß doch in irgend einer Beziehung gravirende Momente zu einer Untersuchung gegen ihn dargeboten haben, denn gestern Abend erschien plötzlich ein Criminalbeamter in seiner Wohnung auf dem Centralbahnhofe und erklärte ihn für verhaftet. Beide begaben sich hierauf zu dem ersten Vorgesetzten, welchem der Beamte wegen der nöthigen Vertretung des Verdähten von dem Vorfall Anzeige machte, worauf der letztere nach dem Bahnhofe geschafft wurde und schon mit dem gemäßigten Märkischen Zuge um 7 1/2 Uhr die unwillkürliche Reise nach Berlin unter entsprechender Begleitung antrat. Mit großer Mühe erhielt er noch die Erlaubniß, daß

seine Frau, die vor Schreck fast zusammensank, ihn bis auf den Bahnhof begleiten durfte. Wie es heißt, wird Herr G. beschuldigt, die Absendung größerer Waffenvorräthe nach Warschau begünstigt zu haben. Öffentlich wird es dem Angeklagten gelingen, seine Unschuld in recht überzeugender Weise darzulegen.

* [Stadtverordneten-Versammlung.] Für die Donnerstag, 18. Febr. stattfindende Sitzung stehen u. A. folgende Vorlagen auf der Tagesordnung: Commissionenberichte über den Plan zur Erbauung eines Schulhauses auf der Area der abzubrennenden Häuser Minoritenhof 1, 2, 3 und Dorothien-gasse 4 und über die Bewilligung der Anschlagssumme von 28,000 Thlr. — Desgl. über die Bewilligung von 1500 Thlr. aus dem Marktfond pro 1864 an den Zucht-viehmarkt-Verein zur Herstellung und Vermehrung der Standhüllen für das aufzustellende Zuchtvieh, Ueberlassung des Marktplatzes zur Abhaltung des Zuchtviehmarktes am 9. Mai 1864 und Gewährung des vorhandenen Bau-Materials zur Errichtung von bedachten Markträumen.

[Österreichische Truppentransporte.] Das Feldspital Nr. 9 kommt morgen Nachmittag um 4 Uhr 43 M. in der Stärke von 151 Mann und 17 Fahrz. aus Wien hier an und rückt Abends um 10 Uhr 20 M. wieder ab. Außer morgen treffen auch am 22. d. M. wieder österreichische Truppen aus Wien hier ein und zwar kommt am letzten Tage ein Ergänzungstransport von 1 Off. 94 M. für das 9. Jäger-Bat., welches befallentlich so sehr geübt hat, hier ein und wird am 23. d. M. 7 Uhr 45 M. früh per Eisenbahn weiter befördert werden.

[Österreichische Verwundete.] Mit dem gestrigen Tagespersonen-zuge der Niederösterreichischen Bahn trafen zwei österreichische verwundete Offiziere hier ein, welche übernatürlich und heute ihre Reise mit dem Wiener Schnellzuge fortsetzten. Der eine, ein Hauptmann, vermochte sich nur mittelst Krücken und mit Hilfe seiner Burden fortzubewegen, da ihm eine feindliche Kugel den Schenkel erschmettert hatte und er daher nur den einen Fuß ge-brauchen konnte, während der andere immer in der Schwebe gehalten werden mußte. Nur ein Zufall hatte ihm das Leben gerettet. Die Kugel war näm-lich von der Tafel, die über seine Schulter herabhing, abgeprallt und hatte den Schenkel getroffen, während sie sonst unschlarbar das Herz durchbohrt haben würde. Der andere Offizier hatte einen Schuß in den Arm erhalten und trug denselben in einer Binde. Beide Herren reisten in einem Waggon II. Klasse allein, während ihre Burden in einem Wagen III. Klasse placirt waren. Auf allen Zwischenstationen fanden die Verwundeten die lebhafteste Theilnahme.

[Doppelte Decoration.] Die Mannschaften, welche geübt mit den von den Oesterreichern erbeuteten dänischen Geväusern unsere Stadt passirten, waren größtentheils nicht allein mit der österreichischen Medaille für Tapfer-keit, sondern auch mit dem preussischen Militärverdienstkreuz decorirt.

[Neue Postverbindungen in Schleswig.] Es ist in öffentlichen Blättern schon wiederholt mitgeteilt worden, daß in Schleswig von preussischer Seite geordnete Postverbindungen zwischen den einzelnen Städten, welche die Eisenbahn nicht berührt, hergestellt werden sollen. Da zu diesem Zwecke auch die Requisition einer Anzahl preussischer Postbeamten notwendig wird, welche nach dem Muster des preussischen Postdienstes den Betrieb zu versehen haben werden, so sind dem Vernehmen nach die tgl. Ober-Post-Direction von dem General-Post-Amt in Berlin aufgefordert worden, einzelne taugliche Beamte zur momentanen Ueberredung nach Schleswig vorzuschlagen, was denn vermuth-lich auch geschehen ist. Wenigstens ist gestern früh bereits ein Postsecretär aus Delz in dieser Angelegenheit über Breslau nach Berlin gereist. Die betreffenden Beamten sollen 3 Thaler Diäten erhalten. Dem Vernehmen nach sollen in Schleswig eine Ober-Post-Direction und in den anderen größeren Städten des Herzogthums Postämter eingerichtet werden, bei denen ein preussischer Ober-Postsecretär als Amtsvorstand fungiren soll. Außerdem wird bei jedem Post-Amt noch ein preussischer Postsecretär interimistische Beschäftigung finden.

n. Löwenberg, 16. Februar. Zur Feier des heutigen 64. Geburtstages Sr. Hoheit des Fürsten von Hohenzollern-Hechingen wehten vom alterthüm-lichen Rathshaus herab schwarz-weiße Fahnen, Morgens 7 Uhr erklang feier-liche Choralmusik von derselben Höhe herab; um 9 Uhr wurde ein feierliches Hochamt in der katholischen Pfarrkirche celebrirt und Abends fand auf dem Marktplatz und einigen Hauptstraßen Illumination statt. Allgemeines Be-zaubern erregt die anhaltende Krankheit des Fürsten; auch haben bereits seit 4 Wochen keine Hofconcerte stattgefunden. — Das hiesige Stadtverordneten-Collegium hat die Einrichtung einer Gas-Anstalt vor dem Laubener Thore, unfern der Promenade, beschlossen. Der Kostenanschlag beläuft sich auf über 20,000 Thaler; die Eröffnung soll bald nach Michaelis d. Z. erfolgen. — In Deutmannsdorf unter dem Größberge, zur 1. Diöcese Bunzlau gehörig, erfolgte am vorgestrigen Sonntage die feierliche Installation des neuen Pastors Ueber-schar, eines Sohnes des im Nachbarorte Wilhelmstorf fungirenden Geistlichen. — Die öffentlichen Aufforderungen zu Liebespenden für die Mann-schaften des hiesigen, zur Zeit in Kempten an der Posenischen Grenze cantonnirten Jäger-Bataillons haben günstige Resultate ergeben. Es sind bis jetzt an Geld 115 Thlr., an Kleidungsgegenständen 29 Paar Socken, 36 Paar Pul-s-wärmer, 24 Paar Unterbekleider u. s. w. eingegangen.

B. Jauer, 17. Februar. Am 11. d. Mts. hatte der hiesige unter Lei-tung des Cantor Fischer stehende Gesangsverein ein Concert, das zweite in diesem Winter veranstaltet, welches sich eines sehr zahlreichen Besuches und unge-theilten Aufmerksams zu erfreuen hatte. — Endlich wird die Bahnhofstraße, d. h. der chauffirte Weg zwischen der Stadt und dem Bahnhof mit Häusern bebaut werden, zu denen bereits die Erdarbeiten in Angriff genommen sind. Ein Speculant aus Breslau hat 4 Morgen Ackerland, an der Straße gelegen, angekauft und für den Morgen 1000 Thlr. gezahlt. Zunächst soll ein Hotel erster Klasse errichtet werden. Hierbei können wir nicht unterlassen, unsem städtischen Behörden den allgemeinen Wunsch ans Herz zu legen, es möchte, ehe es zu spät wird, auf der zu bebauenden Seite der Straße ein eben solcher Weg für Fußgänger, wie er sich auf der gegenüber liegenden Seite befindet, angelegt werden. Unzweifel-haft wird binnen kurzer Zeit dort eine ganze Häuserreihe entstehen, und es würde alsdann zu der gewöhnlichen Anlage zu spät sein, dieselbe wenigstens zu kostspielig werden. — Behufs Errichtung einer höheren Lehranstalt hat sich eine Commission gebildet; möchte sie recht bald Lebenszeichen von sich geben.

X. Briesg, 15. Februar. Durch eine Einladung des Vorstandes des Wahl-vereins für Briesg-Obbau waren auf gestern Nachmittag die Wahlmänner beider Kreise und die Mitglieder des Wahlvereins zu einer Versammlung berufen worden, um die Berichte ihrer Abgeordneten entgegen zu nehmen. Dicht gefüllt war der große Saal des Schauspielhauses und dessen Galerien, wohl hundert-wei Personen, großentheils auch entfernt wohnende Landleute, mochten anwe-sen sein. Unsere beiden Abgeordneten, Bau-Inspector Hoffmann und Haupt-mann v. d. Leeden, wurden mit Jubel empfangen. Letzterer schilderte in längerer, sehr klarer Rede das ganze Verhältnis und den Zwiepunkt zwischen der Landesvertretung und der Staatsregierung, indem er namentlich die un-klare auswärtige Politik der letztern und die deshalb erfolgte Ablehnung des verlangten Credits, sowie die immer noch nicht erfolgte, von der Landesver-tretung beharrlich verlangte gesetzliche Regulirung der Militär-Organisation und die deshalb auf Grund des Artikel 99 der Verfassungs-Urkunde vermie-gerte Bewilligung der hierfür im Budget ausgeworfenen Summen hervorhob. Nichts diesem Vortrage, der unsere Lage allerdings etwas trübe erscheinen ließ, übri-gens mit vielem Beifall aufgenommen wurde, sprach Bau-Inspector Hoff-mann: Er könne die Lage des Landes nicht so trübselig ansehen; wir befinden uns immer noch in den Verhältnissen unserer Verfassungsgeschichte; treues Fest-halten an unserm Staatsgrundgesetze, der Verfassungs-Urkunde, sei Pflicht jedes Staatsbürgers, sie dringe immer tiefer in die Volksschichten ein, und werde, wenn man auf dem gesetzlichen Wege fortschreite, endlich, wenn auch erst nach Jahren, das Ziel eines verfassungsmäßigen Zustandes erreichen lassen. Nach einer von Dr. Basselt vorgebrachten und formulirten Resolution wurde beiden Abgeordneten von den Anwesenden einstimmig der Dank des Wahlkreises ausgesprochen, worauf aus der Mitte der Versammlung und von allen Seiten wiederholend unsere verehrten Abgeordneten ein volltönendes „Hoch“ darge-bracht wurde.

H. Leobtschütz, 16. Februar. [Städtischer Verwaltungs-Bericht.] Dem seit 1857 eingeführten üblichen Gebrauch, die alljährlich dem Stadtver-ordneten-Collegium vorzutragenden Verwaltungsberichte über die städtischen Ange-legenheiten durch den Druck zu veröffentlichen, ist bisher mit d. r. größten Sorg-falt Rechnung getragen worden. Der neueste uns vorliegende Bericht, welcher, da im vorigen Jahre eine längere Krankheit den Chef der Verwaltung an der Ausarbeitung verhindert hatte, den Zeitraum von 1861 bis 1862.63 umfaßt, giebt uns eine klare Uebersicht über alle die hiesige Gemeinde-Verwaltung be-treffenden Angelegenheiten und beweis von Neuem, wie sehr die Verwaltung nach allen Richtungen hin bemüht ist, ohne den Stand der Finanzen zu ge-fährden, dem Emporblühen der Stadt förderlich zu sein. Daß trotzdem noch Vieles zu thun übrig bleibt, liegt in der Natur der Sache. — Worauf aber zunächst das Hauptaugenmerk zu richten sein wird, ist die Gasbe-leuchtung, welche zu den dringenden Bedürfnissen unserer Stadt gehört und auf welche hinzuweisen wir bei Besprechung des Verwaltungsberichts für unsere erste Pflicht halten. Es wäre nimmer wohl an der Zeit, diese bren-nende Frage zur Sitzung zu bringen. — Dem Bericht ist diesmal eine kurze Geschichte unseres Ortes vorausgeschickt, die uns belehrt, daß die Stadt, deren Name wahrscheinlich aus „Hub“, „Lannereid“ (von dem in der Nähe befindlichen Stadtwalde entstehend ist, ein hohes Alter aufzuweisen hat und bereits um das Jahr 1000 Stadtrechte besessen haben soll. Was die Fortverwaltung betrifft,

so entnehmen wir daraus, daß trotz der billigen Preise und des großen Ver-brauchs an Kohlen, die Postkassen keinen Schaden gelitten hat, da die Ver-waltung bei den ungedächlichen zahlreichen Neubauten einen bei weitem größeren Absatz von Bauholz zu erzielen mußte. Dem Rathhausbau ist eine sehr aus-führliche Beschreibung genötigt, aus der wir u. A. erfahren, daß bei der Grundsteinlegung am 5. Mai 1863 unter dem ersten jüdischen Meister in zwei Glas-gefäßen eine den Bau betreffende Denkschrift, eine Photographie und die Grund-rißzeichnungen des abgetragenen Rathhauses, die Verwaltungsberichte von 1857 ab und eine Krönungs-Medaille eingemauert worden sind. Zur Befreiung der Baukosten sind bis jetzt aus dem Reservefond 11,600 Thlr. in Rentenbriefen verwendet, und für die in diesem Jahre bevorstehende Vollendung abermals 12,000 Thlr. im Etat angelegt worden, so daß zu hoffen steht, daß im künftigen Herbst das neue Stadthaus seiner Bestimmung überwießen sein wird. An Privatbauten ist das vergangene Jahr sehr reich gewesen. — Wie viel die Stadt für Armen-wohlfahrt veranlagt, geht am besten aus den nicht geringen Summen hervor, welche allein für Medicamente an arme Kranke gezahlt werden. So zahlte dafür die Kämmererkasse 1861 314 Thlr., 1862 310 Thlr. und außerdem einen Zuschuß an die Krankenkassafonds von 409 Thlr. pro 1861 und 415 Thlr. für 1862. Neben dem für das Krankenhaus und Hospital angestellten Arzt, Dr. Altscher, versehen noch zwei Aerzte, Kreis-Physikus Dr. Knop und Dr. Hollender, armenärztliche Functionen. — Zu den bisherigen 10 milden Stiftungen ist eine neue hinzugekommen: die Beihelme Juliusrath Adlers'sche Armenstiftung mit 1000 Thlr. Capital, dessen Zinsen am Todestage des Stifters an arme Beneficiatinnen ausgetheilt werden. — Die Finanzen der Stadt sind gut bestellt, und der kostspielige Rathhausbau hat keine Erhöhung der Com-munalsteuer nöthig gemacht. — Schließlich führen wir an, daß der Etat pro 1864 dem pro 1863 so ziemlich gleichkommt und in Einnahme und Ausgabe die Summe von 88,480 Thlr. erreicht. — Dem Herrn Berichterstatter gebührt für seine Mühewaltung der Dank der Stadt, den wir hiermit auszusprechen uns gebungen fühlen.

[Notizen aus der Provinz.] Glogau, 15. Febr. Am Sonntag begaben sich 2 Knaben in der Nähe des Schützenhauses auf das Eis; da dasselbe bereits mürbe war, brachen beide ein, der eine, noch in der Nähe des Ufers, konnte sich selbst retten, der andere, welcher bereits weiter vorwärts gegangen war, verschwand. Auf das Hülfserufen eilten zwei Schüler des katholischen Gymnasiums herbei und dem einen gelang es, mit eigener Lebens-gefahr den versinkenden Knaben am Arme zu fassen und zu retten. Er wurde in das Schützenhaus gebracht, wobei der Pächter desselben, Herr Gragt, ihn entkleiden und in ein erärmtes Bett bringen ließ. Um den durchdringten Ketter des Knaben kümmerte sich Niemand, auch war es nicht möglich, seinen Namen zu erfahren.

V. Keutchen, 15. Febr. Heute feierten in unserem Dorfe zwei greise Ehepaare ihre goldene Hochzeit. Unter großer Theilnahme der Bewohner des Ortes und der Umgegend wurde das eine Bornittags in der katholischen Kirche, das andere Nachmittags im evangelischen Gottesdienste eingeleitet. Es waren die Gutsbesitzer Speer'schen Eheleute und der ehemalige Gerichtschreibersohn A. J. mit seiner Ehefrau. Beide Jubelpaare erzeuften sich der allgemeinsten Verehrung und Liebe; die Jubelredner haben im Laufe der Zeit verschiedene Ehrenämter in der Gemeinde mit Gewissenhaftigkeit und Treue verwaltet. Beide Paare erhielten von J. Maj. der Königin Wittve ein Anbuchsband, resp. eine Bibel zum Andenken an diesen Ehrentag. — Am Freitag früh brannte in Gosendorf aus noch unermittelten Ursachen die Stelle des dortigen Tischlermeisters ab.

Sörlik. Die Oberlausitzische Gesellschaft der Wissenschaften wird am 18. d. M. den 300jährigen Geburtstag Galilei's öffentlich durch Neben und Gesänge feiern.

[Der Stadthaushaltsetat von Sörlik.] Der „Wiss. Ztg.“ wird aus Sörlik vom 15. Febr. geschrieben: Der Stadthaushaltsetat von Sörlik gebürt mit zu den größten Stats in Deutschland, wie er denn beispielsweise größer ist, als der von 7 bis 8 souveränen deutschen Staaten. Da nun aber sehr geringe Communalsteuern gezahlt werden, so ist auswärts der Glaube verbreitet, daß Sörlik die reichste oder doch eine der reichsten Städte der Mon-archie sei, was freilich das Mäthel noch immer nicht löst, wie eine Stadt von noch nicht ganz 30,000 Einwohnern zu einer jährlichen Einnahme und Aus-gabe von mehr als einer halben Million kommt, wenn man nicht annimmt, daß jährlich große Summen zurückgelegt werden. Erst eine Einsicht in den Etat giebt darüber Aufschluß, denn man ersieht daraus, daß außer der Auf-nahme von durchlaufenden Geldern in den Etat und der großen Vielseitigkeit unserer städtischen Verwaltung auch die Art der Buchführung dem Etat diese außerordentliche Höhe verleiht. So ist z. B. die Verwaltung der städtischen Forsten von der der Holzhöfe getrennt, und die Commune, welche das Holz aus ihren eigenen Forsten für die Holzhöfe ankauft, figurirt in dem Etat zuerst als Verkäufer in der Forst-Verwaltung und dann als Käufer in der Holzhofverwaltung, in deren Etat die bei dem Verkauf an Private gelöste Summe für das Holz nun nochmals bezeichnet ist. Aber selbst wenn man mit Berücksichtigung dieses Buchführungs-Grundfahes eine Reducion des Stats vornimmt, behält er immer noch eine respectable Höhe. Für dies Jahr schließt er in Einnahme und Ausgabe mit 591,856 Thlr. 23 Sgr. 5 Pf. ab, und zwar bei der Kämmererkasse mit 464,097 Thlr. 5 Sgr., bei der städtischen Institutenkasse mit 118,068 Thlr. 21 Sgr. 6 Pf., und bei der magistratualischen Institutenkasse, deren Verwaltung ohne Zuziehung der Stadtverordneten-Versammlung erfolgt, mit 9690 Thlr. 26 Sgr. 11 Pf. Die Unterrichts-Anstalten fordern bei einer Gesamtausgabe von 46,960 Thlr. einen Zuschuß von 22,996 Thlr., das Armenwesen bei einer Gesamtausgabe von 32,740 Thlr. einen Zuschuß von 16,995 Thlr. Ohne den außerordent-lichen Etat, welcher die in früheren Stats zur Disposition gestellten, aber noch nicht verausgabten Beträge und verschiedene Summen für Bau-ten, Erweiterung von Betriebs-Anstalten ic. enthält, schloße der Etat mit einem Ueberschusse von 10,529 Thaler; mit dem außerordentlichen Etat aber mit einem Deficit von 14,344 Thalern, das aus dem Dispositionsfond resp. den Kassendebänden der Vorjahre zu decken ist, wenn nicht, wie meist bisher, die rechnungsmäßigen Ueberschüsse auch zur Deduction der außerordentlichen Ausgaben noch hinreichen. — Bemerkenswerth ist in dem diesjährigen Etat die bedeutende Erhöhung der zur Ver-schönerung der Stadt und ihrer Umgebung bestimmten Summen, wofür gegen 6400 Thlr. ausgeworfen sind, und die Erhöhung des Stats der Volksschulen, für die in Folge einer durchgängigen Erhöhung der Gehälter ein Mehrzuschuß von nahe an 3000 Thlr. gegen das Vorjahr notwendig wird. Noch vor acht Jahren betrug der Zuschuß der Kämmerer-Kasse zur Verwaltung der Volksschule 1850 Thlr., während er gegenwärtig 8500 Thlr. beträgt. Bei dem Gym-nasium hat sich in Folge der Verminderung der Lehrerzahl der Zuschuß auf 3445 Thlr. vermindert, gegen 4650 Thlr. im Jahre 1856, wogegen die Zu-schüsse zur Verwaltung der Real- und der höheren Töchterschule, die vor 8 Jahren zusammen 8850 Thlr. betragen, jetzt nach Trennung und Erweiterung beider Anstalten auf 9000 Thlr. veranschlagt sind, also um 1150 Thlr. höher. Zudem bedarf ein einziges industrielles Unternehmen, die städtische Gasanstalt, nicht allein diese Mehrausgaben, sondern liefert sogar einen größeren Ueberschuss, als die gesammten Unterrichts-Anstalten überhaupt an Zuschuß beanspruchen. Ihr Ueberschuss ist für das laufende Jahr — vorausichtlich zu niedrig — auf 26,900 Thlr. veranschlagt, auf nahe an 20,000 Thlr. mehr, als vor 3 Jahren, obwohl eine Erhöhung der Gaspreise nicht stattgefunden hat. Die Verabrengung des ganzen Stats wurde in einer einzigen Sitzung der Stadtverordneten er-ledigt, und es kann als ein Beweis für die Richtigkeit der Vorberatung in der Commission gelten, daß die Versammlung bei der Summe von fast 600,000 Thlr. nur einen einzigen Votum von 10 Thlr. auf 4 Thlr. herabsetzte, im Uebrigen aber sämtliche Anträge der Commission genehmigte.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

Breslau, 17. Februar. [Amlische Producten-Börsen-Bericht.] Rleejaat, rothe, gut behauptet, ord. 9-10 1/2, mittel 11 1/2-12 1/2, fein 12 1/2-13, hochfein 13 1/2-13 3/4. Rleejaat, weiße, unzerändert, ord. 10 1/2 bis 12 1/2, 2000 Pfund etwas fester, vr. Febr. und Februar-März 30 Thlr. Geld, März-April 30 1/2 Thlr. Brief, April-Mai 31 1/2 Thlr. bez. u. Br., Mai-Juni 32 1/2 Thlr. bez. u. Od., Juni-Juli 34 Thlr. Od., 34 1/2 Thlr. Br. — Weizen pr. Februar 47 Thlr. Br. — Gerste pr. Februar 33 Thlr. Br. — Raps pr. Februar 88 Thlr. Od. — Hafer pr. Februar 35 1/2 Thlr. Od., April-Mai 36 1/2 Thlr. Od. — Rüböl Herbst fest, gel. 100 Ctr., loco 10 1/2 Thlr. Br., 10 1/2 Thlr. Od., pr. Februar, Februar-März, März-April u. April-Mai 10 1/2 Thlr. Br., Mai-Juni 10 7/2 Thlr. Br., Juni-Juli 10 1/2 Thlr. Br., Sept. October 11 Thlr. bez. — Spiritus unverändert, gel. 9000 Quart, loco 13 1/2 bis 7 1/2 Thlr. bez., pr. Februar und Februar-März 13 1/2 Thlr. Br. und Od., März-April 13 1/2 Thlr. Br., April-Mai 13 1/2 Thlr. bez., Mai-Juni 13 1/2 Thlr. Od., Juni-Juli 14 1/2 Thlr. Geld, Juli-August 14 1/2 Thlr. Br., August-September 14 1/2 Thlr. Geld, September-October 14 1/2 Thlr. Geld. — Zink 5 1/2 Thlr. bezahlt. Die Börsen-Commission. (Tel.) [Berliner Börse vom 17. Febr.] Angekommen 3 Uhr 50 Min. Staats-Schatzschneide 88 3/4, Prämien-Anleihe 119 3/4, Ruffische Anl. 104 1/4, Schles. Banko. 98 1/4, Oberösl. Lit. A. 146 1/2, Oberösl. Lit. B. —, Freib. 126, Wilhelmsh. 51, Reiffe-Brieger 79 3/4, Tarnowiger 57, Dester. Credit-Actien 75 1/4, Oest. Nat.-Anleihe 66, 1860er Loose 76, 1864er Loose 52 1/2, Oest. Banknoten 83 3/8, Wien

2 Mon. 82 3/4, Darmstädter 83 1/2, Köln-Minden 170 3/4, Fr.-Wilh. Nordb. 56 1/4, Mainz-Ludwigshafen 119 3/4, Italien. Anleihe 67, Genfer Credit-Actien 47 3/4, Commandit-Antheil 94 1/2, Ruffische Banknoten 85 1/8, Hamburg 2 Mon. —, London 3 Mon. —, Paris 2 Mon. —, Fonds matter. (Tel.) Wien, 17. Febr. Credit-Actien 179, 80, 1860er Loose 91, 15. National-Anleihe 78, 90. London 119 00. Günstig. (Tel.) Berlin, 17. Febr. Roggen: Febr. 33 3/4, Frühjahr 33 3/4, Mai-Juni 34 1/2, Spiritus: Febr. 13 3/4, Frühjahr 14 1/2, Mai-Juni 14 1/2, Rüböl: Febr. 10 1/2, Frühjahr 11.

Gesetz. Verfügungen. Entscheidungen.

— Die 6. (Preß-)Deputation des Berliner Criminalgerichts verhandelt am 15ten zwei Preß-Processe. Der erste derselben war gerichtet gegen den Cor-rector Krause und den Intendantur-Secretär A. D. und Schriftsteller Moll. Seit Anfang des J. 1863, so sagt die Anklage, erscheint hieselbst und zwar zuerst 2mal, vom 1. April 1863 aber 3mal wöchentlich die „Berliner liberale Correspondenz.“ Dieselbe wurde bis zum 20. Februar 1863 von dem Angeklagten Krause, seitdem aber vom Angeklagten Moll herausgegeben. Die einzelnen Nummern werden in der Steinbruderei von M. Kretschmar auf lithographischem Wege vervielfältigt und es werden durchschnittlich 110 bis 120 Exemplare einer jeden Nummer gedruckt. Nach dem Pro-ject des Angeklagten Krause war die Correspondenz bestimmt, für den Preis von 4 Thlr. vierteljährlich zweimal wöchentlich auswärtigen Blättern, die nicht in der Lage sind, regelmäßige Berichterstatter und Mitarbeiter sich in Berlin halten zu können, politische Arbeiten und Mittheilungen zur Benutzung für ihr Blatt zu liefern und zu diesem Zwecke jedes bedeutende Ereigniß zu besprechen und jede wichtige Frage eingehend zu behandeln, und zwar im Sinne der Fortschrittspartei, aus welcher eine Reihe von hervorragenden Mitgliedern Mitarbeiter sind. In der Nr. 157 der „National-Ztg.“ vom 5. April v. J. befindet sich aber eine Anzeige, in welcher ohne jede Beschränkung zum Abonne-ment der qu. Correspondenz aufgefodert und gesagt wird, daß die Abonnements-preis vierteljährlich 6 Thlr. betrage. Zu der That ist die „Berliner liberale Correspondenz“ nicht lediglich an Zeitungs-Redactoren, sondern auch vielfach an Privatpersonen abgelassen worden. Ganz dem am besten Programmen gemäß hat die Correspondenz in den bisher erschienenen Nummern nicht nur politische Tagesneuigkeiten gebracht und besprochen, sondern auch politische Leitartikel gebracht. Dieselbe ist daher nach den §§ 11 und 17 des Preßgesetzes eine cautionspflichtige Ztg., und da für dieselbe die gesetzliche Caution nicht be-stellt worden ist, so sind die beiden Angeklagten nach § 42 des Preßgesetzes strafbar. — In der Nr. 12 der „Correspondenz“ vom 14. Februar v. J. be-sindelt sich ein Leitartikel mit der Ueberschrift: „Das Ministerium und die Be-amten in der Kammer“, welcher den damals von dem Staats-Ministerium bei den Kammern eingebrachten Gesetzentwurf über die Diäten der Abgeordneten bespricht. In diesem Artikel fand die Staats-Anwaltschaft eine Beleidigung des Staats-Ministeriums. Der Angeklagte Krause hat zuerst angegeben, daß er die ganze Nummer 12 der „Correspondenz“ verfaßt habe, während er bei einer späteren Vernehmung behauptet hat, daß entweder der Stadtrath Kunge oder der Dr. Böme Verfasser des Leitartikels sei, gleichgültig aber zugeben hat, daß er sämtliche Artikel der „Correspondenz“ bezüßs deren Vervielfältigung mit gemeinlicher Dinte abgeschrieben habe. Hieraus folgt die Anklage, daß er den incriminirten Artikel mit Kenntniß seines Inhalts habe eruden lassen. Es ist deshalb gegen Krause und Moll die Anklage wegen Herausgabe einer cau-tionspflichtigen Zeitung vor Bestellung der Caution und gegen Krause außer-dem die Anklage wegen Beleidigung der Mitglieder des Staats-Ministeriums mit Bezug auf deren Beruf erhoben worden. Der Staatsanwalt v. Mörs erklärte, daß der vorliegende Fall ein anderer sei, wie er bei der Kammer-Correspon-denz des Dr. Frese vorgelegen, da es hier feststehe, daß die „Berliner liberale Correspondenz“ auch an Privatpersonen verlaßt worden sei. Demnach aber erachtete er die Sache, so weit sie die unterlassene Cautionshaltung betreffe, hinsichtlich des Angeklagten Krause für verjährt, während er ferner ansah, daß wegen des incriminirten Leitartikels bereits bei einem anderen Gerichts-hofe ein Verfahren eingeleitet sei und er deshalb hier die Aufhebung der An-klage beantrage. Gegen Moll hielt er dagegen die Anklage aufrecht und bean-tragte dessen Verurteilung. Der Verteidiger, Rechtsanwalt v. Wald, verlaßt sich nächst ein an den Angeklagten Moll gerichtetes Schreiben des Polizei-Präsi-diums, worin u. A. gesagt wird: „Die Frage, ob die sogenannten lithogra-phirten Correspondenzen nach § 14 u. 5 des Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 als selbständige, zur Veröffentlichung gelangte periodische Druckschriften anzu-sehen seien oder nicht, ist bisher von den Gerichten verschiedentlich aufgefaßt und zur Entscheidung des höchsten Gerichtshofes noch nicht gebracht worden. Das Polizei-Präsidium hat gleich wie der Staatsanwalt die erstgedachte Ansicht ver-treten, von der praktischen Durchführung jedoch seit dem, in der Untersuchungs-sache wider Dr. Frese ergangenen Erkenntniß Abstand genommen. Bei der erheblichen Bedeutung dieser Frage kann es jedoch nicht umhin, auf deren Ent-scheidung zurückzukommen und mit der künftigen Staatsanwaltschaft dahin sich in Verbindung zu setzen, daß dieselbe von Neuem an die Gerichte und zwar durch falls Instanzen gebracht werde. Mit Rücksicht auf die in letzter Zeit geübte Praxis will es jedoch vorher die Herausgeber solcher Correspon-denzen und somit auch Em. u. von diesem Schritte in Kenntniß setzen und erst, wenn binnen vierzehn Tagen von Empfang dieses Schreibens an gerechnet, eine Erfüllung der gesetzlichen Vorschriften nicht eingetreten sein sollte, an die künftige Staats-Anwaltschaft mit Bezug auf die Strafbestim-mungen der §§ 39-42 des Preßgesetzes sich wenden.“ Der Verthei-diger hob hervor, daß dieses Schreiben die eigentliche Rechtsfrage zum Austrag gebracht wissen wolle. Im vorliegenden Falle würde dies aber nicht möglich sein, weil eine Zeitungs-Annonce erlassen und die Correspondenz auch an Privatpersonen übergeben worden sei. Wenigleich nun auch die Anzeige sich lediglich an das ursprüngliche Programm anschließt sollte und die Privat-personen theils Redacteurs, theils Mitarbeiter anderer Zeitungen seien, so sei nur zu wahrscheinlich, daß wegen jener Nebenumstände hier oder in den folgen-den Instanzen ohne Rücksicht auf die Principienfrage eine Beurtheilung erfolgen könne und bleibe deshalb nichts übrig, als sich schuldig zu bekennen und abzurufen, ob und wann einmal diese Frage in ihrer R e i n h e i t zum Austrage komme. — Der Gerichtshof erkannte gegen den Angeklagten Moll auf 20 Thaler Geldbuße und gegen K r a u s e dem obigen Antrage des Staats-anwalts gemäß.

Der zweite Proceß betraf eine Beleidigung des Minister-Präsidenten v. Bismarck. Vor einiger Zeit verbreitete sich befallentlich das Gerücht, daß Herr v. Bismarck auf einer Reise nach Pommern in Belgard von einem De-mocrat in einer Bedürfnisanstalt eingeschlossen worden sei. Die Industrie-bemächtigte sich dieses Gerüchtes und es erschien alsbald eine Photographie, welche den Vorfall, mit dem wohlgetroffenen Portrait des Minister-Präsidenten, bildlich darstellte, versehen mit einem dazu gehörigen Verse. Diese Photogra-phie wurde in vielen Exemplaren verkauft. Nach der Anklage ist der ganze Photographie unterlegte Vorfall erdichtet, und solle nur glauben machen, daß dem Minister-Präsidenten in Bezug auf seine Amtsführung eine verächtliche Behandlung zu Theil geworden sei, die geeignet sei, ihn in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Die Staats-Anwaltschaft fand deshalb auch in der Photo-graphie eine Beleidigung des Minister-Präsidenten. Ueber denselben ist der Kunst-händler Linde, der die Zeichnung entworfen und von dem Photographen Berg-e-mann 1316 Exemplare hat anfertigen lassen. Der Buchbindermeister Erhard hat ein Exemplar der Photographie gekauft und davon durch den Photographen Säu-berlich 600 Exemplare anfertigen und durch den Handelsmann Erhard verlaufen lassen. Diese 5 Personen erklären deshalb unter Anklage der Belei-digung des Minister-Präsidenten resp. der Theilnahme daran vor Gericht. Außer-dem waren die Photographien Bergemann und Säuberlich des Verstoßes gegen § 7 des Preßgesetzes angeklagt, weil die Photographien weder den Namen des Druckers, noch des Verlegers enthielten. Der Gerichtshof verurtheilte die An-geklagten Linde, Bergemann und Buchbindermeister Erhard zu je 3 Wochen, die Angeklagten Handelsmann Erhard und Säuberlich zu je 14 Tagen Gefängnißstrafe, außerdem die Photographen Bergemann und Säu-berlich wegen Verletzung des § 7 des Preßgesetzes zu je 10 Thlr. Geldbuße, event. eine Woche Polizeigefängniß. Der Gerichtshof nahm Amts-beleidigung an, weil der Vorfall, als von Democraten ausgehend dargestellt sei und Herr v. Bismarck sich notorisch zur Aufgabe gestellt habe, die Demokratie zu belästigen.

Bemerktes.

Rüchlich kam, wie die Oberf. Z. erzählt, folgendes drahtische Telegramm unseres Feldmarschalls Wangel in Berlin an: „Entlich der erste Zug an-gelommen — 50 Oeffen sind da! — Man mag wohl Anfangs über die eigentümliche Wichtigkeit, mit welcher der Oberbefehlshaber grade die Ankunft der Oeffen telegraphisch nach Berlin meldet, gelächelt haben; die Sache hat aber auch ihre sehr ernste Seite, denn das Telegramm beweist eben, mit welcher Schnel-hit jenes Verspierungsmaterial an seinem Bestimmungsort bereits erwartet wurde und welchen hohen Werth man auf dessen endliche Ankunft legte.“

Paris, 11. Febr. Der provisorische Ausweis über Frankreichs auswärtigen Handel im Jahre 1863 ist dieser Tage erschienen; er rechtfertigt vollkom-men, was Herr Forcade de la Roquette und andere Vertheiber der handels-freiheitlichen Politik bei der neulichen Kammer-Debatte über den Einfluß dieser Politik auf Frankreichs internationalen Verkehr gesagt. Auch die strengsten Verehrer der veralteten Theorie von der „Handels-Bilanz“ könnten diesmal zufrieden sein, da die Ausfuhr in bedeutend stärkerem Grade als die Einfuhr

genommen und überhaupt die Ziffer der 1863er Ausfuhr französischer Erzeugnisse die aller früheren Jahre weit übersteigt. Von 1926 Millionen im Jahre 1861 hatte sich die Ausfuhr im nachfolgenden Jahre auf 2243 Millionen gehoben. Im Jahre 1863 übersteigt sie merklich die Summe von 2622 Millionen. Das macht gegen 1861 einen Zuwachs von 700 Millionen oder mehr als ein Drittel des damaligen Betrages. Selbst die sanguinischsten Verfechter der Handelsfreiheit hätten einen solchen Aufschwung kaum voraussetzen können, namentlich bei der so unglücklichen allgemeinen Weltlage. Seidenstoffe (376 Mill.), Wolle (283 Mill.), Weine (241 Mill.), Kautschuk (147 Mill.), Rohseide (100 Mill.) und raffinierter Zucker (76 Mill.) liefern die stärksten Contingente zu dieser steigenden Ausfuhr; bemerkenswerth ist, daß auch die Ausfuhr der Baumwollenerzeugnisse sich merklich gehoben und auf 69 Millionen gestiegen. Man schließt schon hieraus, daß die Noth betreffs der Einfuhr des benötigten Rohmaterials geringer geworden; in der That hat sich die Einfuhr von Rohbaumwolle, die von 271 Millionen im Jahre 1861 auf 126,2 Millionen im Jahre 1862 gefallen war, im letztvergangenen Jahre wieder auf 177,2 Millionen Fr. gehoben. Die stärksten Einfuhrquantitäten lieferten, Dank der noch mangelnden Baumwolle, die Rohseide (310 Millionen Fr., gegen 184 Millionen im Jahre 1861) und Rohwolle (240,8 gegen 168 Millionen im Jahre 1861); hingegen hat in Folge der guten Ernte der Bezug auswärtigen Getreides auf 65 Millionen Fr. reducirt werden können (gegen 175,5 und resp. 390,1 Mill. in den beiden Vorjahren). Trotz dieser allerdings bedauerlichen Abnahme von 326 Millionen Fr. auf einen einzigen Artikel bleibt die Gesamtsumme der Einfuhr nur um 74,7 Millionen hinter jener des Jahres 1861 zurück; sie beläuft sich auf 2368 Millionen, was gegen das Vorjahr eine Zunahme von 169 Millionen Fr. ergibt.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 17. Februar, Abends. Der „R. Preuss. Staats-Anzeiger“ demontirt das den Verkauf der Ostbahn betreffende Gerücht. — Dasselbe Blatt berichtet: Nach einer Meldung des Feldmarschalls v. Wrangel befand sich das Hauptquartier am 16ten in Flensburg. Bei der Armee nichts Neues. — Nach der Aussage von dänischen Gefangenen stehen die erste, zweite und ein Theil der dritten dänischen Division auf Alsen. Sechs Bataillone sind in den Düppeler Schanzen. Zwei dänische Bataillone sollen in Friedericia sein und zwei Regimenter noch dahin eingeschifft werden. Die preussische Gardedivision concentrirt sich am 17ten bei Christiansfeld; die Oesterreicher sind gegen Hadersleben, Zegerup und Marstrup vorgerückt. Das preussische Armeecorps setzt seine Operationen gegen die Düppeler Schanzen fort. Das Hauptquartier des Obercommandos ist heute in Christiansfeld. (W. B.)

Hamburg, 17. Februar, Morgens. Die „Hamb. Nachrichten“ enthalten Kopenhagener Briefe vom 12ten, welche den Umschwung der öffentlichen Meinung, betreffend das Aufgeben des Daneriffs, constatiren. Bei der Landung des Generals de Meza ließ sich kein Mißlaut vernehmen. Dagegen herrscht Erbitterung gegen Schweden. Die Kriegsrüstungen dauern fort. Das Kuppelgeschiff Rolf Krake ging nach Alsen ab, um den Uebergang nach der Insel zu hindern. (Wiederholter Abdruck) (Wolff's Tel.-B.)

Altona, 17. Februar. Die Schleswig-Holsteinische Zeitung meldet: Prinz Friedrich Carl empfing gestern die Flensburger Bürgerdeputation. — Graf Revertera sprach sich in Flensburg dahin aus, man würde alle Wünsche der Schleswig-Holsteiner befriedigen; nur könne die Personal-Union mit Dänemark nicht aufgegeben werden. — Flensburger Correspondenzen von gestern Mittags wissen nichts von Kämpfen bei Düppel am 13ten und 14ten. (Wiederholter Abdruck) (Wolff's Tel.-B.)

Flensburg, 16. Febr. Bei dem Abmarsche aus Gravenstein verabschiedete sich Wrangel herzlich von den Spitzen der Bevölkerung; er hoffe baldige Befreiung Schleswigs von den Kriegsnöthen. (Wiederholter Abdruck) (Wolff's Tel.-B.)

London, 17. Febr. Eine hier eingetroffene Kopenhagener Depesche meldet offiziell: Man könne es als sicher betrachten, daß die dänische Regierung den Waffenstillstand auf der Basis der Räumung des Festlandes von Schleswig nicht annehme. Dagegen behauptet dasselbe. (Wiederholter Abdruck) (Wolff's Tel.-B.)

London, 17. Februar. Aus Stockholm wird offiziell hierher berichtet, Schweden habe den Waffenstillstandsantrag nicht unterstügt und die Zurücknahme der November-Verfassung nicht empfohlen. (Wolff's Tel.-B.)

(Tel.) **Kiel, 16. Febr., Nachm.** Die Professoren Rector Plant und Thaulow sind als Beauftragte der Schleswig-holsteinischen Landesuniversität zu den Civilcommissären gerufen. Hier ist weiteres Festlegungsgesuch eingetroffen.

Abendpost.

Aus Holstein, 15. Februar. Vom Kriegsschauplatz melden selbst die Gerüchte nichts Neues, nur versichern alle von daher Zurückkehrenden einstimmig, daß nach den Ausrufungen der Offiziere an Frieden oder Waffenstillstand nicht gedacht werde, bevor auch Düppel und Alsen genommen sei. Das erwidert um so mehr Befriedigung, als Privatbriefe aus Kopenhagen berichten, daß man sich dort so zu sagen zu einem Verzweiflungskampf vorbereite und die Erbitterung gegen Deutschland den höchsten Grad erreicht habe. — Die Vorgänge in Altona werden ruhiger verlaufen, als der Anschein vermuthen ließ, falls nicht von preussischer Seite wieder in scharfer Weise vorgegangen wird. Wenigstens hat, glaubwürdigen Berichten nach, die Concentration der Truppen daselbst nur den Zweck, die Quarantäne factisch unmöglich zu machen. Das Publikum stellt sich im Allgemeinen auf die Seite der Bundeskrieger und findet es sowohl ungehörig der Form nach, als ungerechtfertigt der Sache nach, jetzt nach mehr als vierzehntägiger Kriegsführung und nachdem Schleswig bis über Flensburg hinaus besetzt ist, in so kurz angebundener Weise ein Verlangen zu stellen, das die Lage der Bundeskrieger und namentlich der Truppen noch kränkelnder machen muß. Wenn, fragt man, nimmt Wrangel nicht auch noch Theile von Mecklenburg und Hannover in Anspruch? Von völlig kompetenter Seite wird mitgetheilt, daß die scharfen Formen zum Theil herzuellen seien aus einer zwischen Wrangel und General Halle bestehenden persönlichen Antipathie, welche ihren Ursprung schon aus früherer Zeit herleitet. Ein fernerer Grund, aus dem die Bevölkerung Holsteins dem Verfahren der Bundesautoritäten beitrifft, ist in dem tiefen Mißtrauen gegen Preußens Politik zu suchen, welches auch jetzt noch nach den glänzenden Erfolgen in Schleswig in allen Fortleben, und wie vor wenig Tagen durch die Proclamationen Wrangels und Jeddli's, so jetzt durch diese Sache wieder bedeutend angezogen wird. Wer hier im Lande ist, dem ist es unumstößlicher Glaubenssatz, daß alle Gemeinschaft mit Dänemark gelöst werden muß. Das Band ist zerrissen und kann nicht wieder geknüpft werden. Jeder sieht die Unmöglichkeit der Veröhnung so klar, daß die wenigen Nationalisten völlig isolirt sind. Es sind dies übrigens, abgesehen von den paar Beamten, welche dem dänischen König den Eid geleistet, nur noch einige alte Herren von der Ritterschaft, die sich in jungen Jahren am Königs Hofe zu Kopenhagen oder in Titel und Tadel, und denen ein herzoglicher Hof kein Ersatz ist für das geoffene Ausblühen eines neuen Adelselddarado in Kopenhagen. Diese alte Herren rühren sich indeß nicht, nur ihre — Gattinnen! Glauben Sie mir, ich weiß ganz sicher, daß wenigstens einer der Haupt-Correspondenten des feudalen Berliner Blattes aus Holstein eine hiesige Dame ist, für die der Mensch erst mit dem Adel anfängt. In Schleswig geht es den alten Gang. Herr v. Jeddli glaubt sich umgeben von Landeskindern, wo er mit Männern des

Landes zu thun hat. Da er nicht vorgeht, so geht man ohne ihn vor und mit Ausnahme von Jeddli, wo man seine Anwesenheit achtet und die Beschwerden auch bereits formulirt hat, und Hadersleben, von wo noch die Nachrichten fehlen, sind die Tyrannen verjagt und nur wenn die Fälle weniger eclatant und um des öffentlichen Rechtsgefühl willen dringend sind, wartet man ab, bis die Commissäre zustimmen. Erlass rückt von Holstein nach an Juristen, Geistlichen und Lehrern. Stark beschäftigte Advocaten haben zum Theil ihre Praxis verlassen, um vorläufig in Schleswig ein Amt zu übernehmen. Ich hebe diese Fälle hervor, um der zweifelsohne noch bevorstehenden Verdächtigung entgegenzutreten, es sei nur Eigennutz, was die Männer dahin getrieben.

(B.) **Flensburg, 14. Februar.** Herr Dr. Gustav Rasch ist nicht gestern von hier fortgeschickt, sondern erst heute Nachmittag, nachdem er 48 Stunden im Arrestlokal zugebracht, mit dem Bemerkten entlassen worden, daß er spätestens morgen das Herzogthum Schleswig unter dem Verbot der Rückkehr zu verlassen habe, da die Ruhe des Herzogthums die Anwesenheit einer so prononcierten Persönlichkeit als unstatthaft erscheinen lasse.

In Hadersleben ist gestern Nachm. 2 Uhr, kurz vor Ankunft der preussischen Truppen, Herzog Friedrich VIII. aus dem Södermarkte vor versammeltem Volke durch Hrn. Dr. med. Jansen als Landesherr proclamirt worden. Die beabsichtigte Entfernung der dänischen Beamten unterblieb, um Conflicte mit den ankommenden preussischen Truppen zu vermeiden. Die Officin der „Dannewirt“ ist auf Befehl der preussischen Commandantur versiegelt und das Forterscheinen des Blattes untersagt worden.

Nachstehend schicke ich Ihnen einen sorgfältigen Auszug der Adresse, welche Herrn v. Jeddli von einer Deputation hiesiger Bürger am 9. d. M. überreicht ward.

„Seit 14 Jahren hat das Herzogthum Schleswig und namentlich auch unsere Stadt unter dem härtesten, aller göttlichen und menschlichen Ordnung Feind sprechenden Druck gelitten. Unsere Nationalität wurde mit Füßen getreten, Kirche und Schule wurden verwüthet, das Land in ein Verhältniß herabgedrückt, dem der Colonien zum Mutterlande nicht unähnlich, nur daß die Ausübung der seitens der dänischen Regierung angewandten Gewalt mit einer Härte und Rücksichtslosigkeit geschah, wie sie nur in eroberten Provinzen unter dem Einflusse eines blinden Nationalhasse gefunden wird. — Ob hat das Land gelitten, welches Schleswig-Holstein 400 Jahre lang an Dänemark knüpfte, die hohen Monarchen von Preußen und Oesterreich haben den hochherzigen Entschluß gefaßt, der factisch forstbestehenden Herrschaft des Königs von Dänemark in Schleswig ein Ende zu machen. Schon sind die dänischen Truppen vor den tapfern Armeen der hohen Verbündeten zurückgewichen. Wir haben sie dankerfüllt als unsere Befreier begrüßt, denn wir vertrauen der deutschen Hilfe. Aber die Befreiung ist noch keine vollständige, so lange die Organe unserer bisherigen Bedrückter, so lange die feindlichen Beamten noch ihre Stellung behalten. Die Männer, die sich rüchellos zu Werkzeugen der national-demokratischen Regierung in Kopenhagen hergegeben haben, werden ihren ganzen Einfluß auch fortan offen oder im Geheimen auf dieselben Zwecke richten, sie werden fortfahren, die Feinde des Landes zu sein, sie werden die von der preussischen und österreichischen Regierung eingesetzte Civilverwaltung und die Occupationstruppen als feindliche betrachtet und danach handeln. Diese Beamten sind nothwendig die erbittertesten Feinde jedes deutschen Regiments, und schon die Rücksicht auf die Sicherheit der Occupationstruppen macht die Entfernung derselben unvermeidlich.

„Was nun zunächst unsere Communalverwaltung betrifft, so besitzt keines der Mitglieder des Magistrats das Vertrauen und die Achtung der Einwohner, aus dem einfachen Grunde, weil sie stets nicht für den Nutzen und Wohlthun der Stadt, sondern ausschließlich im Interesse der eiderdänischen Regierungspolitik gewirkt haben. Bei den Wahlen städtischer Deputirten haben sie ihren ganzen Einfluß stets im dänischen Sinne geltend gemacht und haben alle niederen Posten ausschließlich mit geborenen Dänen oder solchen besetzt, bei denen die dänische Gesinnung durch den gewählten Vortheil ertauft werden konnte. Bei dieser, ausschließlich auf die Durchführung von Danisirungsmaßregeln abzielenden Richtung konnte freilich der städtischen Finanzverwaltung nur eine untergeordnete Sorgfalt genöthigt werden. Durch eine eben so sinnlose als unbillige Administration ist die Schuldenlast seit dem Kriege ungeheuer vergrößert und sind die städtischen Steuern um fünfzig Procent erhöht worden. Das Wohl und Interesse unseres städtischen Gemeinwefens erfordert dringend und vor Allem die Entlassung sämtlicher Magistratsmitglieder und die Besetzung der erledigten Stellen durch fähige und deutschgesinnte Männer.

„Entsprechende Uebelstände finden sich im hiesigen Schulwesen vor. Seit dem Kriege sind unsere Schulen nur als Anstalten für die Verbreitung dänischer Gesinnung betrachtet und behandelt worden. So zählt die hiesige Real- und Gelehrtschule jetzt über zwanzig Lehrer, von denen nur drei im Stande sind, den Unterricht deutsch zu erteilen; bei der rein politischen Tendenz dieser Anstalt ist es erklärlich, daß die Kinder religiös und sittlich durchaus vernachlässigt werden. Dennoch sind die meisten Bürger gezwungen, ihre Kinder dorthin zu schicken, weil eine Lehrfreiheit nicht vorhanden ist und mehrere Ansuchen, welche auf Gründung einer Privatschule unter Leitung tüchtiger Lehrer gerichtet waren, bei dem schleswighischen Ministerium erfolglos blieben. Die Befestigung der dänischen Lehrer ist durch alle Rücksichten des Rechts und der Zweckmäßigkeit geboten. Allgemein ist der Unterricht ein so mangelhafter, daß die Kinder im Conformationalter der Regel nach weder des Deutschen noch des Dänischen mächtig sind; die niederen Bürgerschulen, an denen die Unterrichtssprache deutsch ist, sind meistens mit unbrauchbaren Lehrern besetzt oder wenigstens mit unzureichenden Kräften versehen, da man auch hier nur auf dänische Gesinnung Rücksicht genommen hat. Dagegen wurden an den neuen dänischen Schulen, welche man seit dem Kriege an allen Ecken der Stadt errichtete, möglichst tüchtige Dänen angestellt; auch hier stellt sich eine gründliche Reform und Aenderung des Lehrpersonals als nothwendig dar.

„Aber wir uns jetzt zur Betrachtung der kirchlichen Zustände, so zeigt sich ebenfalls nur ein trauriges Bild. Nach dem factisch bestehenden Verfassungsgesetz für das Herzogthum Schleswig von 1854 sollen Schul- und Kirchenprache hier am Orte deutsch sein; dennoch sind in unserer Stadt schon vielfach Prediger zur Wahl gewesen und zum Theil auch gewählt worden, weil die Liste der Candidaten nichts Anderes zuließ, welche der deutschen Sprache nicht mächtig waren, selbst das Vaterunser nicht richtig beten konnten. Auch unsere Prediger hatten keine kirchliche, sondern lediglich eine politische Aufgabe zu lösen, und ihre Amtsführung ist eine diesem Ziele entsprechende gewesen. Wer im Amte verbleiben wollte, mußte der herrschenden Richtung folgen, und so ist es dahin gekommen, daß wir selbst in den Männern, deren Amt die Verwaltung der höchsten und heiligsten Güter umfaßt, nur die Emisäre der dänischen Propaganda erkennen und misachten können.

„Für die Zwecke derselben Propaganda wurde nach dem Kriege eine sogenannte dänische freie Gemeinde gegründet, deren Mitglieder auf jede nur mögliche Weise bevorzugt werden, und auf dieses Privilegium wollen sich mehrere Stadtbewohner dieser Gemeinde beizusetzen. Wie es dem städtischen Bewußtsein widerspricht, daß unter dem Schein kirchlicher Bestrebungen politische Zwecke verfolgt werden, so ist durch dasselbe Bewußtsein die Befestigung dieser Anstalt geboten.

„Bis zum Ende des Krieges hatten die Herzogthümer Schleswig und Holstein eine gemeinsame höchste Instanz, das Ober-Appellationsgericht in Kiel, welchem die Landesobertribunale in Schleswig und Glückstadt untergeordnet waren. Die Herrschaft des Eiderdänismus befechtete für Schleswig so,ort jene dritte Instanz, hob das schleswighische Obergericht auf und errichtete das factisch noch bestehende Appellationsgericht in Flensburg als zweite und letzte Berufungsinstanz. Wiederholt haben die Stände beider Herzogthümer gegen die den Act der Willkür Verwahrung eingelegt, aber diese wie jede andere Beschwerde der Herzogthümer blieb ungehört. Es galt ja für die dänische Regierung auch die Gemeinamkeit des Rechts, welches sich im Verlaufe der Jahrhunderte in Schleswig und Holstein ausgebildet hatte, zu beilegen; es galt, sich der Gerichte zu verschließen, daß sie nicht nach Gesetz und Herkommen, sondern in Gemäßheit des Princips Recht sprächen, doch Schleswig dänisch werden solle. Man wußte keine Leute zu finden, die meisten Mitglieder des Gerichts sind National-Dänen, und nur einer von diesen Lehrern hat der rechtlich noch fortbestehenden Vorchrift genügt, welche die Anstellung in den Herzogthümern von der Voraussetzung eines zwölfjährigen Studiums auf der Landes-Universität in Kiel abhängig macht. Grobe Unwissenheit und Parteilichkeit haben die neue Aera der schleswighischen Justiz charakterisirt, und das Vertrauen der Bevölkerung auf die Gerichte und namentlich auf die höchste Instanz ist in unserer Stadt wie im ganzen Lande vernichtet. Wenn demnach eine durchgreifende Veränderung des Gerichtspersonals im ganzen Lande erforderlich ist, so erscheint zunächst die Entlassung der Mitglieder des Appellationsgerichts und die Constituirung eines neuen Gerichts an dessen Stelle als nothwendig. Wir hegen die zureichende Hoffnung, daß die Wiederherstellung einer für beide Herzogthümer gemeinsamen höchsten Instanz dann nicht auf sich warten lassen wird.“

„Freimüthig und voll Vertrauen haben wir es gewagt, so weit der Raum und die Zeit es uns gestatteten, eine Schilderung der Zustände zu geben, unter denen wir lange Jahre hindurch schwer zu leiden hatten. Wir sind bereit und im Stande, die obigen Angaben zu jeder Zeit zu ergänzen und zu bekräftigen, und geben uns der zureichenden Hoffnung hin, daß die hohe Civilverwaltung unsere dringenden Wünsche nicht unberücksichtigt lassen wird. Es wird an Einfüßerungen und hochhalten Verleumdungen nicht fehlen, welche die Bevölkerung Schleswigs revolutionärer Tendenzen bezüchtigen. Nichts kann unwahrer, nichts kann frecher erfunnen sein. Es giebt, das sagen wir mit geradem Stolz, keinen deutschen Volkstamm, der Recht und Gerechtigkeit höher zu schätzen wüßte, als die Bevölkerung unseres Landes. Die Liebe und das Festhalten an unserem Recht hat man uns zum Verbrechen gemacht und unser Haß und unsere Verachtung trifft nur diejenigen, die jenes Recht tausendfach gebrochen und mit Füßen getreten haben.

„Die Wiederkehr geordneter und geselliger Zustände, die wir unter der vierzehnjährigen Tyrannei der dänischen Demokratie entbehren mußten, diese wünschen, diese fordern wir.“

Der Igl. preussische Civilcommissär hat auf diese Adresse unterm 10. d. M. nachstehende Antwort ertheilt:

„Gn. Wohlgebornen und den übrigen Unterzeichnern der gemeinschaftlichen Eingabe vom 9. d. M. danke ich vorläufig ergebens für das den verbundenen Regierungen und mir als deren Civilcommissär entgegengebrachte Vertrauen, das ich nach seinem vollen Werthe zu würdigen weis und dem ich meinerseits das Vertrauen entgegensetze, daß die Vorstellung aus dem patriotisch erhabenen Interesse für das Wohl des Herzogthums Schleswig hervorgegangen und daß es Ihre Absicht ist, mir die Aufgabe, die Verwaltung den wirklichen Interessen des Herzogthums entsprechend zu leiten, nach Ihren besten Kräften zu erleichtern. Je ernster ich diese Aufgabe auffasse, desto mehr muß ich zunächst durch eigene Prüfung und Anschauung die Ueberzeugungen zu gewinnen suchen, die mein Handeln leiten müssen, und ich darf darauf hoffen, daß das mir abgebotene Vertrauen dadurch nicht Eintrag leiden wird, daß ich den Inhalt Ihrer gemeinsamen Vorstellung derjenigen sorgfältigen Prüfung und Erwägung unterwerfe, den die Wichtigkeit des Gegenstandes erfordert. Flensburg, den 10. Februar 1864. Der Igl. preussische Civilcommissarius, Regierungs-Präsident Hr. v. Jeddli.“

Aus Flensburg in Berlin eingetroffene Nachrichten melden die Erkrankung des Prinzen Friedrich Carl, was auf die Verzögerung der Operationen gegen die Düppeler Schanzen nicht ohne Einfluß sein dürfte. (Direct aus Schleswig hat hierüber nichts verlautet.)

(B.) **Kiel, 15. Febr., Abends.** Heute Nachmittag 4 Uhr wurde der Professor der dänischen Sprache und Literatur an der hiesigen Universität, Moloch, ein geborner Däne, auf militärischem Wege aufgehoben und per Wagen nach Flensburg transportirt. Es sollen unter den Papieren der kürzlich in Schleswig verhafteten Prediger ihn stark compromittirende Documente aufgefunden sein und man erwartet hier, daß in Folge dieser Arrisirung sich andere im Publikum der Spionage verdächtige Personen freiwillig davonmachen werden. Wie man hört, hat das akademische Consistorium der an dasselbe gerichteten Acquisition der Inhabirung des Prof. Moloch keine Folge gegeben, und zwar angeblich aus dem Grunde, weil dem preussischen Militär-Commando die Competenz mangle, auf holsteinischem Gebiete Arrisirungen zu verfügen.

* Aus einem Briefe eines preussischen Cavallerie-Offiziers, Cantonierungs-Quartier Brovelli (oder Brobyll), westlich von Wlans, gegenüber der Fähre nach Alsen, 13. Februar. Nachdem wir durch den überaus anstrengenden forcierten Nachmarsch vom 6/7. d. M. unter vorgedrucktem Ziel erreicht hatten, und mit Tagesanbruch Sonntag den 7. d. unter den nöthigen Sicherheitsmaßregeln in Flensburg eingerückt waren, und mitten in den eben noch abziehenden Feind hineinritten (welche Kühnheit uns hoch anzurechnen wurde, da man für uns fürchtete, weil die österreichischen hiesigen Kampfgenossen nicht gleichzeitig mit uns hätten vorgehen können), blieb ich mit meiner Schwadron mitten in der Stadt, in welcher uns die so sehr nöthige Ruhe für uns und unsere gänzlich erschöpften Pferde gewährt werden sollte. Noch mit der Unterbringung der Schwadron in die Quartiere beschäftigt, langte an demselben Vormittage unser Feldmarschall Hr. von Wrangel mit dem ganzen Hauptquartiere an, und unser Komprim, an der Seite des Heerführers reitend, gab mir bei meiner Meldung mit der hergennüchternen Freundlichkeit seine Freude zu erkennen, die Hiesigen Huzaren schon hier zu sehen. Am Dien wurde bereits wieder der Marsch in die Cantonements bei Glückstadt angetreten, aber schon unterwegs erhielt ich Contreordre, und mußte nach Flensburg zurückkehren, wo uns noch einige Ruhe zu Theil werden sollte, die aber nicht lange dauerte. Am Dien benutzte ich den uns gewährten Nachtag, um nach Döbersee auf das Gefechtsfeld zu reiten. Es sah da bunt aus. Hunderte von Galos, Tornistern, Gesehern, eine Masse todtler Menschen, meistens Oesterreicher, lagen noch da, obgleich schon 48 Stunden seit dem Gefechte vergangen waren. Die Gesallenen waren vom Schnee halb eingeweicht. Da mag mancher Verwundete erstoren sein! Vielen waren die Glieder abgezogen, die Soldaten umgehört, und die Brust entblößt, wo die rauchgrünen Plündernden auf empörende und schamlose Weise nach Geld gesucht haben mochten! Viele Todte lagen noch auf und an der Ghauffe selbst, eben so viel Pferde. Bei der überaus großen Glätte war der Hitt nach Döbersee sehr anstrengend. Raum von diesem Auszuge zurückgekehrt, bekamen noch am Dien, Abend 6 1/2 Uhr, unsere beiden Schwadronen plötzlich den Befehl zum schleunigen Abmarsch, behufs Recognoscirung gegen die Düppeler Schanzen. Es war ein Schneegestöber, und einig kalter schneidender Wind dabei, daß man kein Auge aufmachen konnte; die Pferde sanken oft bis über den Bauch in den Schnee. Trotzdem trauten wir 3 Meilen in einem fort mit einziger Unterbrechung an den Stellen, wo wir uns an der vorwärtsstehenden Infanterie und Artillerie vorbeischießen mußten. Wir kamen bis gegen Mitternacht vor, wo die feindlichen Vorposten standen, die wir gar zu gern angegriffen hätten, weil wir uns alle nach einem solchen Kampfe sehnten, wenn es die uns erteilte Ordre gestattet hätte. In diesem Unwetter hielten wir zu Pferde bis gegen 3 Uhr Morgens, wo ich mit meiner Schwadron nach Mitten ins zurückgehen mußte und in dem dort genommenen Quartier noch eine Streu erlangte. Die erste Schwadron kam auf Vorposten; ich löste sie vorgestern in Albill ab. Leider sind zwei Huzaren der ersten Schwadron gefangen worden. Sie waren als Donnonnen mit einem Adjutanten der Infanterie, Lieutenant v. A., nach Mitternacht geritten. Da brach hinter ihnen aus einem Gebüsch eine dänische Patrouille von sechzehn Dragonern vor. Die Huzaren wollten über einen zugefrorenen Graben springen, stürzten aber beide und wurden dabei gefangen. Oebers der Offizier; dieser hat aber auf dem Transporte einen Revolver herbeigetragen, einen Dänen niedergeschossen, den andern verwundet und der dritte ist davongelaufen, so daß es dem Lieutenant gelungen ist, davonzukommen. Vorgestern Abend wurde ich von Vorposten abgelöst und mußte nach Tambüll in der Gegend von Appenrade marschiren. Gestern Abend ein halb 7 Uhr erhielt ich den Befehl, von dort unverzüglich hierher abzumarschiren. Es war ungeheures Schneegestöber mit Sturm und ich kam daher auch erst Nachts 12 1/2 Uhr ins Quartier; doch sind mir alle guten Muthes, weil wir vor Begierde brennen, uns endlich auch mit dem Feinde messen und gleiche Lorbeeren ernten zu können, wie unsere wackeren österreichischen Kameraden sich bereits erworben haben. Möchte diese unsere Schnelligkeit und Kampfbegierde doch recht bald erfüllt werden, und wir unserem geliebten Corpssführer, Prinzen Friedrich Carl, königl. Hoheit, zeigen können, daß wir seines Vertrauens und Wohlwollens würdig sind. Meine Schwadron liegt eine halbe Meile auseinander auf einzelnen Bauerhöfen, gemeinschaftlich mit Infanterie. Auf unserm Bauerhofe liegen hunderte Mann Infanterie und fünfzig Pferde. Die Stube ist nicht zu heizen, weil es gleich so raucht, daß man darin nicht aushalten kann. Der Fußboden ist von Badsteinen. Für morgen sieht ein neuer tüchtiger Marsch in Aussicht.

Local-Nachrichten.

Breslau, 18. Februar. — [Handwerkerverein.] In der gestrigen Versammlung sprach Herr Bureauvorsteher Simson über Freizügigkeit und kam zu dem Schlusse, daß dieselbe ein nothwendiges Erforderniß für ganz Deutschland sei. Die Freizügigkeit sei durch gefestigte Verhältnisse gewissermaßen bedingt und nur durch sie sei eine gleichmäßige Vertheilung der Geld- und Arbeitskräfte zu ermöglichen. — Nach Beendigung dieses Vortrages veranlaßte eine Frage über das Auswanderungsrecht militärischpflichtiger Personen eine lebhafteste Debatte, an der sich verschiedene Mitglieder beteiligten.

Δ [Schlesisches Central-Bureau für stellensuchende Handlungsgesellschaften.] Nach dem 11. Monatsbericht im 4. Rechnungsjahre sind vom 15. Januar bis 15. Februar 50 Stellensuche und 37 Stellenmeldungen eingegangen. Vermittelt wurden 15 Stellen, davon 6 in Breslau, 2 in Bries und je 1 in Gleiwitz, Gairow, Wittlich, Pargowitz, Reichenbach, Schwedtitz und Streblen. Dadurch fanden 6 Comptoiristen und 9 Expedienten für Waaren-Geschäfte Anstellung. — In den letztvergangenen 11 Monaten wurden 496 Bewerber, 257 Vacanzen und 131 Placements eingetragen. Bewerber und Placements ergeben gegenwärtig einen Procentfuß von 26 1/2.

— [Zur Communication.] Die Bewohner der Paradiesgasse wünschen sehnlichst, es möchte ein gerader Laufweg von der gedachten Straße aus nach

dem Ohlauer Stadtgraben angelegt werden, da sie bis jetzt nur auf Umwegen, die Feldgasse und Klosterstraße entlang, oder durch die Vorwerks- und Bräuerstraße nach dem Stadtgraben gelangen können. Bei der immer mehr zunehmenden Ausdehnung der Stadt muß Alles daran gelegen sein, die kürzesten Passagen zu gewinnen. Es liegt hier ein Bedürfnis vor, dessen Abhilfe, besonders wenn man nasses Wetter, Krankheitsfälle, Epidemien u. in Anschlag bringt, dringend geboten erscheint. Der Verkehr vom Dominikaner-Platz aus nach der Ohle und der äußeren Promenade ist schwerlich größer, als der auf der gedachten Strecke, und doch besteht dort seit Jahren, trotz der Nähe der Dampfbahn am Militärkirchhof, ein Lauffweg. Schon führt ein solcher auch über den Maria-Magdalenen-Kirchhof, der die directe Passage von der Paradiesgasse aus nach dem Ohlauer Stadtgraben vermitteln kann, ohne daß Gräber planirt werden dürften. Wird er nach den Langseiten mit Staketten versehen, so betritt Niemand die Nebengassen, und es ist somit an eine Profanation derselben gar nicht zu denken, die man ja ohnehin auch darin erblicken könnte, daß bei Beerdigungen Leidtragende und sonstige Begleiter beliebig zwischen den Gräbern umherwandeln. Möge man den Steg event. unter den Schutz des Publikums stellen!

* Herr Hoflieferant Albert Fuchs hat in dem Schaufenster seines Magazins, Schweidnitzerstraße Nr. 49, unter andern Novitäten auch eine Festung aufgestellt, deren Figuren, durch eine Spieluhr in Bewegung gesetzt, ein kriegerisches Treiben darstellen. Wie wir vernahmen, hatte ein von einer hiesigen hochgestellten Dame in dem gedachten Laden gekauft und nach Berlin gesandt Puppentheater in der Residenz so vielen Beifall gefunden, daß Ihre Majestät die Königin, für deren Entlein er bestimmt war, Herrn Fuchs zu Ihrem Hoflieferanten ernannt hat.

[Verloren.] Am 14. d. M. Mittags auf der Gartenstraße ein Geldbeutel von braunem Leder, in welchem sich eine preussische Banknote von 25 Thlr., einiges Silbergeld, ein kleiner, trumm gebogener Schlüssel und eine Damen-schneider-Nähmaschine befanden.

[Krause.] Nachdem die Criminalpolizei sich vergeblich bemüht hatte, den am Montag eingekerkerten Sträfling Krause zur Angabe seiner bisherigen Wohnung zu bewegen, deren Durchsuchung man als nothwendig erachtete, wurde er gestern Mittag, geschlossen und unter Begleitung zweier Gendarmen durch verschiedene Straßen der Stadt geführt. Da er vorgegeben hatte, die Lage seines bisherigen Aufenthaltsortes nicht mehr genau zu wissen, so wollte man auf diese Weise seinem Gedächtnisse zu Hülfe kommen. Er führte nun seine Begleiter nach einem Neubau in der Ohlauer Vorstadt und behauptete, dort genächtigt zu haben, was indess wenig wahrscheinlich klingt. Bei der Verhaftung des Verbrechers hatte man bei ihm ein Federmesser, welches der Buchhalter eines Kaufmanns auf der Katharinenstraße, bei welchem bekanntlich in der vergangenen Woche ein Trecher Einbruch erfolgt war, als sein Eigenthum recognoscirt, und außerdem einen Centrumdopfer vorgefunden. Auch über den rechtschönen Erwerb eines Portemonnaies mit 5 Thlr., welches er bei sich trug, vermachte er sich nicht anzuweisen. Während es also feststeht, daß er den Einbruch auf der Katharinenstraße verübt hat, wobei er indess keine Complicen gehabt haben will, bewies ein Theil seiner Kleidung, daß er sich nicht minder an dem mehrfach erwähnten Diebstahl bei einem Arzte auf der Vorwerksstraße theilhaftig hatte. Er trug nämlich einen Rock und ein Hemde, welche zu den dort gestohlenen Gegenständen gehörten. Der Verbrecher will die letzteren trotz ihres bedeutenden Werthes für den geringen Preis von 25 Thlr. an einen jüdischen Handelsmann aus Polen verkauft haben. Die Diebin, in deren Wohnung Krause aufgefunden worden war, befindet sich ebenfalls in Haft.

[Ein Betrüger.] Kürzlich erschien bei einer Familie auf der Paradiesgasse ein Scherenscheißer und bat um Arbeit. Als ihm hierauf eine Rassemühle zum Schärren übergeben wurde, entfernte er sich, kehrte jedoch nicht wieder zurück. Dasselbe wiederholte er auf der Vorwerksstraße, wo er ebenfalls eine Rassemühle entführte. Eine Warnung vor dem Betrüger dürfte daher nicht überflüssig erscheinen.

Verantwortlicher Redacteur: Julius Noack.

Inserate.

Königs- und Verfassungstreuer Verein.

Je ruhmreicher die verbündete Preussische und Oesterreichische Armee in Schlesien kämpft, desto größer ist die Pflicht aller Patrioten, für die verwundeten Krieger zu sorgen. Noch ist dem Mangel an Lazarethbedürfnissen, an Stärkungsmitteln und Erfrischungsmitteln nicht begegnet. An alle Patrioten in Stadt und Land richten wir daher die dringende Bitte, Geldspenden zum Besten der in Pflege befindlichen Preussischen und Oesterreichischen Krieger an die Expedition der Provinzial-Zeitung für Schlesien (Albrechtsstraße Nr. 29 hier selbst), welche sich bereit erklärt hat, die Gaben entgegenzunehmen, schleunigst einzufenden. Mittheilung der Beitragsliste, und Bericht über bestimmungsmäßige Verwendung der Gelder, wird seiner Zeit erfolgen.

Breslau, den 16. Februar 1864.

Der Vorstand

des Königs- und Verfassungstreuen Vereins.

Die Verlobung meines Sohnes Guido zu Polzin in Rußland mit Fräulein Katerie, Tochter des R. Russ. Obristleutenants von Kalmykoff, zeige geehrten Verwandten und Freunden hierdurch ganz ergebenst an.
Breslau, den 16. Februar 1864.
v. Pannewitz, Oberforstmeister a. D.

Als Verlobte empfehlen sich:
Genevieve Doloschinsky,
Heinrich Ad.
Kempen, Kreuzburg OS., im Februar 1864.

Heute früh 5 Uhr wurde meine liebe Frau Clara, geb. Apelt, von einem gesunden Mädchen glücklich entbunden; dies statt besonderer Meldung meinen Freunden und Bekannten. Greiffenberg, den 15. Februar 1864.
Otto Lorenz, Zimmermeister.

Todes-Anzeige.
Gestern Mittag nach längerem Leiden unser geliebter Mitschüler Ernst Sack, in dem blühenden Alter von 15 Jahren. Den allgemeinen Schmerz über seinen so frühen Tod empfanden auch wir tief und werden sein Andenken lebenslang treu im Herzen bewahren.
Oppeln, den 16. Februar 1864.
Die Schüler der Ober-Tertia des Gymnasiums.

Den am 15. d. M. in Oppeln erfolgten Tod unseres innig geliebten ältesten Sohnes Ernst im Alter von 15 1/2 Jahren zeigen wir anstatt besonderer Meldung allen Verwandten und Freunden mit der Bitte um stille Theilnahme ergebenst an.
Breslau, den 16. Februar 1864.
Sad, Ober-Regierungsgerath.
Mathilde Sad, geb. Cordt.

Todes-Anzeige.
Verwandten und Freunden zeigen wir, mit der Bitte um stille Theilnahme das heute früh erfolgte Ableben unseres lieben Vaters, Schwiegervaters und Großvaters, des Großherzogl. Oldenburg'schen Oberst a. D. Eduard von Steun, an. Er starb nach langen, mit Ergebung getragenen Leiden an Brustwassersucht.
Nürnberg u. Breslau, den 15. Febr. 1864.
Die Hinterbliebenen.

Den 14ten d. M. entließ sanft zu Jachshenau an Lungenlähmung Fräulein Dorothea Thönebeum im 79. Lebensjahre.
Seit 30 Jahren meiner Familie in Liebe und Treue ergeben, wird ihr Andenken uns unvergänglich sein.
Louise von Stegmann und Stein,
geb. v. Bornack, und Kinder.

Heute Morgen 7 Uhr verschied nach vieljährigen schweren Leiden unser hochgeliebter Gatte, Vater, Bruder und Schwager, der Kirchenvorsteher, Particularer Julius Bach hier selbst, in dem Alter von 68 Jahren.
Dies zeigen, um stille Theilnahme bitend, tief betrübt an
Reichenbach in Schlef., 17. Februar 1864.
Die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am 20. Februar Vormittags um 10 Uhr statt.

Todes-Anzeige.
Mit tief betrübtem Herzen erfüllen wir die traurige Pflicht, unsern lieben Verwandten und Freunden anzugeben, daß heut in der Morgenstunde unser geliebter Gatte, Vater, Schwieger- und Großvater, der Lederfabrikant Carl Samuel Frommelt, im beinahe vollendeten 72. Lebensjahre nach schweren Leiden, im Herrn entschlafen ist, und bitten um stille Theilnahme.
Zauer, den 17. Februar 1864.
Die Hinterbliebenen.

Familien-Nachrichten.
Verlobungen: Fräul. Clara Stahn mit Hrn. Divisions-Prebiger Ed. Nithal in Berlin. Fräul. Anna Unger in Gnadau mit Hrn. Kaufmann David Kutze in Wladenburg.
Geburten: Ein Sohn Herrn von Jäger in St. Pödel. Hrn. Ferdin. v. Schönberg in Thannenhain. Eine Tochter Herrn Pr.-Rent. v. Arnim im Garde-Jäger-Bat. zu Potsdam.
Todesfälle: Frau Senatorin v. Schwarz in Budeburg. Fräul. Luotine Dehlschläger in Minden.

Theater-Repertoire.
Donnerstag den 18ten. Die Jüdin. Große Oper mit Tanz in 4 Acten von Scribe, übersetzt von Menzies. Musik von Halevy.
Freitag den 19ten. Zum erstenmale: Der Strauchhüter und seine Söhne. Schauspiel in 5 Acten, mit freier Benutzung eines vorhandenen Stoffes von Georg Horn.

Verein. Δ 22. II. 6. R. Δ II.
D. 16. Der Dritte meint es gut, doch sagen Sie ihm, daß Täuschungen schließlich nur schaden.
A. B.

Nachruf
an den edlen Grafen Karl v. d. Gröben vom Jüdischen Jäger-Regiment, gefallen vor Wisnunde den 2. Februar 1864.

Könnten wir Dich lebend schmücken,
Schöner Jüngling, edler Sohn!
Trügst Du mit Siegerbliden
Diesen Kranz als Siegerlohn!
Ach, wir schmücken eine Leiche,
Da der Sturm die Blume brach:
Aber eines Volkes Reiche,
W'ge Liebe folgt Dir nach.
Nicht umsonst! Ein heil'ger Same
Sproßt aus Deinem Blut hervor
Und Dein edler alter Name
Lebt in der Brust der Väter.
Wohl bedauern, doch beneiden
Wir Dich, ein' freies Land.
Und so reichen wir im Scheiden
Dir die treue Hoffsband.
Jahre wohl denn, edler Krieger!
Hoffe Augen warten Dein.
Doch — sie senden einen Sieger
In die Ehregruft hinein.
Und so wollen wir Dich schmücken,
Stolzer Jüngling, edler Sohn!
Mit dem Lob ein Volk beglücken,
Ist des Lebens höchster Lohn.
Klaus Groß.

Ruhfischer Frauen-Verein.

Der Verein hat im Jahre 1863 die Summe von 2676 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf. eingenommen, und zu Vereinszwecken vorausgab 2660 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf. Es wurden 73 Personen beschäftigt, welche gearbeitet haben 1306 Stück Frauen-, Kinder- und Männerhemden, 1887 Paar Socken, Frauen- und Kinder-Strümpfe, 18 Nachjaden, Ueberzüge und Inletten zu 22 Betten, und 100 Stück Leibbinden. Indem wir den geehrten Mitgliedern und Wohlthätern unseres Vereines den innigsten Dank sagen, wiederholen wir zugleich gegen Alle, denen die Linderung der verborrenen Noth am Herzen liegt, die dringende Bitte, dem Verein ihre Theilnahme und Unterstützung nach Möglichkeit zuzuwenden. Bei uns zugehenden Gesuchen bitten wir zu berücksichtigen, daß der Zweck des Vereines nur auf Unterstützung solcher Bedürftiger gerichtet ist, deren Gefühl und Verhältnisse nicht gestatten die Hilfe öffentlicher Armen- und Wohlthätigkeits-Anstalten in Anspruch zu nehmen. Die Vorsteherinnen des Ruhfischer Frauen-Vereines für Hausarme. Adelheid Gröbin Burgau, geb. Hensel-Donnersmarkt. Louise am Ende, geb. Schiller, Adelheid Kahlert, Pauline Neuther, Frau von Berg, geb. von Craus.

Zwei Briefe aus Constantinopel!

Keinen eclatanteren Beweis für die Güte und Solidität eines zur Wiederherstellung, beziehungsweise zur Erhaltung der Gesundheit angewandten Mittels kann es geben, als wenn solches — auf persönliche Erfahrung gestützt — nach einer Zwischenzeit von mehreren Jahren von derselben Seite abermals zu Rathe gezogen wird.
Die nachfolgenden geschätzten Schreiben an den König. Hoflieferanten Herrn Hoff, Neue Willhelmsstr. 1 in Berlin, liefern wiederum einen solchen Beweis bezüglich des Hoff'schen Magertract-Gesundheitsbieres, welches, schon damals in weiterer Ferne bekannt, inzwischen eines der begehrtesten Salons- und Tafelgetränke des In- und Auslandes geworden ist.
So schreibt der Herr Verfasser in einem früheren Briefe d. d.:

Constantinopel, den 26. April 1861,

dessen Inhalt wir für die jetzige Jahreszeit auch noch ganz besonders allen mit Husten befallenen und überhaupt an den Respirationsorganen Leidenden zur Beachtung empfehlen — nachdem er sich in der Einleitung über eine in damaliger Falle allerdings stattgefundene mangelhafte und kostspielige Expedition beschwerte, wörtlich:
Wenn ich mich über Dinge, die nicht mehr ungeschehen zu machen sind, so weitläufig ausspreche, so geschieht dies nur, weil die angetragenen Uebelstände ein Hinderniß sind, Ihr, den lebenden Menschen so außerordentlich wohlthätiges Magertract auch hier in Constantinopel in größerem Maße anzuwenden. In einer Stadt von beinahe einer Million Einwohnern würde dieses Extract, so bald die heilsame Wirkung durch in Achtung und Vertrauen stehende Männer bekannt gemacht und verbürgt würde, gewiß einen außerordentlichen Absatz erlangen.
Was nun die Wirkung anbelangt, die Ihr Magertract auf mein Krankheitsleiden hervorbrachte, — es bestand daselbst in einem wohl schon chronisch gewordenen Katarth der Respirations-Schleimhäute, — so ist daselbst, ich bekenne dies gern und der Wahrheit gemäß, eine durchaus außerordentlich heilsame gewesen. Schon nach vierzehntägigem Gebrauch war der Auswurf beinahe ganz verschwunden und auch die übrigen mit dergleichen Zuständen verbundenen Leiden, wie Kurzatmigkeit, wundtes Gefühl in der Brust, Reizung, Wexthum bei tiefem Athemholen waren beseitigt. Somit kann ich

mich nach dreimonatlichem Gebrauche von 50 Flaschen Magertract als beinahe vollständig hergestellt ansehen, ich sage der Wahrheit gemäß, beinahe, denn die Disposition zu Rückfällen und ein sich einstellendes geringes Schleim-Nässern bei plötzlichen Witterungsveränderungen, wie solche hier in Constantinopel im Beginn des Frühlings in hohem Maße stattfinden, mag wohl mir noch geblieben sein, doch hoffe ich, daß auch diese in Folge der nunmehr in Aussicht stehenden constant warmen Witterung und bei fortgesetztem Gebrauche Ihres Magertractes, ebenfalls ganz verschwinden wird u. s. w.

Constantinopel, den 23. Novbr. 1863.

Ihr Magertract-Gesundheitsbier habe ich schon vor Jahren mit dem besten Erfolge gebraucht. Die Vorzüglichkeit desselben veranlaßt mich, Sie zu ersuchen, eine Quantität davon an meinen Vater, den Königl. preussischen Rittmeister a. D. Herrn Grunwald zu Murawana-Goslin, zu dessen Geburtstag am 17. December c. überlassen zu wollen.

N. Grunwald, Oberst in Kais. türkischen Diensten.
Die Niederlage des obigen Magertract-Gesundheitsbieres aus der Brauerei des Königl. Hoflieferanten Herrn Hoff zu Berlin befindet sich in Breslau bei den Herren S. G. Schwarz, Ohlauer Straße Nr. 21 und Ed. Groß, am Neumarkt Nr. 42.

Nachdem ich mein Hotel zum „Grossfürst Alexander“

nummehr nach meinem neu erbauten Hause Neue Friedrichsstraße Nr. 57 verlegt habe, beehre ich mich, das reisende verehrte Publikum und insbesondere meine werthen Freunde und bisherigen Gäste hiervon in Kenntniß zu setzen.

Bei der Einrichtung meines neuen Hotels war es meine eifrigste Aufgabe, dasselbe mit allem Comfort der Neuzeit auszustatten, und da ich dieser Aufgabe nach allen Richtungen hin genügt zu haben glaube, so darf ich mich der Hoffnung hingeben, daß die mich besuchenden Gäste sich in meinem Hause behaglich fühlen werden.

Bei dieser Anzeige nehme ich gleichzeitig Veranlassung, meine geräumigen Säle zu Festlichkeiten zu empfehlen. Schließlich bitte ich noch, mir das bisher geschickte Vertrauen auch ferner bewahren zu wollen, wogegen es mein stetes Bestreben sein wird, dasselbe in jeder Beziehung zu rechtfertigen. Berlin, im Januar 1864.
Hochachtungsvoll
Carl Schmidt.

Von Nah und Fern

geben zahlreiche Dankes-Zuschriften die überzeugendste Gewährleistung für die heilkräftige Wirksamkeit des aus Kräutern bereiteten neu erfundenen Haarsalams Esprit des cheveux von Sutter & Co. in Berlin, Niederlage bei Carl Franz Gerlich in Breslau, Nicolaisstraße 93. Es ist das einzige und sicherste Mittel, das trankte Haar wieder zu kräftigen, und wo keines mehr vorhanden, wirklich neuen Haarwuchs wieder herzustellen.

Mit vielem Vergnügen sage ich Ihnen meinen herzlichsten Dank, zu welchem ich mich verpflichtet fühle durch die Vorzüglichkeit Ihres Balsams. Ich bin nicht im Stande, Ihnen zu schildern, mit welcher Freude ich wahrnahm, wie schnell Ihr Balsam das Ausfallen der Haare hinderte, und neues in Menge erzeugte, so daß ich schon jetzt nach Verbrauch von 3 Flaschen à 1 Thlr. nicht mehr nöthig habe, denselben anzuwenden.
Malmedy, 20. Januar 1864. Graf von Dobina.

So belobigt Herr Hauptmann von Böbling in Coblenz:
Mit vielen Anderen, denen Ihr Balsam schon recht erfreuliche Resultate lieferte, muß auch ich Ihnen meinen Dank sagen, für den günstigen Erfolg, den ich schon nach Anwendung von 2 Flaschen à 1 Thlr. erzielte, und bitte ich um fernere 2 Gläser.

R. F. Daubitz'scher Kräuter-Liqueur,

erfunden und nur allein bereitet von dem Apotheker R. F. Daubitz in Berlin, Charlottenstraße 19, dessen Bewährtheit von medicinischen Autoritäten vielseitig anerkannt ist und sich in kurzer Zeit durch seine Vorzüglichkeit einen europäischen Ruf erworben hat, ist echt à Flasche 10 Sgr. und 1 Thlr. zu beziehen:

in der General-Niederlage für Schlesien bei Heinrich Lion, Breslau, Neufeststr. 48. Niederlagen bei Hermann Bittner, Ohlauerstraße 70. Broschke & Weiss, Neue Sandstr. 34. A. Wittke, Laurenzstraße 72a.

Bekanntmachung.
Der ökonomisch-patriotische Verein zu Delz versammelt sich Mittwoch, den 24. Februar c., Vormittags 11 Uhr im Gasthose zum Goldenen Adler, Delz, den 13. Februar 1864.
Directorium des ökonomisch-patriotischen Vereins. v. d. Berswordt.

Musikalischer Cirkel.
Freitag den 19. Februar, Abends 7 Uhr: Dritte Soirée.
(Heute Donnerstag 6 Uhr: Probe.)

Springers Concert-Saal (im Weiss-Garten).
Heute Donnerstag, Gtes Abonnement-Concert der Bresl. Theater-Kapelle.
Zur Aufführung kommt unter Andern: „An das Vaterland.“ Preis-Sinfonie von Joachim Raff. (Zum erstenmale.)
Anfang des Concerts 3 Uhr. Entree à Person 5 Sgr.
Die Preis-Sinfonie beginnt präcise 4 1/4 Uhr.

Liebichs Etablissement.
Heute Donnerstag den 18ten: Großes Abend-Concert und dritte Vorstellung des Fräulein Cäcilie Samlle, in der höheren Magic.
Entree à Person 2 1/2 Sgr. Kinder 1 Sgr.

Liebichs Etablissement.
Freitag den 19. Februar 3 u m Hesperus = Musiker = Ball ladet ergebenst ein
Ed. Oberwein.

North British & mercantile, feuer- und Lebens-Versicherungs-Gesellschaft in London und Edinburg,

gegründet 1809.
Grund-Capital Thlr. 13,333,000.
Reserve-Fonds Ende 1862 . . . 14,152,000.
Jahres-Einnahme 1862 . . . 2,916,000.

Hiermit bringe ich zur öffentlichen Kenntniß, daß die Herren Fr. Knauth, Bahnhofstraße 7b. und Philipp Scherbel, Rittmeisterstr. 34, beide zu Breslau, zu Haupt-Agenten vorgenannter Gesellschaft ernannt worden sind.
Berlin, den 16. Februar 1864. Reinach, General-Bevollmächtigter.

Großherzogl. Sächs. Lehranstalt für Landwirthschaft an der Universität Jena.

Die Vorlesungen für das Sommerhalbjahr 1864 beginnen den 25. April 1864.
Auskunft ertheilt Die Direction, Dr. E. Stoeckhardt.

Rob. M. Sloman's Packet-Schiffe, von Hamburg direct

nach New-York und Quebec am 1. und 15. eines jeden Monats.
Zur Annahme von Passagieren und Auswanderern für diese Schiffe von Herrn Rob. M. Sloman allein ermächtigt, empfehlen wir dieselben allen Reisenden u. Auswanderern unter Zusagung der besten und gewissenhaftesten Beförderung. Nähere Auskunft ertheilen unsere Herren Agenten und auf frankirte Briefe Donati & Co., concessionirte Expedienten in Hamburg.

Karten von Schleswig-Holstein,

vorräthig in der W. G. Korn'schen Buchhandlung in Breslau. Meymann's Specialkarte in Sectionen Pr. à 10 Sgr. Specialkarten von Dänemark und der Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg von Sandtke, Petermann, Flemming u. Pr. 8-20 Sgr.

Eine Hagel-Versicherungs-Agentur

mit fetten Prämien, wird für Oppeln gesucht. Nähere Auskunft ertheilt das Stangenschke Annoncen-Bureau in Breslau, Carlsstraße 49.

Pietisch Lokal, Gartenstraße Nr. 23. Donnerstag den 18. Februar c.: Großer maskirter und unmaskirter Ball, wozu freundlichst einladet F. Pietisch.

Circus Kaerger. Heute Donnerstag, den 18. Februar 1864: Große Vorstellung zum Besten der Fräulein Virgine u. Adelheid. Jedem Erwachsenen ist es gestattet Ein Kind frei einzuführen. Das Nähere die Placate und Programms. Kreuzberg's zoolog. Galerie.

Heute große Vorstellung. Hier noch nie gesehene Vorstellung. Auftreten einer jungen 19jährigen Dame aus Schweden.

Dieselbe wird sich in die Käfige der Raubtiere, als Löwen, Bären, gestreifte und gelbe Löwen begeben und die schwierigsten Productionen mit denselben ausführen, nicht allein das die Raubtiere der Dame Fleisch und Buder aus dem Munde nehmen, sondern, daß selbst das kleinste Stück Buder, welches dieselben bereits genommen haben, die Dame selbst entziehen wird, ja ihnen selbst ein lebendes Lamm vorhält und auf Commando dasselbe lieblos und auf den Rücken tragen läßt und darauf die so gefährlichen Hyänen drängt, über Stübe und durch Reihen zu vollzieren. Dann wird sie sämtliche Raubtiere auf dem Theater oder Central-Ring vereinigen, wo dieselben von einer Tafel speisen werden. Hierauf Production des Wunder-Elefanten Fel. Pepita.

Zum Schluß: Hauptvorstellung sämtlicher Raubtiere. Die Vorstellungen finden um 4 Uhr Nachmittags und 7 Uhr Abends statt. An Wochentagen producirt sich die junge Schwedin nur bei der ersten Vorstellung, deren Anfang um 4 Uhr Nachmittags beginnt. G. Kreuzberg.

Berlag von B. S. Verendsohn in Hamburg und in Breslau vorrätig bei Kohn & Hancke, Junfermannstraße, Goldene Gans. Der Humor im Souffleurkasten! oder der fertige Coupletanfänger. Neueste und vollständigste Sammlung der besten und beliebtesten Theater-Couplets und Lieder, von den gefeierten Komikern Treumann, Dessoir, Nestrov, Scholz, Weibrauch, Adler, Eidenwald, Selmerding, Triebler, Wilke, Beckmann, Reichenbach und Anderen auf deutschen Theatern vorgetragen und gesungen. Herausgegeben von G. Schönstein. Elegant cartonnirt. Preis 10 Sgr.

Dringende Aufforderung. Da es, wie bekannt, zur Verpflegung unserer verwundeten Krieger in Schleswig-Holstein an Charpie gebricht, so wäre es höchst zweckmäßig, wenn auch die Direction der Gefangenen-Anstalten sich die Abhilfe dieses Mangels anlegen ließe. Wenn die weiblichen Strafgefangenen einen Tag in der Woche zum Charpiearbeiten angehalten würden, so könnten dadurch zur schnelleren Erreichung des löblichen Zweckes bedeutende Arbeitskräfte gewonnen werden. Julius Sturm.

Ein junger Mann, der das Gymnasium mit Gluck absolviert hat, sucht einen Menschendienst in der Postverwaltung. Näheres schriftlich zu melden. Bestretham, den 16. Februar 1864. verm. A. Mayer.

Nachweis einer einträglichen selbständigen Nebenbeschäftigung ohne Capital oder Arbeit, passend für alle Stände, auch von vornehmeren Personen und Beamten vortheilhaft zu betreiben. Näheres brieflich gef. Einleitung v. 10 Sgr. in Postm. W. J. J. Orina Baumbrücke 2.

Ich ersuche alle diejenigen, welche irgend eine Forderung an meinen verstorbenen Ehemann Louis Mayer haben, sich recht bald mit schriftlich zu melden. Bestretham, den 16. Februar 1864. verm. A. Mayer.

Ich warne hiermit Jedermann, meinem Sohne Namens Heinrich, irgend etwas, weder auf sich noch auf meinen Namen zu borgen, indem ich nichts für denselben bejahle. Charlottenbrunn, den 13. Februar 1864. Schäl, Steiger.

Wohnungs-Veränderung. Von heut an wohne ich Neue Sandstraße Nr. 9 in der Salomon-Apothek im Hofe zwei Carl Schuch, Silberarbeiter und Ciseleur.

Die besten Biere, sowie gute Speisen sind nur bei Fräulein Antonie Kruschke haben Albrechtsstraße 19. Mehrere Gäste.

Leidende an hartnäckigen Krankheiten, als Gicht, Flechten, Drüsen, Magen- und Brustbeschwerden u. finden durch die seit vielen Jahren bekannten, von ärztlichen Autoritäten approbirten Wundram'schen Blutreinigungskräuter im Frühjahr besonders wirksam, gründliche Heilung. Jeder weiteren Empfehlung wird sich enthalten und statt dessen nachstehendes Attest abgedruckt.

Attest! Von meinem 4. bis 14. Jahre litt ich auf das hartnäckigste an Scropheln, die mein Gesicht verunkelteten, und wegen alle angewandten Mittel erfolglos blieben. Durch einen Bekannten erfuhr ich von der Wirksamkeit der Wundram'schen Kräuter, und nachdem ich dieselben einige Wochen nach Vorschrift angewandt hatte, wurde ich von meinem Uebel vollkommen geheilt. Es sind seitdem 8 Jahre verfloßen, ohne daß ich irgend einen Rückfall verspürt, bin ich sehr gesund und unterlasse nicht dem Erfinder, Herrn Professor Louis Wundram in Bückeburg, meinen aufrichtigsten Dank auszusprechen, mit der Bitte, dieses Zeugniß der Wahrheit gemäß zum Nutzen anderer Leidenden zu veröffentlichen. Zur Zeit Braunschweig, den 2. Octbr. 1863. Friedr. Schwabe.

Daß der Zimmergezell Fr. Schwabe aus Sachsa bei Nordhausen, jetzt hier anwesend, das vorstehende Attest eigenhändig unterschrieben hat, wird auf dessen Ansuchen von mir attestirt. Braunschweig, den 2. October 1863. (L. S.) Herzogl. braunsch. Notar.

Weitere amtliche Beweise der verschiedensten Krankheitsfälle, sowie Prospekte gegen frantirte Anforderungen unentgeltlich Louis Wundram, Professor in Bückeburg (Schaumburg-Lippe).

Lotterie-Loose, 1/1, 1/2, 1/4, 1/8, 1/16, 1/32 u. 1/64 verendet. Kolonnen. Labandt, Berlin, Neue Köstr. 11. 1/1 bis 1/4 Lotterie-Loose 1/8 bis 1/64 verj. billigt Basch, Berlin, Wollentmarkt 14, 2 Tr.

Bekanntmachung. In unser Firmen-Register ist Nr. 1453 die Firma M. Lewy hier und als deren Inhaber der Kaufmann Moritz Lewy hier heute eingetragen worden. Breslau, den 11. Februar 1864. Königl. Kreis-Gericht, I. Abtheilung.

Bekanntmachung. In das Gesellschafts-Register ist bei Nr. 8 das am 1. Februar 1864 erfolgte Ausscheiden der Gesellschafterin, vermittelten Kaufmann Caroline Herterag, geb. Schid in Glogau, aus der Gesellschaft unter der Firma „N. L. Herterag“ bestehenden Handelsgesellschaft, zufolge Verfügung vom 12. Februar 1864 eingetragen worden. Glogau, am 12. Februar 1864. Königl. Kreis-Gericht, I. Abtheilung.

Bekanntmachung. In unser Firmen-Register ist eingetragen Colonne 6 bei laufender Nummer ad 6 die Firma W. J. von Kornagfi in Trebnitz, ad 15 die Firma F. V. Schmidt in Trebnitz. Eingetragen zufolge Verfügung vom 12. Februar 1864. Trebnitz, den 12. Februar 1864. Königl. Kreis-Gericht, I. Abtheilung.

Der auf den 22. August c. Vormittags 11 Uhr anberaumte Termin zur Licitation des Kaufmann Carl Menzelschen Hauses Nr. 56 hier selbst wird hierdurch aufgehoben. Reichenstein, den 15. Februar 1864. Königl. Kreis-Gerichts-Commission.

Bekanntmachung. Die unbetannten Erben der am 3. Januar dieses Jahres hierorts verstorbenen angeblich im Jahre 1841 zu Brieg geborenen unverehelichten Mathilde Brückner, deren Vater Strafanstalts-Kendant zu Brieg gewesen, werden aufgefordert ihre Erbanprüche spätestens in dem am 6. Juli 1864 Vormittags 11 Uhr vor dem Herrn Kreisgerichts-Rath Wolff an ordentlichem Gerichtsstelle hier selbst antehenden Termine anzumelden und geltend zu machen, widrigenfalls sie damit ausgeschlossen und der Nachlaß event. dem Königlichen Fiscus zugesprochen werden wird. Leobschütz, den 13. September 1863. Königl. Kreis-Gericht, I. Abtheilung.

Notwendiger Verkauf. Das Allodial-Rittergut Wicakowitz im Kreise Beuthen OS., landschaftlich zum Credit auf 99,139 Thlr. 11 Sgr. 1 Pf. und zur Subhastation auf 104,483 Thlr. 1 Sgr. 1 Pf. abgetheilt, zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in unserem Prozeßbureau C. II. einzusehenden Tage, soll am 9. Juni 1864 von Vormittags 11 Uhr ab, an unserer Gerichtsstelle hier selbst zum Zwecke der Auseinandersetzung nothwendig subhastirt werden.

Diejenigen Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenscheine nicht ersichtlichen Realforderung aus dem Vertriebsvertrage suchen, haben sich mit ihrem Anspruch bei dem unterzeichneten Gericht zu melden. Beuthen OS., den 12. November 1863. Königl. Kreis-Gericht, I. Abtheilung.

Bau-Verdingung. Der Neubau eines massiven Wohnhauses auf dem latholischen Pfarrbezirksgelände in Ingramsdorf, Kreis Schweidnitz, veranschlagt auf 3200 Thlr. und die Inhabung der Scheuer, veranschlagt auf 550 Thlr., soll an den Mindestfordernden verdingt werden. Hierzu ist ein Termin auf Donnerstag den 25. Februar c., Vormittags 9 Uhr im kath. Schullokale anberaumt, wozu Unternehmern mit dem Bemerkten eingeladen werden, daß Zeichnung und Anschlag hier selbst eingesehen werden können. Ingramsdorf, den 16. Februar 1864. Das kath. Kirchen-Collegium. J. Joegner, Lorenz, Müller.

Bekanntmachung. In unser Firmen-Register ist sub laufende Nr. 91 die Firma Franz Buchalik zu Rohnit und als deren Inhaber der Mehlhändler Franz Buchalik aus Rohnit am 12. Februar 1864 eingetragen worden. Rohnit, den 12. Februar 1864. Königl. Kreis-Gericht, I. Abtheilung.

Königl. Kreis-Gericht, I. Abtheilung, zu Gleiwitz. Der Güternegotiant und Agent Gustav Knobloch zu Gleiwitz führt für seine am hiesigen Orte begründete Handelsniederlassung die Firma: „G. Knobloch.“ Eingetragen im Handelsfirmenregister sub Nr. 263 zufolge Verfügung vom 13. Febr. 1864 am selbigen Tage.

Königl. Kreis-Gericht, I. Abtheilung, zu Gleiwitz. Zu der vom Kaufmann Marcus Bujakowski zu Gleiwitz begründeten und unter der Firma: „M. Bujakowski“ im Handelsfirmen-Register des hiesigen Kreisgerichts sub Nr. 193 eingetragenen Handelsniederlassung ist eine Zweigniederlassung zu Beuthen OS. zufolge Verfügung vom 8. Februar 1864 am 8ten desselben Monats im Handelsfirmen-Register Nr. 193 Col. 3 und 5 eingetragen worden.

Schlesische Gebirgsbahn. Die Lieferung von eigenen 400 Stück Weidenlagerhölzern, 21 Fuß lang, 12 und 6 Zoll stark, 200 Stück Weidenbodschwellen, 13 Fuß lang, 14 und 6 Zoll stark, 300 Stück Weidenübergangshölzer, 16 Fuß lang, 5 und 6 Zoll stark, 60 Stück dergleichen, 19 Fuß lang, 5 und 6 Zoll stark, 20 Stück dergleichen, 22 Fuß lang, 5 und 6 Zoll stark, für den Bau der Schlesischen Gebirgsbahn soll im Wege der öffentlichen Submission Verwendung werden. Termin hierzu ist auf den 1. März 1864, Vormittags 11 Uhr in unserem Geschäftsbüro, Demianiplatz Nr. 55, anberaumt. Die Offerten müssen bis zu diesem Termine portofrei und versiegelt eingegeben und werden in Gegenwart der etwa erschienenen Submittenten eröffnet. Sie sind mit der Aufschrift: „Offerte auf Weichen- und Weidenübergangshölzer“ zu versehen. Die Bedingungen sind in unserm Geschäftsbüro von Morgens 9 Uhr bis Nachmittags 2 Uhr, desgleichen bei den Abtheilungs-Baummeistern in Lauban, Greifenberg, Hirschberg und Waldenburg einzusehen. Abdrücke derselben werden auf Verlangen gegen Erstattung der Selbstkosten abgegeben. Görlitz, den 10. Februar 1864. Königl. Commission für den Bau der Schlesischen Gebirgsbahn.

I. Obstbaum-Verkauf. In der hiesigen Baumschule stehen zum nächsten Frühjahr 1) hochstämmige Birnen- und Kirchenbäume, in feinsten Tafel- und vorzüglichsten Wirtschafsorten, pro Stück 8 Sgr., 2) dergleichen Apfel- und Pflaumenbäume, pro Stück 7 Sgr., zum Verkauf.

II. Kiefernsamen-Verkauf. Die hiesige Samenhandlung offerirt Kiefernsamen diesjähriger Ernte und durchweg keimfähig, das Pfund mit 20 Sgr., zum Verkauf. Kiernberg, den 8. Februar 1864. Der Oberförster der Haupt- und Residenzstadt Breslau Döel.

Holzverkauf. Donnerstag den 25. d. M., Vorm. 10 Uhr sollen im Gasthause des Herrn Ebisch hier selbst, Buchen- und Eichen-Stämme und Nuthholz, auch Kiefern-Mittel- und Klein-Bauholz, auch drei Stück Kiefern-Stämme zu Mählenwellen sich eignend, im Elguther und Trzenischner Revier, ferner 44 1/2 Rftr. Buchen II., Erlen und Birken I. u. II. Klasse, angedrückt an die Rosenberger Coasse vor Bierdjan meistbietend gegen gleich baare Zahlung verkauft werden. Die Hölzer liegen im Bierdjaner, Elguther L., Kadluber, Trzenischner und Zwaiver Revier in den Schlägen. Die Verkaufs-Bedingungen werden im Termine bekannt gemacht und die Hölzer auf Verlangen vor dem Termine von den betreffenden Revierbeamten vorgezeigt werden. Zurama bei Oppeln, den 15. Februar 1864. Die gräf. Forst-Verwaltung. Herlich.

Wagen- und Pferde-Auction. Montag den 22. Februar, Vormittags von 10 1/2 Uhr ab, werde ich am Zwingerplatz 1) eine Droschke nebst Pferd und Geschirre, 2) einen guten halbgedeckten Wagen, 3) einen offenen Wagen (Wreagh), meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigern. Guido Saul, Auctions-Commissarius.

Große Auction von Teppichen, Gardinen, Tischdecken, Brüsseler Points und Tapissier-Waaren. Wegen Aufgabe eines auswärtigen Handlungshauses sollen Dienstag den 23. Februar, Vormittags von 9 Uhr und Nachmittags von 2 1/2 Uhr ab in meinem Auctions-Lokale, Ring Nr. 30, eine Treppe hoch, ein großer Posten 1) Belour- und andere Teppiche, worunter ein großer Salon-Teppich, 2) Tischdecken in Cashmir, Wolle, Seide und Tuch, 3) alle Sorten Gardinen, als Lüll, Mull, mit Züllborden und ganze Stücke Gardinen, 4) echte Brüsseler Points, als Kragen, Mermel u., 5) eine Partie Tapissier-Waaren, bestehend in gestickten Kissen, angefangenen und fertigen Schuhen u., meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigert werden. Guido Saul, Auctions-Commissarius.

Bekanntmachung. In Folge Vereinbarung der beteiligten Eisenbahnverwaltungen werden vom 1. April d. J. folgende Tarife für die von der Wilhelmsbahn auf die Oberschlesische Eisenbahn übergehenden Kohlen-Transporte aufgehoben: 1) Der am 10. Mai 1860 eingeführte Vereinstarif für Steinkohlen-Transporte von der Wilhelmsbahn nach den Stationen der Oberschlesischen Eisenbahn von Gogolin bis Starogard und Logan, nebst den durch die Bekanntmachung der königlichen Direction der Wilhelmsbahn vom 29. April 1863 gewährten Ermäßigungen der Wilhelmsbahn-Anteile dieses Tarifes, 2) die zur Zeit gültigen Tarife für Steinkohlen-Transporte von der Wilhelmsbahn nach den Stationen der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn, der Sibahn, der Berlin-Potsdam-Magdeburger und der Berlin-Hamburger Eisenbahn.

Dagegen werden von demselben Zeitpunkte neue ermäßigte Verbandsstarife für die Steinkohlen-Transporte aus dem Bereiche der Wilhelmsbahn nach den Stationen Gogolin bis Märkischen der Oberschlesischen Eisenbahn, sowie nach sämtlichen Stationen der Niederschlesisch-Märkischen, der Berlin-Potsdam-Magdeburger und der Berlin-Hamburger Eisenbahn in der Weise eingeführt, daß 1) für die Verdingungen von der Station Czernitz der Charlotten- und der Leo-Grube dieselben Tariffätze, wie für die Verdingungen von den Stationen Zabrze und Morgenroth der Oberschlesischen Eisenbahn, 2) für die Verdingungen von der Station Rohnit, von Hoym-Grube, Paruschowitz, Egerfeld und Beatenglück dieselben Tariffätze, wie für die Verdingungen von den Stationen Schwientochlowitz und Rattowitz, 3) für die Verdingungen von den Stationen Orzelsche und Nicolai, von Gziessel, Czerniwonta, Maria-Hütte, Friedrichs, Brades, Burghardt, Napoleon und Modrau-Grube dieselben Tariffätze, wie für die Verdingungen von der Station Myslowitz in Gültigkeit gesetzt werden. Bei den Verdingungen von der Leo- und Modrau-Grube, sowie von Maria-Hütte ist die bisher erhobene Verschlebegebühr außer den vorgezeichneten Tariffätzen auch ferner zu entrichten.

Für die Steinkohlen-Verdingungen von der Emanuellegen-Grube nach den Stationen der Oberschlesischen Eisenbahn und sämtlichen Hinterbahnen derselben auf dem Wege über Rattowitz treten von dem oben bezeichneten Zeitpunkte ab Verbandsstarife in Wirksamkeit, welche in der Weise gebildet sind, daß den Tariffätzen für die Verdingungen von Rattowitz der Betrag von 1 Sgr. 6 Pf. pro Tonne zugerechnet wird. Der am 10. Mai 1860 eingeführte Vereinstarif für Steinkohlen-Transporte von der Oberschlesischen Eisenbahn nach den Stationen der Wilhelmsbahn von Hammer bis Landesgrenze (Oberberg) und Leobschütz bleibt auch ferner in Gültigkeit. Breslau und Ratibor, den 16. Februar 1864. Königl. Direction der Oberschlesischen Eisenbahn und Königl. Direction der Wilhelmsbahn.

Bekanntmachung. Vom 1. April d. J. ab wird für Kohlen-Transporte der Emanuellegen-Grube, welche via Nendza nach Cosel und über Cosel hinaus auf die Oberschlesische Eisenbahn übergeben, der in der gemeinschaftlichen Bekanntmachung mit der Oberschlesischen Eisenbahn vom 16ten d. M. festgesetzte Tariffatz für Nicolai mit einem festen Zuschlage von 1 Sgr. 9 Pf. pro Tonne zur Erhebung kommen. Ratibor, den 16. Februar 1864. Königl. Direction der Wilhelmsbahn.

Bekanntmachung. Die Offerte auf Weichen- und Weidenübergangshölzer zu versehen. Die Bedingungen sind in unserm Geschäftsbüro von Morgens 9 Uhr bis Nachmittags 2 Uhr, desgleichen bei den Abtheilungs-Baummeistern in Lauban, Greifenberg, Hirschberg und Waldenburg einzusehen. Abdrücke derselben werden auf Verlangen gegen Erstattung der Selbstkosten abgegeben. Görlitz, den 10. Februar 1864. Königl. Commission für den Bau der Schlesischen Gebirgsbahn.

I. Obstbaum-Verkauf. In der hiesigen Baumschule stehen zum nächsten Frühjahr 1) hochstämmige Birnen- und Kirchenbäume, in feinsten Tafel- und vorzüglichsten Wirtschafsorten, pro Stück 8 Sgr., 2) dergleichen Apfel- und Pflaumenbäume, pro Stück 7 Sgr., zum Verkauf.

II. Kiefernsamen-Verkauf. Die hiesige Samenhandlung offerirt Kiefernsamen diesjähriger Ernte und durchweg keimfähig, das Pfund mit 20 Sgr., zum Verkauf. Kiernberg, den 8. Februar 1864. Der Oberförster der Haupt- und Residenzstadt Breslau Döel.

Holzverkauf. Donnerstag den 25. d. M., Vorm. 10 Uhr sollen im Gasthause des Herrn Ebisch hier selbst, Buchen- und Eichen-Stämme und Nuthholz, auch Kiefern-Mittel- und Klein-Bauholz, auch drei Stück Kiefern-Stämme zu Mählenwellen sich eignend, im Elguther und Trzenischner Revier, ferner 44 1/2 Rftr. Buchen II., Erlen und Birken I. u. II. Klasse, angedrückt an die Rosenberger Coasse vor Bierdjan meistbietend gegen gleich baare Zahlung verkauft werden. Die Hölzer liegen im Bierdjaner, Elguther L., Kadluber, Trzenischner und Zwaiver Revier in den Schlägen. Die Verkaufs-Bedingungen werden im Termine bekannt gemacht und die Hölzer auf Verlangen vor dem Termine von den betreffenden Revierbeamten vorgezeigt werden. Zurama bei Oppeln, den 15. Februar 1864. Die gräf. Forst-Verwaltung. Herlich.

Wagen- und Pferde-Auction. Montag den 22. Februar, Vormittags von 10 1/2 Uhr ab, werde ich am Zwingerplatz 1) eine Droschke nebst Pferd und Geschirre, 2) einen guten halbgedeckten Wagen, 3) einen offenen Wagen (Wreagh), meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigern. Guido Saul, Auctions-Commissarius.

Gegen Gicht und Rheumatismus, sowie gegen rheum. Kopf-, Zahn- und Ohrenschmerzen, empfehle ich mein Lager echt Lairitz'scher Waldwoll-Waaren, als Waldwoll-Matrasen, Kissen, Steppdecken, Unterbeinkleider, Jacken, Strümpfe für Damen u. Herren, Brust-, Rücken-, Schulter-, Arm-, Knie-, Puls- und Leib-Wärmer, Einlegefüße, Stricktaen, Watten zum Umhüllen kranker Glieder, Waldwoll-Öel, Spiritus, Extract u. Seife zu Einreibungen, Wädern u. Waschungen, sowie Waldwoll-Extract-Souffles für Brustkranken. — Mehr denn 100 Zeugnisse von Hebrden, Aerzten und sonst glaubwürdigen Personen, wodurch die Vorzüglichkeit der Lairitz'schen Waldwollwaaren bewiesen wird, liegen bei mir zu Jedermanns Einsicht bereit. Mit Gebrauchsanweisungen, Preislisten und sonst Näherem stehe gerne zu Diensten. Hermann Heufemann, Leinwand- und Wäsche-Geschäft, Alte Taschenstraße Nr. 8, neben Köhnel's Hétel.

Die Militär-Effecten-Fabrik von Mohr & Speyer aus Berlin, Breslau, Nr. 45, Ring, I. Etage, empfiehlt ihr vollständiges Lager von Militär-Effecten und Ausrüstungsgegenständen und effectuirt in kürzester Zeit jeden Auftrag auf Uniformstücke, die unter Leitung bewährter Werkführer im Hause gefertigt werden.

Für Baumeister und Bauherren. Beim Herannahen der Baugesetze empfehlen wir Treppenstufen, Sockel, Fundamente, Nischen und Platten von reinem rothen Sandstein bester Qualität aus Steinbrüchen der Grafschaft Glatz. Aufträge und Zeichnungen für alle zu Bau- u. Wirtschafszwecken erforderliche Stücke nehmen in Breslau die Herren Bernhard & Reich, Carlstraße Nr. 42, entgegen, bei denen auch Muster zur Ansicht bereit liegen.

Auf neuen amerikanischen Pferdehahn-Mais, letzter Ernte, nehmen Aufträge für die Herren J. F. Poppo & Co. in Berlin entgegen. Gebrüder Staats, Carlstraße 28.

Zur Frühjahrs-Saat offeriren landw. Sämereien — echt amerik. Pferdehahn-Mais u. sowie Düngemittel verschiedener Art billig Paul Riemann & Co., Oberstraße 7, eine Treppe.

Ball-Bouquets, Carven, Cotillon-Kleinigkeiten für Damen u. Orden empfehlen Hübner & Sohn, Ring 35, 1 Tr., an der grünen Höhe.

Kleesäemaschinen und alle anderen Arten landwirthschaftlicher Maschinen, empfehlen in bester Construction und Ausführung Kettler & Bartels, vorm. Ed. Winkler, Breslau, Ritterplatz No. 1.

Wiener Apollo-Kerzen, das Wiener Pfund 13 Sgr., bei 10 Pfd. à 12 1/2 Sgr., Prima- u. Secunda-Stearin- u. Paraffin-Kerzen, à Pfd. 9 resp. 8 Sgr., bei 10 Pfd. 8 1/4 resp. 7 1/2 Sgr. dem Theater schrägüber. R. Hausfelder, Schweidnitzerstraße 28.

